



universität
wien

MAGISTERARBEIT

**Journalismus in autoritären Systemen –
Spaniens Printjournalisten und die Pressefreiheit
unter Francisco Franco nach 1966**

verfasst von

Nicole Jiménez, BA

angestrebter akademischer Grad

Magistra

Wien, März 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066/841

Studienrichtung lt. Studienblatt: Publizistik und Kommunikationswissenschaften

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Hannes Haas

„Un periodista que diga que nunca ha creado problemas es un periodista que está muerto.” (Fernando Urbaneja)

„Cuando no hay libertades, en realidad no hay prensa, no hay propaganda, hay unas publicaciones que no merecen el nombre de prensa, se imprimen pero nada mas, no, sin libertad no hay medios de comunicación que merezcan llamarse medios de comunicación, son medios de intoxicación” (Miguel Aguilar)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
THEORIEN UND BEGRIFFE	9
Kommunikation.....	9
2.1 Theorie des kommunikativen Handelns	10
2.2 Strategie und Taktik.....	11
2.3 Die Systemtheorie.....	13
2.3.1 Soziale Systeme.....	14
Öffentlichkeit und öffentliche Meinung	16
3.1 Öffentliche Meinung im Wandel der Zeit.....	17
3.1.1 Formen von Öffentlichkeit.....	19
3.2 Die Schweigespirale	20
3.2.1 Kritik an der Schweigespirale.....	23
Medien.....	26
4.1 Medienfunktionen	27
4.1.1 Soziale Funktionen	28
4.1.2 Ökonomische Funktionen	29
4.1.3 Politische Funktionen.....	30
4.1.4 Wirkungen von Massenmedien.....	31
Der Staat	33
5.1 Grundmodelle politischer Ordnung	35
5.2 Die Demokratie.....	37
5.3 Die Diktatur.....	38
5.3.1 Diktaturen in Europa des 20.Jahrhunderts.....	39
5.3.2 Diktatur in Spanien	42

Medien und Politik.....	43
6.1 Medienpolitik	44
6.1.1 Informationsmanagement.....	45
6.2 Die Macht der Medien	45
6.3 Medienkontrolle	47
6.3.1 Medien in demokratischen Systemen.....	47
6.3.2 Medien in der Diktatur	48
6.4 Medienfreiheit.....	49
6.5 Die Zensur	52
SPANIEN IN DEN 1960ern.....	55
7.1 Das politische System Spaniens	55
7.2 Entwicklungen in den 1960ern.....	56
7.3 Spanien und der Faschismus	59
7.3.1 Die Falange.....	60
7.4 Wichtige gesellschaftliche Gruppen	62
7.5 Einrichtungen politischer Kontrolle	65
7.6 Das spanische Bildungswesen.....	66
7.7 Oppositionsbewegungen	68
7.7.1 Die spanische Arbeiterbewegung.....	69
7.7.2 Die Studentenunruhen	74
7.8 Die Mediensituation Spaniens	78
7.8.1 Spanisches Pressewesen nach dem Bürgerkrieg.....	79
7.9 Steuerungseinrichtungen für die Presse	80
7.9.1 Die Journalistenausbildung	82
7.10 Das Gesetz: La Ley Fraga	84
7.10.1 La Ley de los Secretos Oficiales.....	87

7.11 Die Ley Fraga im Detail	87
7.11.1 Der Verleger als Mittäter	92
FALLBEISPIELE	94
8.1 Der Fall Diario Madrid.....	94
8.2 Die Darstellung der Opposition in den Medien	100
8.2.1 Die Arbeiteraufstände in den Medien.....	100
8.2.2 Die Darstellung der Studentenbewegung in den Medien	102
8.2.2.1 Der Fall Enrique Ruano	103
Ansichten und Meinungen.....	106
9.1 Folgen der Zensur.....	106
9.2 Meinungen zur Ley Fraga	107
9.3 Meinungsfreiheit	111
9.4 Selbstzensur.....	113
9.4.1 Umgehungsmechanismen	115
9.4.2 Weitere Erfahrungen mit der Zensurbehörde.....	119
9.5 Gesellschaftliche Situation der Journalisten	121
Zusammenfassung	128
Quellen.....	130
Literatur	130
Abbildungsverzeichnis	137
Interviewte Journalisten	138
Lebenslauf	142
Abstract	143

Erklärung

Die in dieser Diplomarbeit verwendeten personenbezogenen Begriffe sind nur in der männlichen Form gehalten, sie beziehen sich jedoch ausdrücklich auf beide Geschlechter.

Einleitung

Der Kampf zwischen Medien und Staatsführung um die Presse- und Meinungsfreiheit besteht seit den Anfängen des Buchdruckes. Zu Beginn war es die katholische Kirche der die Zensur bestimmter Werke ein wichtiges Anliegen war und auch Staatsführer wussten um die beeinflussende Wirkung von Geschriebenem.

In Spanien war das Pressewesen im Laufe seiner Geschichte ebenfalls immer wieder neuen Auflagen und Kontrollzwängen unterworfen. Nach dem spanischen Bürgerkrieg, Mitte des 20. Jahrhunderts, versuchte der neue Machthaber Francisco Franco die Medien unter seine Kontrolle zu bringen. Die vorliegende Arbeit widmet sich der Problematik, wie spanische Journalisten in der Ära Franco ihrer Tätigkeit als Öffentlichkeitshersteller nachgehen konnten.

Der Forschungszeitraum richtet sich auf das Spanien in den 1960er Jahren, insbesondere der Zeit nach 1966. Damals wurde ein neues Pressegesetz implementiert, genannt la Ley Fraga. Dieses sorgte für die Abschaffung der Vorzensur und sollte den Reportern insgesamt mehr Freiheiten gewähren. Die Arbeit geht der Frage nach, wie weit dies tatsächlich erreicht wurde und welche Änderungen sich für den Printmedienbereich ergaben.

Dazu werden die Strukturen des Pressesystems, die Kontrollinstanzen, das politische Umfeld, die Zensur und die Möglichkeit der Meinungsfreiheit untersucht. Auch die allgemeine gesellschaftliche Situation wird betrachtet. Besonders im Jahr 1969 gab es viele soziale Unruhen, davon sollen vor allem die Studentenbewegungen und die Aktionen der Gewerkschaften im Medienspiegel näher beleuchtet werden.

Forschungsziel und Hypothesen

H1 – Sollte ein Regime sein politisches System aufrecht erhalten wollen, dann nimmt es gezielt Einfluss auf die Journalistenauswahl

H2 – Sollten bestimmte Sachverhalte verschleiert oder von Missständen abgelenkt werden, so werden unerwünschte Presseartikel trotz vorgeblicher Medienfreiheit zensuriert.

H3 – Zeitungen, die ihre wirtschaftliche Existenz sichern wollen, passen sich in ihrem Tun dem politischen System an.

H4 – Wenn Medienvertreter regimekonform handeln, so werden sie von den herrschenden Trägern bevorzugt und in ihrer Arbeit unterstützt.

Methode

Die Arbeit basiert methodisch auf drei Säulen:

- 1.) Literaturrecherche
- 2.) Dokumentenrecherche
- 3.) Experteninterviews

Die Literatur- und Dokumentenauswahl (Gesetzesbücher, Zeitungen) wurde unter anderem in spanischen Bibliotheken durchgeführt um anderweitig nicht zugängliche Quellen zu erschließen.

Zur Generierung von neuem Primärwissen, wurden auch qualitative Interviews mit Printjournalisten geführt. Auswahlkriterium hierfür war eine journalistische Tätigkeit für ein spanisches Medium in den 1960ern, besonders nach 1966. Ermittelt wurden die Journalisten und Journalistinnen durch Kontaktaufnahme mit der Spanischen Pressegesellschaft [Sociedad Española de Periodística (SEP)] und dem Bund Spanischer Journalistenvereine [Federación de Asociaciones de Periodistas de España (FAPE)]. Die Liste der Befragten ist dem Literaturverzeichnis angefügt.

Das Experteninterview

Experteninterviews werden verwendet, um zu Wissen zu gelangen, das sonst schwer zugänglich ist, oder wenn es sich bei diesem um Insiderwissen handelt und die Befragten stellvertretend für die Vielzahl der Betroffenen sprechen können. Zudem können gefundene, gesprächsbereite Personen den Zugang zu weiteren ermöglichen, die, unter Umständen, auseinandergelungene Positionen zu den untersuchten Themen vertreten. Die Befragten verfügen durch ihre Berufe oft über eine hohe Eloquenz, was das Gespräch vereinfacht. Manche Wissenschaftler kritisieren an den Experteninterviews allerdings eine unsolide methodische Fundierung. (vgl. Bogner/Menz In Bogner u.a. 2005:7-10)

Für die vorliegende Arbeit wurde das narrative Interview, eine Spezialform des qualitativen Interviews, gewählt. Dies ermöglicht zu bestimmten Themen von den Befragten persönliche Erzählungen und Meinungsbilder zu bestimmten Themen zu bekommen. (vgl. Lamnek 1995: 70f) Um Vergleiche ziehen zu können wurden allen Befragten anhand eines zuvor zusammengestellten Gesprächsleitfadens dieselben Fragen gestellt, wenngleich die Themenschwerpunkte differierten.

Die Interviews

Im Schnitt dauerten die Interviews rund 70 Minuten, das kürzeste (Eduardo San Martin) 41 Minuten und das längste (Andres Berlanga) rund zwei Stunden. Die Hälfte der Befragten bevorzugte ein Treffen bei sich zuhause, die andere auf ihren Arbeitsstellen oder im Café. Bis auf ein Interview, das auf Französisch geführt wurde, wurden alle weiteren auf Spanisch geführt. Um die Nachvollziehbarkeit der Übersetzung zu gewährleisten, ist sämtlichen direkten Übersetzungen der Originalwortlaut nachgestellt.

Die Transkription

Die geführten Interviews wurden nach Anschluss transkribiert. Es wurden alle für die Arbeit relevanten Teile, niedergeschrieben, alle nicht relevanten Stellen (Gespräche über die Diplomarbeit selbst, österreichisch-spanische Verbindungen, das Wetter, Krankheiten der Befragten etc.) weggelassen. Die Transskripte der Interviews befinden sich auf der beigefügten CD. Alle Interviews zusammen umfassen rund 170 Seiten.

Als Fallbeispiele werden in dieser Arbeit I) die Behandlung des Staates der regierungskritischen Zeitung Diario Madrid II) der Tod des Studenten Enrique Ruano stellvertretend für die Studentenunruhen und der Umgang der Presse mit diesem Thema, sowie III) die Präsenz der Arbeiteraufstände in den Printmedien behandelt.

Anschließend werden individuelle Eindrücke und Begriffsdefinitionen der befragten Reporter zu verschiedenen Themen in Bezug auf Meinungsfreiheit, Zensur und dem Pressegesetz 1966 erforscht.

Noch heute ist das Thema Pressezensur und autoritäre Regime hochaktuell. Auch wenn sich die technischen Möglichkeiten sowohl von Machthabern, als auch Unterdrückten in den heute betroffenen Ländern verändert haben, so sind die Motive der Menschen und der Wunsch nach Freiheit in all ihren Formen überall gleich. Diese Arbeit widmet sich den Journalisten, die unter dem Regime Francos versuchten, den Bürgern trotz widriger Umstände, relevante Informationen über die Geschehnisse in ihrem Land zu übermitteln. Dazu folgt zunächst eine theoretische Einführung.

THEORIEN UND BEGRIFFE

Kommunikation

Der Begriff der Kommunikation kam vor dem 2. Weltkrieg in der Wissenschaft nicht in Verbindung mit Medien vor, erst durch kommunikationswissenschaftliche Forschungen, beispielsweise auf dem Gebiet der Propaganda, kam er zum Vorschein. Die Erklärungen für den Begriff sind so vielfältig, wie die Kommunikationswissenschaft jung ist. (vgl. Merten 2007: 78ff)

In der Systemtheorie wird Kommunikation gesehen als das kleinste und auch „flüchtigste Sozialsystem (...), das alle anderen größeren Systeme erzeugt und zugleich integratives Element dieser größeren Systeme (z.B. Gruppen, Organisationen, Wirtschafts- und Wissenschaftssystem) ist.“ (Ebda: 96) Die UNESCO bezeichnet sie als „Prozess des Austausches von Nachrichten, Fakten, Meinungen, Botschaften zwischen Einzelpersonen und Völkern“. (UNESCO 1981: 352)

Menschliche Kommunikation kann weiters gesehen werden als ein dynamischer Prozess der wechselseitigen Bedeutungsvermittlung durch Sprache (verbal) oder andere Zeichen (non-verbal) zwischen mindestens zwei Personen. (vgl. Burkart 2002: 30ff; Mast 2000: 40)

Kommunikation als soziale Interaktion

Durch den Informationsaustausch mit Mitmenschen erfährt man von deren Absichten und Verhaltensaushaltungen und kann diese übernehmen oder auch beeinflussen. Durch dieses Wechselspiel kommt es zu einem Schaffen und dem Weitererhalten von sozialen Beziehungen. Kommunikation braucht also Interaktion und Interaktion braucht Kommunikation, keine kann ohne die andere bestehen. Sie bezeichnen jedoch Unterschiedliches: so beschreibt Kommunikation mehr die Inhaltsebene, und Interaktion die Beziehungsebene zwischen Personen. (vgl. Jarren/Bonfadelli 2001: 19f)

Massenkommunikation

Massenkommunikation richtet sich, wie im Namen impliziert, an viele Rezipienten, an die unterschiedliche Informationen durch spezifische, technische Hilfsmittel (Massenmedien) vermittelt werden. Maletzke sieht darin zusätzlich die Art von Kommunikation, in der Nachrichten potentiell für alle räumlich und zeitlich getrennten Personen auf indirekte und einseitige Weise zugänglich gemacht werden. (vgl. Jarren/Bonfadelli 2001: 22; 33)

Massenkommunikation als Vertrauenssache

Der Kommunikator, beispielsweise ein Redakteur, wird von Rezipienten wahrgenommen, welche wiederum zu wissen glauben, dass auch andere diesen wahrnehmen. Darauf begründet sich auch das Vertrauen, dass in Berichterstatte besteht: würden sie nicht reale Geschehnisse wiedergeben, würde doch einer der übrigen Rezipienten dies weiterleiten, so die Annahme. Diese *soziale Reflexivität* (Mertens 2007: 112/Hervorheb. i.O.) erschafft einen sehr wirksamen Kommunikationsprozess. Die *sachliche Reflexivität* (Ebda/Hervorheb. i.O.) wiederum deutet darauf hin, dass Rezipienten auch glauben zu wissen, was die anderen glauben zu wissen. Die *temporale Reflexivität* (Ebda: 113/Hervorheb. i.O.) besagt, dass jeder Akt der Massenkommunikation die Einsichten und Perspektiven bezüglich weiterer Massenkommunikation stabilisiert, und dass über die Thematisierung und sogar die Anzahl der Themennennung, „Meinungen über *Meinungen* mit-thematisiert werden können.“ (Merten 2007: 113/Hervorheb. i.O.)

2.1 Theorie des kommunikativen Handelns

Die Handlungstheorie von Habermas hat als Grundaussage, dass das Ziel der Sprache Verständigung ist. Diese Handlungen nennt er kommunikativ. Um Verständnis zu erlangen ist eine gemeinsame Basis an Hintergrundwissen, von Wertvorstellungen und Normen vonnöten, eine „gemeinsame Lebenswelt“. (Jarren/Bonfadelli 2001: 82)

Zudem nennt Habermas noch das instrumentelle und das strategische Handeln. Werden technische Regeln unter der Effizienz eines zielgerichteten Eingriffs befolgt, ist dies ein instrumentelles Handeln, also die manipulative Veränderung physischer Gegenstände. Kann ein Akteur eine geplante Handlung nur mithilfe eines anderen durchführen, entstehen soziale Handlungen. Diese können dann verständigungsorientiert (kommunikativ) erfolgen, oder in anderen Fällen durch Drohungen, Lockungen oder Güter (strategisch). (vgl. Burkart/Lang In Burkart/Hömborg 2004: 52f)

2.2 Strategie und Taktik

Die Begriffe, welche aus der praktischen Politik stammen, wurden von Manfred Rühl nach Niklas Luhmann der Kommunikationswissenschaft angepasst und besagen, dass kommunikationspolitisches Handeln nach festgelegten Regeln geschieht und immer geplant ist.

Der strategische Teil des kommunikationspolitischen Handelns besteht aus drei Dimensionen, diese bezeichnen:

- Organisatorische Strukturen: Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten innerhalb von Medienbetrieben, sowohl auch nationaler als auch internationaler Ebene.
- Programmatische Strukturen: Planungsanforderungen welche kommunikationspolitischen Entschlüssen den Weg ebnen und die anzugehenden Inhalte bestimmen.
- Personale Strukturen: Ausbildung von Rollen: sowohl innerhalb eines Massenmediums (u.a. Redakteure, Mitglieder von Aufsichtsräten), als auch außerhalb am Prozess beteiligte Gruppen oder Personen (u.a. Parteien, Gewerkschaften, Ministerien, Richter) gelangen zusammen zu kommunikationspolitischen Grundentscheidungen.

(vgl. Ronneberger In: Burkart/Hömborg 2004: 229f)

Eingeschränkt oder verhindert werden kann im Zuge negativer Kommunikationspolitik beispielsweise eine Mitgliedschaft bei einer an der kommunikationspolitischen Strategiefindung beteiligten Organisation.

Taktische Entscheidungen beziehen sich auf mögliche Personalentscheidungen, welche nach außen ein Zeichen setzen können in Bezug auf die Stellung eines Mediums, und die jeweiligen Subsysteme beeinflussen. (vgl. Ronneberger In: Burkart/Hömberg 2004: 230)

Überredung

Überreden ist ein Kommunikationsakt im Hier und Jetzt, der durch das Unterstreichen von vorteilhaften Aspekten und Vergleichen auf der Gefühlsebene zu der Umsetzung einer einzelnen Tat führen will. Diese Vorgangsweise wird der Werbung zugeschrieben.

Überzeugung

Überzeugungsarbeit soll im Unterschied dazu, zu länger anhaltenden Effekten führen, und auf einer gefühlsbetonten und kognitiven Ebene die Glaubwürdigkeit in eine Sache verstärken um dadurch Vertrauen zugesichert zu bekommen. Überzeugung gilt als Basis für Öffentlichkeitsarbeit, die Public Relations.

Manipulation

Manipulation macht ähnlich wie die Überredung die Vorteile einer Tat ersichtlich, unterstreicht zusätzlich aber noch mögliche negative Folgen, die bei Nichtausführung des Aktes auftreten können. Dies soll auf einem gefühls- und wissensbetonten Weg auf Dauer zur Zustimmung von Entscheidungen führen.

Diese Vorgangsweise wird von der Propaganda gebraucht.

(vgl. Merten 2007: 261)

2.3 Die Systemtheorie

Ein System

Aus Sicht der Wissenschaft bezeichnet ein System eine Menge von voneinander abhängigen Teilen und deren Verbindungen zueinander. Die Teile sind objekthaft oder dinghaft, die Verbindung zwischen den Teilen selbst ist auf verschiedenste Art ausdrückbar, beispielsweise als Vergleich, und nicht dinghaft. Um insgesamt als System bezeichnet zu werden, muss ein Mindestmaß an nicht zufälligen Verbindungen zwischen den Teilen vorhanden und somit eine Struktur da sein. Es stehen jedoch nicht alle Elemente mit allen Übrigen gleich stark oder überhaupt in Verbindung. Es gibt Elemente, die mit fast allen anderen Teilen verbunden sind, und andere die mit kaum jemandem verbunden sind, aber dennoch Teil des Systems sind. So ist eine wichtige Persönlichkeit, wie der Pfarrer eines Dorfes, mit sehr vielen dort ansässigen Personen in Kontakt, allerdings, nicht zwingend auch die mit ihm vertrauten Menschen untereinander. Es handelt sich in diesem Fall um eine selektive Struktur. (vgl. Merten 2007: 86)

Die Anzahl der Verbindungen und die Fülle an Struktur werden als Maßstab für dessen strukturelle Komplexität genommen. (vgl. Merten 2007: 84f) An dieser lehnt sich auch die Kontingenz von Systemen an, welche sich auf die Korrelation von den Elementen bezieht, genauer gesagt beschreibt sie „den Grad von frei wählbaren Alternativen, der einem System zur Verfügung steht resp. mit dem es rechnen muss.“ (Merten 2007: 87) Auch die Reflexivität ist ein Zeichen der Systemstruktur und zeigt auf, wie die verschiedenen Verbindungen untereinander rückgekoppelt sind. Bei sozialen Systemen teilen sich diese nach Luhmann (zit. nach Merten 2007: 88) in eine zeitliche, eine sachliche und eine soziale Reflexivität. Kennzeichnend ist, dass Systeme um wachsen zu können, oder wenn eine Aufteilung in Untersysteme vonnöten ist, eine Leistungssteigerung von ihnen abverlangt wird, für die sie reflexive Mechanismen für eine Verstärkung der Komplexität und Selektivität brauchen. Zu diesen Mechanismen gehören beispielsweise die Sprache, die Negation (als sprachliche Selektionsart) und das Lernen (das Übernehmen von Verhaltensweisen anderer). (vgl. Merten 2007: 89f)

Die Systemtheorie

Die Systemtheorie wird gekennzeichnet durch das Unterstreichen der alternierenden Beziehungen einer Gesamtheit zu seinen Einzelteilen und der sich daraus entwickelnden Aussicht, diese Beziehungen rückgekoppelt aufzuschlüsseln. Dies wird nicht nur in der Sozialwissenschaft, sondern auch in der Technik (Kybernetik), der Wirtschaftswissenschaft und der Psychologie zur Forschung genutzt. (vgl. Merten 2007: 83f)

2.3.1 Soziale Systeme

Nach Giddens (Jarren/Bonfadelli 2001: 146) sind unter sozialen Systemen „raumzeitlich verfestigte Interaktionsmuster [...] die empirisch analysiert werden können“ zu verstehen, die durch spezielle Aufbauarten gekennzeichnet sind. Sie sind nicht als geschlossen zu sehen, viel mehr gibt es fließende Übergänge zwischen den einzelnen Gruppierungen.

Nach der Systemtheorie bestehen soziale Systeme nicht vordergründig aus Menschen, sondern aus Kommunikationen und bestimmten Strukturen, welche für eine Vernetzung benötigt werden. Die Theorie beschreibt einen aktiven Prozess, bei dem es um die Handlungen des Mitteilen, Informieren und Verstehen geht. Innen Ablaufendes, wie Gedankenvorgänge oder Emotionen werden nicht mitgerechnet, da sie für den Außenstehenden nicht klar ersichtlich sind. Sie gehören zu den **Bewusstseins- bzw. psychischen Systemen**. Psychische Systeme sind in der Systemtheorie nicht die Menschen an sich, denn sie setzen sich aus mehr als nur ihrem Bewusstsein zusammen. Sie sind selbstgenerierend, in sich geschlossen und füreinander nicht einsehbar. Einsehbar sind sie auch für die Betroffenen selbst nicht, da sie nicht wissen was sie tun. Das Bewusstsein gehört zur Umwelt der sozialen Systeme und diese überschneiden sich nicht. Die nach außen gehende Kommunikation kann nur mit Kommunikation beantwortet werden, Gedanken allerdings können nur an die eigenen anschließen, nicht an die eines anderen Menschen. Sie müssen durch aktive Auseinandersetzung mit einem Gegenüber in schriftlicher oder mündlicher Form dargelegt werden, um in ebensolcher Form beantwortet zu werden. Die zwei Systeme unterscheiden sich also in der Art ihrer Aktionen und Strukturen, die zum einen auf Gedanken (im inneren), und

zum anderen auf Kommunikation (nach außen) basieren. (vgl. Schützeichel 2004: 261ff)

Gedanken müssen also mitgeteilt werden, um von weiteren Personen berücksichtigt und bewertet werden zu können. Die Themen der Gespräche richten sich danach, was der jeweilige Kommunikationspartner für uns ist und nicht an seinem nicht einsehbaren psychischen Innenleben. Er ist, wie alle anderen Menschen, ein kommunikatives Produkt, ein „Kompensat für die Intransparenz der psychischen Systeme füreinander“, denn „Personen sind kommunikative Wirklichkeiten, die der Strukturierung der kommunikativen Beiträge dienen.“ (Schützeichel 2004: 264)

Öffentlichkeit und öffentliche Meinung

Öffentlichkeit

Öffentlich bedeutet zuallererst für alle dem Kreis Zugehörenden zugänglich und ist gegenteilig anzusehen zum Privatbereich, der nur ausgewählten Personen vorbehalten bleibt. Juristisch und politisch gesehen bezieht sich der Begriff Öffentlichkeit auf den Staat, der die Interessen von sämtlichen Bürgern vertritt. (vgl. Noelle-Neumann 2001: 88f)

Öffentlichkeit steht vorwiegend für die Gesellschaft selbst, insofern sie auch politisch aktiv ist. Es ist ein eigener Bereich der Gesellschaft, in dem politische Entscheidungen getroffen werden. Dazu zählen alle Akteure, die den Staat als Ansprechpartner haben, das heißt politische Parteien, Medien, die Wähler aus dem Volk selbst und anderweitige Interessensgruppen, die Einfluss auf das Geschehen haben wollen. (Gellner/Glatzmeier 2004: 18)

Noelle-Neumann spricht in dem Zusammenhang von einer sozialen Haut, einer „nach außen gewendete Existenz“ (2001:89), die in großem Rahmen nicht nur nahestehenden Personen, sondern der übrigen Gesellschaft zugänglich ist.

Öffentliche Meinung

Es existieren verschiedene Definitionen von öffentlicher Meinung. Hauptsächlich geht es um die Stellungnahmen eines Menschen zu einem Thema, die allen übrigen Mitbürgern offen zugänglich gemacht werden. Das Individuum richtet sich an der Öffentlichkeit in seinem Tun und versteht sie als Urteilsinstanz die u.a. entscheidet über Angesehenes und nicht Angesehenes, Geschätztes und gering Geschätztes. (vgl. Noelle-Neumann 2001: 90) Im Gespräch mit Fremden oder Personen mit denen nur ein oberflächliches Verhältnis vorherrscht, geben die meisten Menschen Meinungsinhalte von sich, die von der Umgebung mit großer Wahrscheinlichkeit befürwortet werden. Denn gesetzt dem Falle dass diese von den anderen nicht angenommen würden, liefen sie in Gefahr sich von den Mitmenschen zu isolieren beziehungsweise für die vertretene Ansicht in einem größeren Ausmaße bestraft zu werden. Um das zu umgehen

sind „öffentliche Meinungen“ (Zetterberg In: Wilke 1992: 58/Hervorheb. i.O) von Nutzen.

Öffentliche Meinung könnte auch verstanden werden als Ergebnis von öffentlicher Kommunikation, „das zugleich als Prämisse öffentlicher Kommunikation dient“ was allerdings viel mehr in den Begriff einbeziehen würde als was ansonsten darunter verstanden würde. (Luhmann In: Wilke 1992: 78)

Um zu erfahren, was die Mehrheit der Mitmenschen denkt, sind Medien wie Fernsehen, Radio und Tageszeitungen die erste Anlaufstelle nach den persönlichen Kontakten, das heißt die vorherrschenden Überzeugungen der Übrigen kann durch den Medienkonsum erlernt werden. So gesehen zeigen die Medien den Rezipienten „nicht so sehr, was sie denken sollen, sondern welche Meinungen im öffentlichen Diskurs akzeptabel sind“, und da Menschen unaufhörlich gezielt nach Informationen über die öffentliche Meinung suchen, wird „der Inhalt der Medien [...] zum Inhalt des Bewusstseins.“ (Zetterberg In: Wilke 1992: 59)

3.1 Öffentliche Meinung im Wandel der Zeit

Der Begriff der öffentlichen Meinung kommt aus dem 18. Jahrhundert, der Grundgedanke entstand jedoch schon in der griechischen Antike. Quelle hierfür war der Gedanke, dass die Staatsangehörigen in einem repräsentativen Verfassungsstaat die Möglichkeit haben sollten, die Vorgänge mit zu beeinflussen. (Gellner/Glatzmeier 2004: 37f) Jedoch gab es keine Unterscheidung von privat gegenüber öffentlich, sondern vielmehr von öffentlich gegenüber geheim, und das Hauptgewicht lag auf den Begriffen des sicheren Wissens, der epistémé, und des Meinungswissens, dóxa. (Luhmann In: Wilke 1992: 77) Habermas bezeichnet das gemeine Volk im Mittelalter als bloßen Szenenhintergrund für die Herrscher, seine einzige Aufgabe war also Öffentlichkeit darzustellen. Die bürgerliche Öffentlichkeit entstand später im Laufe des 18. Jahrhunderts und bildete durch eine literarische und kunstkritische Herangehensweise so etwas wie eine Gegenöffentlichkeit, woraus sich mit der Zeit eine politische Öffentlichkeit herausbildete. Besonders die Französische Revolution spielte dabei eine wichtige Rolle. (vgl. Burkart/Lang In: Burkart/Hömberg 1992: 57f) Durch das Herausnehmen privater und anderer Interessen, erwartete man sich als Resultat der

öffentlichen Meinung die Vernunft selbst, da viele Intellektuelle jener Zeit auf der Suche nach einer neuen Gesellschaftsordnung waren. (Luhmann In: Wilke 1992: 78f)

Mit der Zunahme der Demokratisierung der Länder, kam es im 19. Jahrhundert zu einem Höhepunkt dieser Weltanschauung. Heutzutage wird der politische Stellenwert differenziert betrachtet. Besonders Massenmedien fällt hierbei eine wichtige Rolle zu, denn sie werden zur Kommunikation des Staates mit seinen Bürgern genutzt. (Gellner/Glatzmeier 2004: 37f)

Walter Rathenau spricht davon, dass das Staatsvolk zu Beginn des 20. Jahrhunderts als geschlossene Masse gesehen wurde, welches von der Staatsspitze gerne übergangen wurde, weil die an die Bürger herangetragenen Informationen, sollten sie nicht schon im Vorhinein überhaupt veröffentlicht worden seien, selten die Wahrheit enthielten. (vgl. Bergsdorf In: Wilke 1992: 41) Jedoch dürfte der Einfluss des Volkes auch den Führern an der Spitze klar gewesen sein. Machiavelli riet schon 1514 in seinem Buch „Der Fürst“ dazu, sich auch bei seinen Untergebenen beliebt zu machen und möglichst keinen allzu schlechten Eindruck zu geben. (vgl. Noelle-Neumann 2001: 94)

Anders als in der Antike, wird dem denkenden Menschen als Individuum heutzutage mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Es ist unmöglich genau zu sehen, was in den verschiedenen Köpfen vorgeht, oder, gar daraus zu schließen wie die einzelnen Personen in bestimmten Situationen reagieren. Niklas Luhmann (In: Wilke 1992: 77) betont hier noch das dazukommende Zeitproblem. Alles geschieht zu einem bestimmten Zeitpunkt, viele Ereignisse auf der Welt finden gleichzeitig statt. Daher sieht er es als utopisch, dass alle Menschen dieser Erde zur gleichen Zeit über ein bestimmtes Ereignis informiert werden, außer in „hochartifiziellen Situationen“ (Luhmann In: Wilke 1992: 77), zum Beispiel gleichzeitiger Fernsehkonsum.¹

Kapitalismus als Umbruch?

Die Umstellung auf eine kapitalistische Produktionsweise, brachte auch Änderungen im Staatsgefüge mit sich. Publizität wurde mehr zu manipulativen Zwecken eingesetzt und Öffentlichkeit wandelte sich schließlich von einem Bereich der Ad Hoc Meinungsbildung zulässt, zu einer, „durch das politisch-administrative System vermachteten Arena“, (Burkart/Lang In: Burkart/Hömborg 1992: 58) in der die

¹ Heutzutage wäre hierbei das Internet mehr erwähnenswert und die Möglichkeiten des Live-Streamings oder Twitter, was sofortiges Weiterleiten von Vorkommnissen ermöglicht.

Vorgänge im Staat gelenkt werden sollten. Schon das Wort Öffentlichkeitsarbeit besagte, dass Öffentlichkeit immer wieder aufs Neue erst hergestellt werden müsste um zu einem zufriedenstellenden Ergebnis zu gelangen, da sie in früheren Zeiten, Resultat des Gesellschaftsgefüges selbst gewesen sei.

3.1.1 Formen von Öffentlichkeit

Zu Unterscheiden gibt es die **latente Öffentlichkeit**, **passive Öffentlichkeit** und die **aktive Öffentlichkeit**. Zur **latenten Öffentlichkeit** gehören diejenigen Personen die nicht direkt am politischen Prozess teilnehmen, weil sie beispielsweise mit widersprüchlichen Einflüssen konfrontiert sind (cross pressure). In der **passiven Öffentlichkeit** finden sich solche Personen die vorwiegend beobachtend agieren, bei Wahlen auftreten und so das politische Geschehnis beeinflussen. In der **aktiven Öffentlichkeit** finden sich schlussendlich solche, welche kontinuierlich am politischen Prozess mitarbeiten, indem sie wichtige Posten übernehmen, und „in ihren Reden die Nichtteilnahme der anderen bedauern“. (Dahrendorf In: Haas/Langenbucher 2002: 29) Die Anzahl derer, die sich direkt aktiv am Geschehen beteiligen, sollte - unterschiedlichen Forschungen - nach unbedingt geringer ausfallen, als die der anderen Gruppen. Prozentmäßig wird eine Menge von nicht mehr als zehn und nicht weniger als einem Prozent der Wähler empfohlen. (vgl. Ebda)

Wenn sich Menschen mehr mit dem politischen Geschehen auseinandersetzen, muss das allerdings nicht auf eine funktionierende Demokratie hindeuten, es kann auch Zeichen dafür sein, dass die Verhältnisse im Staat nicht dem Wunsche der Bürger entsprechen. So kann es sein, dass sich das Land in einer schwierigen Lage befindet, Neuerungen gefordert werden, und aus diesem Grund viele Menschen mehr Interesse für Politik entwickeln. (Siehe Kapitel 7.7.1) Nichtteilnahme garantiert einen stabilen Zustand, sie ist in manchen Fällen also gewollt. (vgl. Dahrendorf In: Haas/Langenbucher 2002: 28f) In einem totalitären Regime gewährt sie den Machthabern freie Hand, wenn die Entscheidungen von keiner Seite hinterfragt oder sanktioniert werden. Wenn keiner gegen ein Regime ankämpft, geschieht auch sonst nichts².

² Anmerkung: Dies erklärt, warum sich in der Zeit des Franquismus wenige Journalisten auflehnten, sondern ruhig blieben. So konnten sie ihre eigene Haut schützen.

3.2 Die Schweigespirale

Konformität

Unter Konformität wird eine Einstellungs- und Verhaltensänderung eines Individuums verstanden, welches auf realen oder wahrgenommenen Druck von außen reagiert. Diese Konformität kann von Vorteil sein, wenn Gefahr droht und die Verhaltensanpassung an die Mitmenschen die Person schützt, und sie kann von Nachteil sein, wenn der Verhaltensänderung negative Konsequenzen folgen. (vgl. Aronson 1994: 35-40)
Unterschieden werden können die Reaktionen auf sozialen Einfluss in:

Compliance – eine kurze Verhaltensänderung die solange andauert, wie eine Bestrafung oder Belohnung in Aussicht steht. Die Hauptkomponente dafür ist Macht.

Identifikation – die Übernahme von Wertvorstellungen und Meinungen, obwohl man nicht gänzlich von diesen überzeugt ist, um von einer Person akzeptiert zu werden. Die Hauptkomponente dafür ist Attraktivität.

Internalisierung – die langfristige Übernahme der Überzeugung einer Person, die als vertrauenswürdig und urteilssicher gesehen wird. Die Hauptkomponente dafür ist Glaubwürdigkeit.

Die permanente Übernahme einer Einstellung kann auch dann geschehen, wenn die Sinnhaftigkeit dessen auch nach Wegfall des Auslösers gesehen wird. Compliance kann also den Weg für eine dauerhafte Verhaltensänderung bereiten. (vgl. Ebda: 54-59)

Doch warum beugen sich Menschen Gruppendruck? Ein Grund dafür ist:

Die Isolationsfurcht

Die Isolationsfurcht ist nach Csikszentmihalyi (In: Wilke 1992: 32-35) ein weiterer Punkt, der Menschen dazu verleitet sich den gesellschaftlichen Normen und Meinungen anzupassen. Alleinsein verstärkt, egal ob körperlich oder geistig, negative Gefühle. Anthropologen meinen sogar, dass die Aufmerksamkeit und Akzeptanz Anderer evolutionsbedingt für das psychische Überleben gebraucht werden und neurologisch so

fest verwurzelt sind, wie beispielsweise das Bedürfnis nach Sexualität.³ Gehirnforscher sprechen sogar von einem eigenen Bereich im menschlichen Hirn, welcher das Verhältnis des individuellen Ich mit der Umwelt kontrolliert. (vgl. Noelle-Neumann 2001: 142)⁴

Das Zusammensein mit der Gruppe kann vor Gefahren von außen schützen und zugleich entstehen durch die Begegnung mit den übrigen Mitgliedern positive Gefühle. Diese Gefühle sollen die Mitglieder aneinander binden. Sie verschwinden, sobald die Gemeinschaft verlassen wird. Geschieht dies unfreiwillig, kommt es zu Depressionen, denn der fehlende Austausch mit den Anderen, den diese Isolation mit sich führt, verstärkt eine negative Stimmung und Lebenseinstellung. (In: Wilke 1992: 32-35)

Csikszentmihalyi spricht von „Angst“ (In Wilke 1992: 32/Hervorheb. i.O.) vor der Einsamkeit, die keinen ersichtlichen Grund hat und von den meisten Menschen empfunden wird, wenn sie beispielsweise keine rechte Beschäftigung haben.

Wer von den Mitmenschen ausgestoßen oder ignoriert wird, leidet also darunter, mitunter so sehr, dass der Lebenswille schwindet. Um nicht gemieden zu werden und alleine zu sein, versuchen die Mitglieder also sich den allgemeinen Werten und Meinungen anzupassen und möglichst wenig dagegen zu arbeiten. Die Furcht vor Einsamkeit kann von einer Gesellschaft daher als Druckmittel zur Konformität eingesetzt werden. Nur wenige Menschen halten solchen Einflüssen stand und lernen mit der Isolation umzugehen. (vgl. Csikszentmihalyi In: Wilke 1992: 35)

Aufgrund dieser ständigen Angst, die sich an den Mitmenschen orientiert, lässt sich unter Öffentlichkeit auch ein Bewusstseinszustand verstehen, (vgl. Noelle-Neumann 2001: 90) beziehungsweise eine Stellungnahme, die zu beziehen ist, um sich nicht etablierten Wertvorstellungen und Traditionen entgegenzustellen und dadurch in Isolation zu geraten. (vgl. Noelle-Neumann 2001: 92)

³ Wie wichtig der Zusammenhalt in Gruppen ist, wurde von Forschern bei kleinen Volksstämmen in Afrika und dem Pazifik festgestellt, die unterschiedliche Wege gefunden haben zu Konfliktlösungen bzw. zu öffentlicher Meinung zu kommen. Die Ethnologin Margaret Mead zählt drei Arten öffentliche Meinung herzustellen, denen gemein ist, dass das Individuum sich nach der angesehensten Meinung richtet und sein Tun daran ausrichtet, was dem Erhalt der Anerkennung innerhalb der Gruppe dient. (vgl. Noelle-Neumann 2001: 144-153)

⁴ Bei Tieren konnte in Experimenten gesehen werden, dass sich das Schwarmverhalten veränderte, wenn bestimmte Teile des Gehirns entfernt wurden. Solche Veränderungen führten zu rücksichtsloserem Verhalten, ein solch manipulierter Fisch schwamm beispielsweise außerhalb der Gruppe und der Rest folgte ihm, was ihn schließlich zu einem Anführer machte.

Das Konzept der Schweigespirale

Elisabeth Noelle-Neumann kam in den 1980ern mit dem Konzept der Schweigespirale auf.⁵ Sie erkennt eine „doppelte Natur des Menschen“ (2001: II), die einerseits die individuelle und die soziale Seite in uns beinhaltet. In Anlehnung an Platons Mythos des Protagoras erklärt sie, dass die Isolationsfurcht des Menschen ihn dazu bringt, sich an aufgestellte Verhaltensanforderungen zu halten, die durch die öffentliche Meinung ausformuliert werden. Dies macht das Zusammenleben der Bürger in einem Staat und dadurch eine Gesellschaft möglich. (vgl. Ebda: 345f) Da sich Menschen an der öffentlichen Meinung orientieren, sind sie im Falle, dass sie diese hinter sich wissen, um einiges redebereiter, als wenn sie diese ablehnten. Wer glaubt, einer Minderheit anzugehören, wird seine Einstellung als weniger bedeutend ansehen um sie durchsetzen zu wollen, aufgrund der vorhin erwähnten Angst aus einer Gruppe ausgeschlossen zu werden. Die Bereitschaft öffentlich zu Reden wirkt gemeinsam mit der Meinung der Öffentlichkeit, wodurch die Dynamik der Schweigespirale entsteht. (Scherer In: Wilke 1992: 103f) Das erklärt auch den Mitläufereffekt, der früher so hingehend verstanden wurde, dass Menschen lieber auf der Seite der Gewinner sein wollten, als bei den Verlierern. Unter Miteinbezug der Theorie der Schweigespirale, lässt sich nun vielmehr sagen, dass es der drohende Ausschluss aus der Gemeinschaft ist, der sie so handeln lässt. Gäbe es die Isolationsfurcht nicht, hätten Menschen keine oder weniger Angst ihre gegen die Mehrheit stehende Meinung von sich zu geben. (vgl. Noelle-Neumann 2001: 108)

Die Angst aus der Gemeinschaft ausgeschlossen zu werden, kann auf Journalisten in autoritären Systemen übertragen werden. Besonders in Kombination mit juristischen Konsequenzen bei nicht anerkanntem Verhalten, also bei einer nicht erwünschten Veröffentlichung einer Nachricht oder Meinung wird es für Betroffene erschwert, sich gegen gängige Ansichten zu stellen.

⁵ Die Idee der Schweigespirale ist jedoch schon älter. Noelle-Neumann fand sie auch bei dem Philosophen und Staatsmann Sir William Temple, aus dem 17. Jahrhundert der meinte, Menschen seien dann ängstlich und vorsichtig, wenn sie sich mit ihrem Standpunkt alleine fühlten. (vgl. Noelle-Neumann 2001: 343)

Der Medientenor

Geht es nach Noelle-Neumann, erfolgt die Stellungnahme der Medien zu einem Thema noch vor der Stellungnahme der Bürger dazu, das heißt sie geben durch die Themensetzung indirekt eine Meinung vor. Sie passen sich also an die gedachte Meinung der Bürger zu der Angelegenheit an und bringen das Thema dann vor.⁶

Je nachdem wie die Einstellungen der Mitmenschen eingeschätzt werden, verändert sich auch das Redeverhalten, das wiederum Einfluss hat auf die Art wie die Stimmung in der Gesellschaft empfunden wird. Diese Interaktion führt so zu dem spiralförmigen Prozess. (vgl. Noelle-Neumann 2001: 220f; 345)

Der bolivianische Botschafter Alfredo Jordan hielt im Jahr 1966 über das Journalistensein eine Rede in Madrid, in der er die noblen Absichten der Schreibenden hochhält und sagt: „El periodista es un conductor de la opinión pública. Es un hacedor de opinión.“⁷ Zugleich weiß auch er, dass „la opinión pública da a su vez al periodista una pauta. Es la que escribe la primera oración en la nota. Es la que inspira.“⁸

(Jordan 1966: 21)

3.2.1 Kritik an der Schweigespirale

Nach Noelle-Neumann besteht die Wirkung der Medien im Konzept der Schweigespirale in der Sichtbarmachung der Meinung Anderer, die dem Individuum als Orientierung dient. Dem unterliegt jedoch die Annahme, jeder könne sich einen exakten Einblick in die Einstellungen der Mehrheit verschaffen. Allerdings irrt sich mitunter auch die Gesellschaft über die Gesellschaft. (vgl. Merten 2007:373)

Kritiker der Schweigespirale sehen allerdings noch den wichtigen Punkt des individuellen Charakters als ausschlaggebend dafür, wie sehr sich jemand für seine Meinung einsetzt und wie sehr oder wie wenig er sich vor einer möglichen Isolation fürchtet. (Scherer In: Wilke 1992: 105) Auch die Gruppenzusammensetzung hat einen Einfluss auf eine mögliche Verhaltensänderung. Sollten sich viele Experten darin

⁶ Siehe Agenda-Setting-These, bzw. „Tagesordnungsfunktion der Medien“ (Luhmann In Noelle-Neumann 2001: 221)

⁷ „Der Journalist ist der Lenker der öffentlichen Meinung. Er ist der Meinungsurheber.“

⁸ „Die öffentliche Meinung gibt dem Journalisten zugleich eine Linie vor. Sie ist es die den ersten Teil eines Artikels schreibt. Sie ist es die inspiriert.“

befinden, sich die Personen Großteils ähneln und sie dem betroffenen Individuum von Bedeutung sind, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Person der Mehrheit anpasst, sehr groß. Ein hoher sozialer Einfluss, eine starke Autorität und Verhaltensvorbilder können Personen ebenfalls dazu bewegen, sich anzupassen. (vgl. Aronson 1994: 44-52)

Auch Lori Bergen bemerkt, dass die Redebereitschaft eines Menschen unter anderem von den Personen abhängt, die ihn in der jeweiligen Situation gerade umgeben. Menschen die dem Betroffenen nahe stehen, können sein Verhalten beeinflussen in der Öffentlichkeit entweder zu schweigen oder zu sprechen. (Scherer In: Wilke 1992: 106) Von großer Bedeutung ist auch der Rückhalt der von Freunden oder von der Familie zu erwarten ist: dieser wirkt auch mit bei dem Verhalten in Bezug auf die öffentliche Meinung. Das Wissen, nicht allein da zu stehen fördert das Verhalten, die eigene Meinung stärker zu vertreten. (vgl. Ebda: 112)

Der Analyse Marx's (siehe Kapitel 6.2) ist auch herauszulesen, dass nicht zwangsweise die Mehrheit einer Gruppe stimmungsbildend ist, auch eine Minderheit kann für die - in dem Fall sogenannte - öffentliche Meinung ausschlaggebend sein, wenn sie eine führende Rolle in der Gesellschaft einnimmt.

Grad der Einbindung

Auch der Grad der Einbindung in ein Problemfeld kann das Redeverhalten beeinflussen. Scherer (In: Wilke 1992: 120) unterteilt die Gesellschaft in drei Gruppen: Low-Involvement, Medium-Involvement und High-Involvement. Die Art und Weise, wie eine Person von einem Thema betroffen ist, bestimmt den Umgang damit in der Öffentlichkeit. Dies ist am meisten ausschlaggebend dafür, wie sehr oder wie wenig sich jemand für seine Interessen einsetzt. Je höher das Involvement, desto größer auch die Bereitschaft in der Öffentlichkeit aktiv zu der Einstellung zu stehen. (Ebda: 115)

Individuen, die stark eingebunden sind, zeigen keine Angst ihre Meinung auch als Minderheit zu zeigen. Wenn ihnen ein Thema wichtig erscheint, sind sie auch bereit Nachteile in Kauf zu nehmen um andere Menschen von ihrer Einstellung zu überzeugen und sind sehr bemüht die öffentliche Debatte aktiv mitzugestalten. Helmut Scherer spricht hierbei von einem „Missionareffekt“ (Scherer In: Wilke 1992: 120). Personen,

die von einem Umstand stark betroffen sind, sind auch als Minderheit bereit für ihre Interessen einzustehen. Dadurch lassen sich schlussendlich zwischen der Redebereitschaft von Mehrheit und Minderheit wenige Unterschiede ausmachen, da sich die Schweigetendenz und der Missionarseffekt ausgleichen. (vgl. Ebda: 121)

Öffentliche Meinung in Redaktionen

Auch in Zeitungsredaktionen gibt es eine öffentliche Meinung, die sowohl auf die Auswahl der Themen, wie auch auf den inhaltlichen Umgang mit ihnen Einfluss hat. Auch Reporter können davor nicht immer Abstand nehmen. Auch sie passen sich an die jeweilige Arbeitsumgebung an, um nicht im Falle eines Andersdenkens von den anderen Mitarbeitern ausgeschlossen zu werden. Dies kann unter Umständen auch in der Redaktion eines – ansonsten - demokratisch ausgerichteten Staats zu einer Selbstzensur führen. (vgl. Zetterberg In: Wilke 1992: 60f)

Die Elitentheorie

C. Wright Mills stellte die Theorie auf, wonach in den USA eine Elite von ausgewählten Menschen das gesellschaftliche Leben bestimmte, welche aus einem militärisch-bürokratischen Block und den größeren Unternehmen bestünde, die die Politiker des Landes lenkten. Da sie die gleiche Bildung genossen und miteinander verwoben wären, käme es zu einer starken Abgrenzung den anderen Bürgern des Landes gegenüber. Nachkommende Mitglieder dieser Elite fänden sich nur, wenn diese über die erfordernten Merkmale verfügten.

Noam Chomsky meinte dazu auf den Journalismus umgelegt, dass auch dort hohe Positionen nur an die Bewerber vergeben würden, die sich in ihren Haltungen denen ihrer Partner, also Käufer oder Verlage, glichen. Berichterstatter welche nicht über diese Erfordernisse verfügten, könnten in diesem System nicht vorankommen.

(vgl. Gellner/Glatzmeier 2004: 371)

Medien

Das Medium

Ein Medium bezeichnet jede Art eines „Trägers oder Übermittlers von Bedeutungen, Informationen und Botschaften“ (Brockhaus 12.Bd.: 401). Medien sind Systeme, die in einer Gesellschaft ebengenannte Botschaften an die Mitglieder übermitteln. Nach Saxer (vgl. Jarren/Bonfadelli 2001: 142) ist bei Medien zwischen einem kommunikationstechnischen und einem sozialen Aspekt zu unterscheiden. Die soziale Bedeutung erhalten sie seiner Ansicht nach erst durch die jeweilige Form der Organisation innerhalb des Unternehmens und die spezifischen juristischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ausrichtungen.

Die Information

Eine Information (lat. „Bildung“, „Belehrung“) ist eine Mitteilung über etwas oder jemanden. Für soziales Handeln ist Informationsaustausch unabdingbar. Er hält sämtliche soziale Systeme zusammen, „unabhängig vom Wahrheitsgehalt [...], Vollständigkeit oder [...] sachgemäßen Wiedergabe“. (Brockhaus 1999: 524) Ob eine Neuigkeit Informationswert hat, hängt besonders vom Wissensstand des Empfängers der Nachricht ab. Für die verschiedenen Empfänger ist daher der Informationswert jeweils unterschiedlich groß oder gering, was für den Einen neu ist, kann für den Anderen lang bekannt sein. (Burkart 2002: 402f)

In Bezug auf politische Systeme, insbesondere auf autoritäre, lässt sich Information beschreiben als „ein obskures Wunschobjekt von Seiten öffentlicher Mächte.“⁹(Gozalo 2010) Dies sei daran ersichtlich, wie in repressiven Regimen Information durch Zensur unterdrückt werde.

⁹ „un oscuro objeto de deseo por parte de los poderes públicos“

Die Nachricht

Nachrichten sind Informationen die durch Medien überbracht werden. Kritik an der Bezeichnung Nachricht übte schon 1966 der spanische Herausgeber González Ruiz. Eigentlich, meint er, ist eine Nachricht das, was die Journalisten glauben was die Leser interessieren könnte, und daher eigentlich das, was die Journalisten selbst interessiert.¹⁰ (vgl. González Ruiz 1966: 19)

4.1 Medienfunktionen

Funktion

Der Begriff der Funktion wurde in der Sozialwissenschaft von Leibniz eingeführt, der darunter die Aufgabe oder Leistung versteht, welche ein System oder ein Mechanismus erfüllt (Leistung) oder erfüllen muss (Aufgabe). Eine Funktion wird als variabel gesehen, im Unterschied zu einer Struktur, die eher als statisch wahrgenommen wird. (vgl. Merten 2007: 90f) Merton unterschied zudem zwischen manifesten und latenten Funktionen, welche die beabsichtigten Folgen von Systemhandlungen und auch die unbeabsichtigten und unauffälligen Funktionen umfassen. (vgl. Merten 2007: 91)

Medien werden im Bezug auf die Gesellschaft verschiedene Aufgaben zugeordnet, die entweder von ihnen erwartet, oder auch negativ zugeschrieben werden.

¹⁰ „Noticia es lo que los periodistas creen que interesa a los lectores. Por tanto, noticia es lo que interesa a los periodistas.“ (González Ruiz 1966: 19)

Medienfunktionen nach Strohmeier

Gerd Strohmeier unterteilt die Funktionen folgendermaßen:

		<i>Politische Meinungs- und Willensbildung</i>
	<i>Kontrolle</i>	<i>Politische Bildung und Erziehung</i>
<i>Herstellung von Öffentlichkeit</i>	<i>Information</i>	<i>Politische Sozialisation und Integration</i>
Primärfunktion	Sekundärfunktion	Tertiärfunktion

Abbildung 1: Medienfunktionen nach Strohmeier (vgl. Gellner/Glatzmeier 2004:346)

Ferner können die Funktionen der Medien in folgende Kategorien unterschieden werden:

4.1.1 Soziale Funktionen

Als Hauptfunktion gilt hier ihre **Sozialisationsfunktion**, die in einer Gesellschaft, in der traditionell große Familienverbände nicht mehr vorhanden sind, den Mitgliedern Orientierung bietet, indem ihnen verschieden mögliche Vorbilder und Verhaltensmuster gezeigt werden. Medien sollen unterschiedliche Werte und Normen, Denkmuster und Möglichkeiten des Handelns vermitteln, um die Bürger von Kindesbeinen an gut in die jeweilige Gesellschaft einzubinden. (vgl. Burkart 2002: 383ff)¹¹

¹¹ Franz Ronneberger meint, es gäbe spezielle „Sozialisatoren“ (Ronneberger 1971: 58), darunter die Redaktionen der unterschiedlichen Massenmedien, welche durch andauernde Berichterstattung eine „regelmäßige Wiederkehr des Gewohnten“ (Ebda: 59) schafften. Weiters gehörten dazu natürliche Personen der Massenmedien, wie Kommentatoren, Sprecher, Moderatoren etc. , welche ein Gefühl einer direkten Nähe erschaffen; dazu kommen auf der Fantasieebene literarische Symbolfiguren, in denen die Rezipienten sich wiederfinden und deren Handlungen imitieren können; und schlussendlich Helden, u.a. auch Tiere mit menschengleichen Charakterzügen.

Eine weitere soziale Funktion ist die **soziale Orientierungsfunktion**. Sie soll dem unübersichtlich wirkenden Alltag in der Industriegesellschaft durch die Darbringung von möglichst viel Informationsmaterial einen roten Faden bieten. Auch die verschiedenen „Wirklichkeitserfahrungen“ (Burkart 2002: 386) der Menschen sollen so den jeweils anderen zur Verfügung stehen.

Da eine Gesellschaft aus vielen, unterschiedlichen Gruppen besteht, bieten Massenmedien durch ihr Aufzeigen der differenzierten Interessen und Meinungen innerhalb der Bevölkerung, und durch die Möglichkeit des kommunikativen Austausches über das in den Medien Dargebotene, zwischen den Gruppierungen eine **Integrationsfunktion**. Durch die den Rezipienten vermittelten Werte und Normen, welche von der Bevölkerungsmehrheit gewünscht sind, wird so eine „Massenloyalität“ (Burkart 2002: 388) zu diesen Einstellungen hergestellt. Diese Funktion wird besonders in autoritären Staaten genutzt, um alle Bürger gedanklich auf Gleichklang zu bringen. Der Integrationsfunktion gegenüber steht die **Desintegration**, die entsteht wenn ein Teil der Gesellschaft stark und der andere wenig bis gar nicht den Medien ausgesetzt ist und sich folglich zwischen ihnen durch mangelndes Wissen eine Mauer aufbaut.

Die **Überintegration** verweist auf die Gefahr eines Verschwimmens von Grenzen, wenn die Medien allen Bürgern dieselben Vorstellungen und Handlungsweisen eintrichtern, was keine Unterschiede mehr in der Gesellschaft zulassen kann. Ein Phänomen welches nach Maletzke besonders während des Nationalsozialismus zu sehen war. (vgl. Burkart 2002 388f)

Zu guter Letzt steht die **Rekreationsfunktion**, die sich auf mögliche Ablenkung und Unterhaltung durch Medienkonsum, unter anderem auf die Flucht vor der Wirklichkeit (Eskapismus), bezieht.

4.1.2 Ökonomische Funktionen

Die Medien verhelfen der Wirtschaft durch die Möglichkeit guter und schneller Kommunikation (Informationsaustausch, insbesondere bei Werbung) zur **Zirkulationsfunktion**. Die Medien sind daher „Motor des kapitalistischen Wirtschaftskreislaufes“ (Burkart 2002: 398)

Die **Regenerative Funktion** geht einher mit der **Herrschaftlichen Funktion**. (vgl. Burkart 2002: 402) Das Publikum wird von den Medien unterhalten um danach erholt

zurück an die Arbeit zu gehen, wodurch die Bedeutung der kapitalistischen Marktwirtschaft unterstrichen wird, auf der auch das Dasein der Medien selbst basiert.

Zwischen politischer und wirtschaftlicher Funktion, stehen die von Holzer (1973: 156ff) angesprochenen Punkte: Ihm zufolge brauchen die Rezipienten die Medien zur **Wissensvermittlung** über die Arbeitssituation, die Änderungen in gesellschaftlichen Vorgängen und als **Sozialtherapie** und **Legitimationshilfe** um trotz schwieriger Vorgaben und Benachteiligungen „entscheidungskompetent und handlungsrelevant informiert zu sein“ (Holzer 1973: 156) um ihre arbeitsmäßige Lage kompensieren und auch kritisieren zu können.¹²

4.1.3 Politische Funktionen

Zu den politischen Funktionen von Medien zählt zuallererst das **Herstellen von Öffentlichkeit** (siehe Kapitel 0). Diese wird heute von den Massenmedien produziert, indem durch sie der Bevölkerung Informationen zur Verfügung gestellt werden. Alle Gruppen, die an dem politischen Geschehen teilhaben, treten idealerweise so in einen Kommunikationsprozess und tauschen Ideen und Kritiken aus. Diese **Artikulationsfunktion** ist dann gegeben, wenn die Medien wirklich all diesen verschiedenen Interessensgruppen eine Bühne bieten auf der sie ohne Angst auf Einschränkungen frei sprechen können. So kann auch ein Konsens gefunden und unterschiedliche Denkweisen aufeinander abgestimmt werden. Saxer (zit. nach Burkart 2002: 393) spricht hierbei von einer **Korrelationsleistung** der Medien.

Die **Politische Sozialisations- bzw. Bildungsfunktion** bezieht sich auf die Aufgabe der Medien das politische Geschehen mit seinen unterschiedlichen Gruppen durchschaubarer darzulegen und die Rezipienten dazu zu befähigen, sich im Idealfall selbst eine Meinung zu bilden.

¹² Gegenüberstellung Traumwelt und Wirklichkeit in den Medien: Probleme werden vielfach auf Personen umgedeutet und oberflächlich und nicht geschichtlich, gesellschaftlich zusammenhängend behandelt. Dargestellten wichtigen Persönlichkeiten wird vielmals zum großen Glück anders und reich zu sein, großes Unglück nachgesagt, um bei den Rezipienten ein Zustimmung zu „den herrschenden Verhältnissen und der daraus resultierenden klassen- und schichtspezifischen Verteilung von Lebenschancen“ (Holzer 1971: 162) zu erreichen, denn „die Fassade mag glänzen, aber wie es dahinter aussieht, ist etwas anderes.“ (Ebda)

Eine **Kritik- und Kontrollfunktion** ermöglicht es sämtlichen Interessensverbänden eines Staates, dessen politische Ausrichtung demokratisch ist, ihre Stimme zu erheben und auf dem von den Medien zur Verfügung gestellten Podium mit- und übereinander zu änderungswürdigen Zuständen des Landes Stellung zu nehmen und diese zu missbilligen. (vgl. Burkart 2002: 395) Voraussetzung dafür, dass die Medien die Zustände des Landes kontrollieren und frei kommentieren können, ist die von Einflüssen unabhängige die Arbeit der Berichterstatter. (siehe Kapitel 6.3.1)

Auch die übrigen dargelegten politischen Funktionen von Medien gelten vorwiegend in demokratisch ausgerichteten Systemen. In Staaten, in denen Medien- und Kommunikationsfreiheit nicht gegeben sind, kann es durch die Einschränkungen von Oben weder zu einem echten Informations- oder Ideenaustausch, noch zu Kritik kommen. Auch die Artikulation bleibt einer Minderheit vorbehalten.

Informationsfunktion

Die Informationsfunktion ist nicht eindeutig zuzuordnen. Sie wird gleichfalls auf dem Gebiet der sozialen, politischen und auch ökonomischen Leistungen der Medien vollbracht.

4.1.4 Wirkungen von Massenmedien

Wirkungen werden als Wissens-, Einstellungs-, und Verhaltensänderungen bei Menschen definiert, die durch Reize von außen verursacht werden. Im kommunikationswissenschaftlichen Sinne sind diese Reize Einflüsse welche die Auseinandersetzung mit Massenmedien mit sich bringt.

Messbar sind diese Wirkungen allerdings nicht ganz. Zeitlich gesehen ist es fraglich, wann genau der Kommunikationsprozess seinen Anfang hat, wann er als beendet gilt und besonders auch, wann und durch welche Umstände eine Wirkung eintritt, beziehungsweise als solche gesehen werden kann. Ferner sind die Begriffe Einstellung und Verhalten zu wenig präzise formuliert, denn auch Verhaltensweisen können sich auch unabhängig von Kommunikation ändern. Drittens müssen die drei Variablen voneinander unabhängig sein, da sonst nicht unterscheidbar wäre, ob eine mögliche

Veränderung durch einen Kommunikationsprozess oder eine damit in Verbindung stehende, geänderte Größe entstand.

Zuletzt ist zu betonen, dass sich Wirkungen nicht allein direkt und individuell zuordenbar zeigen, sondern in einem sozialen Zusammenhang zu sehen sind, der zusätzliche Einflüsse mit sich bringt und indirekt wirkt. (vgl. Merten 2007: 350f)

Der Staat

Zu einem Staat gehören verschiedenste Institutionen und andere Instanzen in denen politische Entscheidungen fallen, wie die Regierung, sowie solche die diese ausführen, wie Behörden, das Militär, die Polizei, der Gesetzgeber sowie die Justiz. (Gellner/Glatzmeier 2004: 18) Nach der Montevideo-Konvention von der Staatsrechtslehre, versteht man unter einem Staat „eine politische Einheit innerhalb eines jeweils gegebenen Territoriums.“ (Gellner/Glatzmeier 2004: 19)

Politik

Politik zu beschreiben ist in vielfacher Art möglich. Nach Meyer (2000:15) ist Politik die „Gesamtheit von Aktivitäten zur Vorbereitung und Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher und/oder am Gemeinwohl orientierter und der ganzen Gesellschaft zugutekommenden Entscheidungen.“ Dies ist jedoch ein idealtypischer Fall, zudem ist fraglich, inwiefern Gemeinwohl als Vorwand missbraucht wird, beziehungsweise ob ein Vorgehen tatsächlich nicht nur einer Minderheit zugutekommt.

Regieren

Der Begriff des Regierens wird in modernen Überlegungen als *governance* (Gellner/Glatzmeier 2004: 18/Hervorheb. i.O.) bezeichnet und weitergeführt unter dem der *good governance* (Ebda). Gutes Regieren also, bei dem auf die Vorstellungen der klassischen Antike zurückgegriffen wird. Es geht hierbei darum, wie die Macht im Staat unter den politischen Akteuren aufgeteilt und ausgeübt wird. Good governance kennzeichnet sich dadurch, dass die Macht unter den verschiedenen Trägern zum einen geteilt und zum anderen gemeinsam vollzogen wird. (vgl. Gellner/Glatzmeier 2004: 18) Der Politikbegriff darf aber nicht nur darauf beschränkt werden, denn schließlich findet Politik immer in einem bestimmten Umfeld statt, welches die Vorgänge nachhaltig beeinflusst. So richten sich totalitäre oder absolutistische Länder beispielsweise nicht

nach solchen Idealvorstellungen einer Gewaltenteilung und auch zwischen demokratisch ausgerichteten Staaten gibt es Unterschiede in ihren jeweiligen Staats- und Freiheitsverständnissen. (vgl. Ebda: 19) Grundsätzlich wichtig ist in demokratischen Systemen, dass sich die Regierenden einer Selbstbeschränkung unterwerfen, was sie somit von autoritär Regierenden unterscheidet. (vgl. Mai In: Jäckel/Mai 2008: 126)

Das Volk

Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde das Staatsvolk als geschlossene Masse gesehen, die von den Herrschenden nach Gutdünken geleitet werden konnte. (vgl. Bergsdorf In: Wilke 1992: 41) Der Umschwung durch die Demokratie brachte auch dem Volk mehr Rechte, aber auch Pflichten - das Verhältnis von Staatsspitze und den Bürgern änderte sich.

Kritischer hingegen sieht das Noam Chomsky. Seiner Ansicht nach wird sowohl in demokratisch als auch autoritär geführten Staaten, die Masse der Durchschnittsbevölkerung als zu führende Herde gesehen, die „zu dumm ist, um größere Zusammenhänge zu verstehen.“ (Chomsky 2003: 31) Sie muss gezähmt werden, denn würde sie sich tatsächlich aktiv am politischen Ablauf beteiligen wollen, dann würde sie nur alles durcheinander bringen. Chomsky vergleicht sie mit einem kleinen Kind, das noch nicht bereit dafür ist, alleine über die Straße zu gehen und so andere Personen gefährden könnte. Die richtigen Überzeugungen und Werte werden daher von ausgewählten Spezialisten vermittelt um einen allgemeinen Konsens herzustellen, eine öffentliche Meinung. (siehe Kapitel 0) Eine Bewegung die gegen den Staat gerichtet ist, bedeutet Gefahr, „eine Krise, die überwunden werden muß, weil die Bevölkerung gefälligst gehorsam und passiv zu bleiben hat.“ (Chomsky 2003: 37)

Politische Kultur

Die politische Kultur eines Landes beschreibt einfach gesagt wie die Bürger eines Staates zu ihm stehen. Verba und Almond listen dazu drei Begriffe auf: Einstellungen, Meinungen und Werte. Politische Kultur ist individuell verankert und entsteht durch die Sozialisation in die Gesellschaft. Sie beeinflusst auch die Struktur des Politikgebildes.

Wolfgang Rudzio benennt fünf Teile aus denen politische Kultur besteht: Die Einstellung zur politischen Gemeinschaft und zum System, das Ausmaß und die Art der politischen Beteiligung, mögliche politische Entscheidungsmuster und den Homogenitätsgrad der politischen Kultur. (vgl. Gellner/Glatzmeier 2004: 411 – 417)

5.1 Grundmodelle politischer Ordnung

Nach Manfred Hättich lassen sich politische Ordnungen nach drei Variablen verschiedenen Herrschaftssystemen zuordnen (vgl. Hättich 1969: 24 – 38):

Herrschaftsstruktur: Gefragt wird, ob sich die Macht oder die jeweiligen Aufgaben auf eine Person oder Institution beziehen oder unter mehreren Repräsentanten aufgeteilt werden. Gibt es nur ein Herrschaftszentrum, ist die Struktur monistisch. Wenn sich mehrere Akteure beteiligen die auch einen gegengewichtigen Einfluss aufeinander haben, so ist die Struktur pluralistisch.

Willensbildung: Diese funktioniert entweder monopolisierend, wenn eine einzelne Person oder Gruppe ihre Vorstellung des geplanten Vorgehens ohne Gegenwehr durchsetzen kann, oder konkurrierend wenn zumindest eine kleine Chance besteht, dass die Anliegen anderer politischer Kräfte „wenigstens hypothetisch“ in die Entscheidungsprozesse einfließen können (Gellner/Glatzmeier 2004: 94). Hättich unterscheidet bewusst zwischen freier Willens- und Meinungsbildung. Denn so könne in einer gemäßigten Diktatur womöglich eine meinungsbildende Diskussion stattfinden und zum Teil in einem öffentlichen Medium wiedergegeben werden, eine freie Willensbildung sei dies jedoch nicht. (vgl. Hättich 1969: 31)

Repräsentation: eine Gruppe wird durch die Menschen repräsentiert, die in ihrem Namen sprechen und handeln. Hierbei muss aber die Meinung der Repräsentierten nicht notwendigerweise mit der der Repräsentanten übereinstimmen. Es wird zusätzlich darauf Acht gegeben, ob Akteure nur ein symbolisches Mitwirkungsrecht besitzen, oder auch echten Einfluss auf die staatlichen Geschehnisse nehmen können.

Monismus

Monismus bedeutet, dass das Gemeinwohl von vornherein feststeht, sich die Staatsbürger nach einem vorgerichteten Allgemeinwillen richten, in ihren Interessen übereinstimmen, sich gleichen, befangen und kompromisslos sind. (vgl. Gellner/Glatzmeier 2004: 368) In einer Gesellschaft in der *das Richtige* (Hervorh. i. O. Gellner/Glatzmeier 2004: 358) schon feststeht, kommen öffentliche Diskussionen über politische Inhalte gar nicht auf. Dadurch wird auch die Bevölkerung nicht in miteinander wettstreitende Gruppen aufgeteilt, es werden daher keine Vertretungen dieser gebraucht. Parteien sind so mehr ein Störfaktor der die nach außen gezeigte Harmonie durcheinander bringen könnte.

Pluralismus

Pluralismus kann als „Grundmodell der Willensbildung“ (Gellner/Glatzmeier 2004: 369) gesehen werden. Es wird angenommen, dass es mehrere Interessen sind, welche die Politik eines Landes mitbestimmen. Um diese zu vereinen bedarf es Verhandlungen der verschiedenen, tolerant gestimmten Gruppen, welche schlussendlich zu einer Übereinkunft führen. Diese wird entweder von einer Mehrheit unterstützt oder ist von dem Verhältnis der Diskutierenden abhängig. Idealtypisch stehen einander hier in Demokratien Proporz und Majorz gegenüber.

Pluralistische Kommunikation und ihre Funktion

Pluralistische Kommunikation ist in einer liberalen Demokratie sowohl für die Regierenden wie auch die Regierten zu dem bedeutendsten Mittel der Steuerung geworden. Eine freie Meinungsbildung ist gegeben, wenn sie sich auf Argumente stützen kann, im Idealfall von beiden Seiten einer Gegebenheit. Der Begriff zielt auch auf die beiderseitige Beeinflussung aller Parteien, welche für den Vorgang einer Meinungsbildung grundlegend ist. Je vielfältiger das Angebot für die Rezipienten umso bedeutsamer für die pluralistische Kommunikation. Hierbei haben die Medien eine wichtige Funktion. (vgl. Bergsdorf In: Wilke 1992: 42f; 49)

5.2 Die Demokratie

Das Wort Demokratie leitet sich aus dem Griechischen Demos (das Volk) und Kratie (Herrschaft) ab. Diese Herrschaft des Volkes war in Zeiten der griechischen Polis jedoch nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung gegeben, da zu den Mitspracheberechtigten beispielsweise Frauen und Sklaven nicht zählten. Zur Problemstellung der Demokratie gehört also seit jeher die Frage, wer denn nun wirklich Anrecht auf Mitbestimmung im Staat hat. (vgl. Schmidt 2010: 27f)

In Europa kam die Demokratie im 18. Jahrhundert wieder auf und wurde in den Nationalstaaten des 20. Jahrhunderts immer mehr durchgesetzt.¹³ Auch die zuvor ausgeschlossene Arbeiterschaft und Frauen wurden langsam mit miteinbezogen. Zu unterscheiden ist in der Umsetzung die **liberale** Demokratie (mit der individuellen Freiheit im Mittelpunkt), die **soziale** Demokratie (welche die Ungleichheit der Staatsbürger verhindern möchte) und die **konsens-** und **konfliktorientierten** Traditionen¹⁴. (vgl. Willems In: Willems 2002: 24ff)

Es gibt vielerlei Begriffsdefinitionen hierzu. Demokratie ist nicht gleich Demokratie. Das System ist in unterschiedlichen Ausprägungen vorhanden und bietet verschiedenste Beteiligungsformen die sich ändern können.¹⁵ (vgl. IHS 2001: 5) Auch ein gewaltenteiliger Staat mit einem gewählten Parlament kann, streng genommen, nicht demokratisch sein. (vgl. IHS 2001: 1)

Seymour Martin Lipset vertritt die Theorie, dass Wohlstand Demokratie fördert, wie auch die Effektivität und Legitimität des politischen Systems. Dazu gehören unter anderem eine gute Ausbildung und die Möglichkeit der Bürger an Teilnahme in Verbänden, wie auch eine gesellschaftliche und ökonomische Sicherheit für die Unterschicht. (vgl. Schmidt 2010: 413f) Denn in einer Demokratie muss sich politische Herrschaft begründen und hängt von der Zustimmung der Bevölkerung ab. Deshalb muss sich jede Politik auf dem Feld der Kommunikation bewähren, da sie sonst

¹³ Durch die Globalisierung verlieren die einzelnen Staaten heutzutage, zwischenstaatliche Abkommen und Akteure wie UNO und NATO wiederum gewinnen an Bedeutung. Auch wenn die Nationalstaaten ihre Autorität nicht ganz verloren haben, so ändern sich die Zusammenhänge und das allgemeine Zusammenspiel. (vgl. Hardt/Negri In: Documenta 11_Plattform1 2002: 371f)

¹⁴ Konfliktorientierte Demokratietraditionen berücksichtigen die Pluralität innerhalb einer Gesellschaft mehr, während konsensorientierte mehr auf die gemeinsame Selbstregierung beruhen.

¹⁵ So gibt es in der heutigen Schweiz für Staatsbürger die Möglichkeit in regelmäßigen Abstimmungen über Gesetze deren Implementierung zu verhindern, während in Ländern wie Großbritannien hauptsächlich durch die Wahl des Parlaments die politische Einstellung kundgetan wird. (vgl. IHS 2001: 8;12)

scheitert. Dafür braucht es freie Meinungsäußerung, damit die Bürger ihre Zusprüche oder ablehnenden Haltungen kundtun können. Um die Zustimmung der wahlfähigen Personen zu erhalten, müssen Politiker ihre Entscheidungen transparent machen. Hierbei ist es für sie hilfreich zu wissen, welche Vorstellungen, Probleme, Informationen oder Desinformationen gerade vorherrschen. (vgl. Bergsdorf In: Wilke 1992: 42f)

5.3 Die Diktatur

Frühe politische Theoretiker wie Platon oder Aristoteles sahen die Tyrannis als schlimmste Form, da viele der Tyrannen zuvor Volksführer waren, an die man sich wandte und ihnen vertraute, weil sie gegen Angesehene kämpften. (vgl. Gellner/Glatzmeier 2004: 90) Im alten Rom war die Diktatur eine Vorgehensweise für den Notfall: für einen Zeitraum von 6 Monaten wurde alle Regierungsmacht einer einzelnen Person übergeben. (vgl. Patzelt 2003: 246)

Im Unterschied zu demokratischen Systemen, gibt es bei diktatorischen keine Trennung der Legislative, Exekutive und Judikatur. Im Idealfall sollten sich diese gegenseitig hinterfragen und konkurrieren um eine pluralistische Gesellschaft zu ermöglichen. Vielschichtigkeit ist in diktatorisch ausgerichteten Staaten aber bei Meinungsbildung, Parteien und Interessensgruppen nicht vorhanden, erst recht nicht bei Medien. (vgl. Gellner/Glatzmeier 2004: 368f)

Hierarchische Gesellschaftsformen

Nach Aaron Wildavsky lassen sich in hierarchisch geordneten Gesellschaften Probleme durch die strenge Kontrolle, welcher die Bürger ausgesetzt sind, per Anordnung leichter und schneller lösen. Solange man sich dem herrschenden Apparat gegenüber redlich zeigt, ist auch der Schutz von ihm gegeben. Die Bürger haben unterschiedliche spezifische Rollen und ermöglichen so ein friedliches Zusammenleben aller. (vgl. Gellner/Glatzmeier 2004:336f)

5.3.1 Diktaturen in Europa des 20. Jahrhunderts

Nicht nur Spanien, sondern viele Länder Europas schufen nach ersten Anfängen der Demokratisierung im Laufe der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Monarchien oder Diktaturen autoritärer oder faschistischer Prägung. Die fehlende Stabilität, besonders nach dem ersten Weltkrieg, die Gebietsverluste und die wirtschaftlichen Probleme vor allem der Verliererstaaten, erzeugten eine allgemeine Unsicherheit. Die zuvor willkommene neue Regierungsform der Demokratie wurde abgelehnt und so entstanden in diesem Vakuum unter anderem in Spanien, Deutschland und Italien Diktaturen. Voraussetzungen dafür waren unter anderem „ein fanatischer Nationalismus und romantisierende Großreichsvorstellungen mit Rückgriff auf die Geschichte“. (Besier 2006: 26) In Spanien hielt sich das System besonders lange: bis zum Tode Francos 1975 war der Staat hauptsächlich durch den Willen eines Mannes regiert.

Unterschieden wird hauptsächlich zwischen autoritärer und totalitärer Diktatur, als Vorstufe gilt die:

Konstitutionelle Diktatur

Sie gilt als Einstieg, bei dem die früheren Eliten des Landes einbezogen, politische Einrichtungen erhalten und die gegnerischen Kräfte nicht ganz bekämpft werden. In einer wirtschaftlichen oder politischen Notsituation soll dem Land durch die einseitigen Handlungsvorgaben eines Führers oder einer Gruppe geholfen werden. Das Nicht-ändern-Wollen der politischen Situation und das Aufrechterhalten-Wollen der bisherigen, eigenen Lage, wird verwendet um die Zustimmung der Staatsangehörigen zu bekommen. Zugleich pochen die Führer auf Nationalstolz und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Mit ein Grund dafür, warum für konstitutionelle Diktatur auch der Begriff der *gelenkten Demokratie* verwendet wird.(vgl. Besier 2006: 24)

Autoritäre Diktaturen

Autoritär geführte Systeme sind der häufigste Typ politischer Systeme. Sie gehen einen Schritt weiter. Sie wünschen sich einen starken, jedoch nicht in alles eingreifenden Staat. So wird auch der Wirtschaft noch etwas Freiraum gelassen, wodurch mögliche

miteinander konkurrierende Eliten entstehen. Meist wird den Bürgern keine einzig gültige Ideologie aufgetragen, es wird versucht der Bevölkerung gewisse traditionelle Denk- und Verhaltensweisen zu lassen. Autoritäre Systeme werden je nach Grad der Machtteilung, Ideologisierung und Partizipation unterteilt. (vgl. Besier 2006: 25; Patzelt 2003: 258f)

Totalitäre Diktaturen

Viele Staaten in Europa griffen während der Wirtschaftskrise der 1930er zu gesteigerten Kontrollmitteln um den Staat zu führen. Der Begriff des Totalitären in der Diktatur, entspringt der italienischen Opposition gegen Benito Mussolini, der das Land 1926 diktatorisch zu lenken begann. Dieser wendete jedoch den Begriff und besetzte ihn positiv um ihn so selbst zu nutzen.¹⁶Sigmund Neumann sieht als zentralen Punkt der totalitären Regime die Revolution der Menschen zu instrumentalisieren und institutionalisieren. Innerer und auch äußerer Krieg hilft den Systemen zu entstehen. (vgl. Besier 2006: 25-29/692)

Nach Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski, beschreiben folgende Merkmale eine totalitäre Diktatur: (vgl. Gellner/Glatzmeier 2004: 101-103)

- eine ausgearbeitete Ideologie
- eine einzige Massenpartei
- ein Terrorsystem
- ein Monopol der Massenkommunikation (heißt nicht dass nur ein Medium existiert, sondern viele Private aber diese stehen unter staatlicher Kontrolle)
- ein Monopol der Anwendung von Kampf Waffen
- eine zentrale Überwachung und Lenkung der Wirtschaft

Dieser Merkmalskatalog soll aber nicht als abgeschlossen gesehen werden, vielmehr kann es noch weitere Punkte geben, da totalitäre Regime nicht immer in dem selben Zustand verharren, sondern sich auch ändern und an neue Umstände im Inneren des

¹⁶ Adolf Hitler soll die Verwendung des „totalitären“ abgelehnt und das Wort „autoritär“ für seinen Führungsstil bevorzugt haben. (vgl. Besier 2006: 29)

Staates oder äußere Einflüsse anpassen.¹⁷ So sind die Punkte auch nicht immer und in jedem Regime von gleicher Wichtigkeit, sondern variieren je nach Ausgangslage und momentaner Situation des Landes. (vgl. Gellner/Glatzmeier 2004: 103f)

In totalitären Diktaturen sind folgende Punkte weiter von Bedeutung: die Zurückdrängung des Privaten, die Mobilisierung der Massen und die Aus- bzw. Gleichschaltung anders denkender Institutionen. Die Partei und der Staatsapparat sind formal getrennt, allerdings schützt die Partei den Staat und hilft seine Macht zu erhalten. Der über allen stehende charismatische Führer soll das Volk aus der Krise retten und bedient sich dafür einer Ideologie, an die alle zu glauben und der sich alle zu unterwerfen haben. (vgl. Besier 2006: 26f)

Zwang muss aber nicht notwendigerweise ein Anzeichen einer totalitären Repräsentanz sein. Dies kann auch aus einer Tradition oder einem Zusammenwirken von politischer Gemeinschaft und religiösem Kult resultieren und dadurch in der jeweiligen Bevölkerung akzeptiert sein. (vgl. Hättich 1969: 43)

Totalitär versus Autoritär

Die beiden Herrschaftsformen werden in der Wissenschaft stark auseinandergehalten. Anders als die autoritäre Diktatur behauptet die totalitäre von sich, vollkommen neu zu sein. Sie begnügt sich nicht damit, die Menschen einem Weg und einer ebenso neuen, einzigen Ideologie zu unterwerfen, sondern verlangt eine hundertprozentige Zustimmung und bietet vollkommen veränderte Lebenswirklichkeiten. Autoritäre Systeme wiederum bieten den Untergebenen den Erhalt traditioneller Strukturen, Sicherheit und eine gemäßigte Modernisierung, während totalitäre Länder wie Italien unter Mussolini die technische Modernisierung stark vorantrieben. (vgl. Besier 2006: 26-29)

¹⁷ Carl Joachim Friedrich sieht das totalitäre Modell allerdings als fix an, da sich seiner Ansicht nach solche Systeme nicht von dem Inneren heraus ändern lassen und dem zufolge auf Ewig Bestand haben. (vgl. Besier 2006: 686)

5.3.2 Diktatur in Spanien

Von manchen Wissenschaftlern wird das Spanien in den ersten Jahren nach dem Bürgerkrieg 1936 als „persönliche Militärdiktatur“ (Hervorh. i. O.:Beyme 1971:22) gesehen, die zu der Zeit noch totalitäre Züge aufwies.

Was den Staat von anderen Staaten unterschied, um ihn als vollkommen totalitär einzustufen, waren die nicht vorhandene totalitäre Ideologie und die streng organisierte Partei, sowie die Tatsache, dass das Regime das Bildungssystem nicht voll unter Kontrolle hatte und dies zum Teil der Kirche überließ¹⁸. Dennoch soll dies nicht dazu verleiten zu denken, dass eine autoritäre Herrschaft viel harmloser wäre als eine totalitäre. Tatsächlich ist ersichtlich, dass Franco in den Anfängen aufgrund der „geringen organisatorischen Mittel der indirekten sozialen Kontrolle durch Ideologie, Partei und gesellschaftliche Anhängerorganisationen – zu wesentlich nackterer Gewalt greifen muss und dass etablierte totalitäre Regime – etwa der Volksdemokratien-, an der Zahl der politischen Gefangenen und der Erschießungen gemessen, günstiger wegkommen als der rohe Prätorianismus einer ideologisch diffusen und organisatorisch unstrukturierten autoritären Diktatur wie der Francos.“ (Von Beyme 1971: 24)

Viele sprechen im Bezug auf Spanien unter Franco von einer „dictablanda“ (Hervorh. i. O.: Beyme 1971: 107) als Gegenbegriff zur dictadura (dura = hart, blanda =weich). Dies bezieht sich allerdings mehr auf die letzten Jahre des Regimes.

¹⁸ Francisco Franco hatte nach 1945 versucht die katholische Kirche in seine Regierung einzubinden, um so nach außen den Eindruck eines faschistischen Staates zu schmälern, eine kosmetische Korrektur um den christlichen Demokratien zu gleichen. 1953 erhielt Franco die Unterstützung des Vatikans, als sie ein Konkordat abschlossen, das der Kirche vollkommene Handlungsfreiheit in bei Bildungsangelegenheiten ließ und finanzielle Zuschüsse mit sich brachte. (vgl. Besier 2006: 238f) Mehr dazu in den Kapiteln zu dem politischen System Spaniens in den 1960ern.

Medien und Politik

„A direct relationship exists in all societies between the structure and organization of communications and the character, tone, and, even to a degree, content of political expression. The politician’s role both as articulator of the collective identity and as champion of specific interests is invariably conditioned and limited by the media of communications available to him. (...) the technology of communications at any time can affect the style of elite communications. (...) the political process as a whole is influenced by access to the means of communications. Questions about the ease of access and the existence of limitations of the use of mass media touch upon some of the most important issues determining the character and the stability of political life in any society. Indeed, an examination of the conditions for obtaining access to various forms of communication usually is a highly rewarding way of comparing political systems, for such an approach can not only reveal how control and power are distributed in different systems but also can provide information about the very character of power itself in each society.” (Pye 1972: 58)

Das Mediensystem ist ein bedeutsamer Teil des gesellschaftlichen Lebens, welches unter den Menschen ununterbrochen Realitätskonzepte verbreitet, die nicht einsehbare Wirkungen auf deren Denken, Handeln und Wissen haben. Daher ist es für die Machthaber eines Landes von Interesse, diesen entsprechende Kontrollen entgegenzustellen. (vgl. Merten 2007: 402)

Kommunikationsordnung

Die Kommunikationsordnung beschreibt mehr oder weniger juristisch festgelegte Arten der öffentlichen Kommunikation. Sie bezieht sich nicht nur auf Massenmedien, sondern auch auf sämtliche öffentlich getätigte Meinungsäußerungen. (vgl. Ronneberger In: Burkart/Hömborg 2004: 226) Sie „muss sich daher prinzipiell als offen für Künftiges verstehen und kann Ordnung jeweils nur auf Zeit herbeiführen.“ (Ebda: 227)

6.1 Medienpolitik

Medienpolitik umfasst die Aktionen, die „in einem politischen Sinn auf die Organisation, Funktionsweisen und –abläufe von (Massen-)Medien, die Ausgestaltung von Medieneinrichtungen, - angeboten und –distributionsprozessen sowie auf die materielle und personelle Ausstattung der Medien und Beeinflussung von Rezeptionsvorgängen zielen.“ (Brockhaus 12.Bd.: 404) Im Mittelpunkt stehen dabei die Auslegungen, Grundlagen und Voraussetzungen für den Medienbetrieb, wie etwa Rundfunkvorschriften und andere juristische Anordnungen. Nach Ronneberger interessiert sich Kommunikationspolitik nicht nur für die Rechtsvorschriften für Medien, sondern bezieht sich auch auf soziale Verhaltensweisen und Strukturen, wie auch auf deren Bezugsrahmen auf andere soziale Gebilde. Verschiedene Organisationen des Staates, wie Parlament, Gerichte, Verbände und Massenmedien kommunizieren über kommunikationspolitische Themen, beobachten und kontrollieren sich gegenseitig und vertreten unterschiedliche Positionen. (Ronneberger In: Burkart/Hömberg 2004: 220f)

Dies bezieht sich jedoch auf Idealfälle, auf demokratische Gesellschaften. In diesen sollen unter anderem Kommunikationsmedien allgemein verfügbar und zugänglich sein, und soll das pluralistische Wesen der Öffentlichkeit wiedergespiegelt und nicht durch eine Meinung dominiert beziehungsweise von einer Gruppe kontrolliert werden. (Haller In: Langenbucher 2003: 98)

In autoritären politischen Systemen ist dies jedoch nicht der Fall. Elisa Chulía betont, dass Medienpolitik einen empfindlichen Entwicklungsindikator von Autokratien darstellt, da es sich um einen wichtigen staatlichen Eingriffspunkt handelt. Die politische Stabilität basiert auf der Informationskontrolle, durch welche die Autoritäten darüber bestimmen können, was die Bürger über das Tun der Staatsspitze in Erfahrung bringen können. Je mehr die Medien vom Staat überwacht werden, desto mehr verringern sich die Möglichkeiten der Bevölkerung, die politischen Vorgänge zu kontrollieren und sich unabhängige Meinungen, auch über die politischen Präferenzen der übrigen Bewohner, zu bilden. (vgl. Chulía 1997: 3f)

6.1.1 Informationsmanagement

Informationsmanagement spielt in jedem Staat eine wichtige Rolle. Wissen über Vorgänge im Land sollen zwischen Regierenden und Regierten kommuniziert werden. In demokratisch geprägten Gesellschaften wird auch darüber debattiert, ob das Medienpublikum als aktiv gesehen werden kann, und wie weit es in die Gestaltung eingreift. Dort artikuliert es die Wünsche und Vorstellungen „indem es Entscheidungen trifft, die über die Struktur des Gesamtangebotes mit entscheiden.“ (Jäckel In: Jäckel/Mai 2008: 177) In einem autoritär geprägten Umfeld stellt sich diese Frage weniger.

Die Art, wie Menschen in Informationsprozesse eingebunden sind oder nicht, entscheidet über deren soziale Positionen in einem Staat und die Form in der am gesellschaftlichen Geschehen mitgewirkt werden kann. Als Herrschaftsmittel hat Information die Form eines nur ausgewählten Personen offen stehenden Informationsmonopols, das nach bestimmten Vorstellungen gesteuert wird, und unter Umständen, durch gezielte Manipulation oder Unterdrückung, zu Missbrauch führt. (Brockhaus 1999: 524)

6.2 Die Macht der Medien

Medien wurde schon immer eine große Macht zugeschrieben. Von jedem neu auftauchenden Medium wurde erwartet, dass es einen starken und womöglich direkten Einfluss auf das Denken der Menschen hätte. Als der Buchdruck erfunden wurde, spielte er beispielsweise für die Bewegung der Protestanten im 15. Jahrhundert eine gewichtige Rolle. Meinungen konnten schneller an mehr Bürger herangetragen werden. Jedoch wurde die neue Technik auch von Andersdenkenden genutzt, wodurch unterschiedliche Meinungen auf die Menschen zukamen. (vgl. Zetterberg In Wilke 1992: 52)

Voltaire sah die Macht der Medien eher pessimistisch. Seiner Meinung nach wurde die Geschichte der Menschheit eher in Form von Kriegen entschieden und nicht durch den Druck einer Schrift. Auch wenn ihm nachgesagt wird, er hätte diese Ansicht

hauptsächlich vertreten um den damaligen Machthabern die Unsinnigkeit von Zensur vor Augen zu führen, so übersah er die Langzeitwirkung, die von gedruckten Werken ausgehen kann. Auch wenn sich an einer Situation nicht unmittelbar nach dem Erscheinen einer Druckschrift etwas ändert, auch Machthaber ziehen kurz oder lang gewisse Aspekte des herrschenden Meinungsklimas in ihre Entscheidungen ein, weil „das Schwert, das vom Volk als legitim erachtet wird, eine dauerhaftere Geschichte hervorbringt als das Schwert, das lediglich die nackte Macht des Fürsten verkörpert.“ (Zetterberg In Wilke 1992: 53) Die Herrscher eines Landes brauchen Bestätigung, welche sie auch durch die Medien bekommen können. Journalisten und Machthabende hängen voneinander ab, sie brauchen einander. Die Berichterstattung in einem Nachrichtenmedium verhilft den Spitzen der Gesellschaft zu Bekanntheit und im Idealfall zu Anerkennung, während sie dem darüber Schreibenden Arbeitsmaterial liefern. Beide ziehen daraus einen Nutzen. (vgl. Zetterberg In Wilke 1992: 54)

Minderheiten als Inhaltsbestimmer

Karl Marx analysierte Ende des 19. Jahrhunderts die Berichterstattungen der britischen Zeitungen zum amerikanischen Bürgerkrieg und fand heraus, dass ihre Einstellungen nicht notwendigerweise auch die der breiten Masse waren, sondern vielmehr die einer zwar kleineren, aber führenden Gruppe. Diese konnte sich in den Medien besser präsentieren, da ihre Meinungen mehr geachtet wurden und sie daher sehr gewichtig waren, besonders wenn ein Zeitungseigentümer den gleichen Standpunkt hatte.

Marx fürchtete, dass alle Eigentümer dieselben Ziele und daher Minderheiteneinstellungen keine Chance auf ein Gehör hätten. Die Repräsentation einer einzigen Meinung kann insofern verhindert werden, als verschieden denkende Eigentümer unterschiedlich ausgerichtete Blätter drucken, so dass im Idealfall jede Ansicht eines Falles in einer Form einen Weg an die Öffentlichkeit findet. (vgl. Zetterberg In Wilke 1992: 54f)

Medien bieten eine „Bereitstellung flächendeckender Wirklichkeitsentwürfe“ (Merten 2007: 260), woraus sich ergibt, dass Tatsachen und Vermutungen miteinander vermischt werden. Schlussendlich wird nur noch das in den Medien Dargestellte als

bedeutungsvoll wahrgenommen. Was nicht dargebracht wird, bekommt dadurch keine Beachtung.

Einfluss von Medien nach Bildungsgrad

Nach Zetterberg (In Wilke 1992: 53f) lehnen gebildete Menschen die Massenmedien ab, da sie sich der begrenzten Möglichkeiten der Themendarbietung bewusst sind, und auch andere Gesichtspunkte eines Falles zu ihren Überlegungen hinzuziehen, wohingegen Vertreter der ungebildeten Leser aus den gedruckten Worten Aufschluss über Geschehnisse erhalten. Beiden Gruppen verhelfen die Medien dazu, die Eliten eines Landes zu erkennen, seien es solche aus dem Kunst-, Technik-, Wirtschafts- oder anderem Bereich. Die Elite wiederum braucht die Medien, um ihre Stellung in der Gesellschaft zu bestätigen, zugleich lehnt sie sie ab.

Für den Fall, dass ein Mitglied der Elite an eine führende Rolle in einer Zeitung gelangt, versucht es laut Zetterberg (vgl. Ebda: 54), sich nicht in den Vordergrund zu drängen, sondern sich mit den Berichterstattern gut zu stimmen, um sie an ihrer Seite wissen zu können.

6.3 Medienkontrolle

6.3.1 Medien in demokratischen Systemen

Die Beziehung zwischen Massenmedien und der jeweiligen Politik eines Staates bildet eine bedeutende Basis eines jeden politischen Systems. In Demokratien bieten Medien allen Bürgern eine Plattform für Meinungs- und Wissensaustausch über Vorgänge im Staat, was durch eine publizistische Vielfalt besser ermöglicht wird. Sie bestimmen dadurch auch die öffentliche Meinung mit (siehe Kapitel 0). Die Berufstätigkeit als Journalist ist für jedermann möglich und die Unabhängigkeit der Massenmedien meist verfassungsrechtlich garantiert. Sie üben dadurch auch leichter eine Kontroll- und Aufdeckfunktion aus. Da der Zugang zu Nachrichten frei ist, werden sowohl der Bevölkerung und auch den Regierenden Skandale und Missstände im Land näher gebracht, um unter Umständen daraufhin zu einer Verbesserung der Situation zu

gelangen. (vgl. Gellner/Glatzmeier 2004:349f; Mast 2000: 83) Im Idealfall tragen sie so zu einer „Legitimation der politischen Ordnung und ihres Entscheidungshandelns bei“. (Gellner/Glatzmeier 2004:349f)

6.3.2 Medien in der Diktatur

Die Pressepolitik bildet einen sensiblen Entwicklungsindikator von Autokratien. Es handelt sich um ein wichtiges staatliches Interventionsgebiet, denn einer der Grundpfeiler der Stabilität eines autoritär geführten Landes liegt in der Informationskontrolle. Je mehr ein Staat die Presse kontrolliert, desto weniger hat das Volk die Möglichkeit das Handeln der Regierenden zu überwachen und eine unabhängige Meinung über die politischen Präferenzen der Mitmenschen zu bilden. Durch Pressepolitik können Regime kontrollieren, was die Bürger über das Tun der Autoritäten, wie auch die Einstellungen und Bewegungen der restlichen Bevölkerung wissen. (vgl. Chuliá 1997: 4)

Da Medien in solchen Systemen direkt der Staatsführung unterstellt sind, bilden sie entweder klar ersichtlich oder versteckt einen Teil von ihr. Sie können den Staat nach außen repräsentieren oder ihn bei möglichen gezielten Beeinflussungen der Bürger unterstützen. Nachrichten werden nicht nur alleine von den Journalisten gefiltert, dies geschieht zuvor noch durch ebenso dem Staat unterstellte Agenturen. Auch die Auswahl der in dem Berufsfeld Tätigen wird von ihm kontrolliert, dadurch wird möglichen Gefahren vorgebeugt. (vgl. Mast 2000: 81)

Autoritär geführte Staaten müssen sich die Frage stellen, wo die Grenzen für die Bevölkerung zum gegenseitigen Gedanken-und Informationsaustausch gelegt werden sollen. Grenzen sollen so gesetzt sein, dass sie das Volk nicht so sehr einschränken, dass es permanent den Wunsch nach Rebellion verspürt und zugleich sollen sie eine Unterwanderung des Regimes verhindern. (vgl. Chuliá 1997: 3)

Da in nicht demokratischen Systemen Pluralismus nicht gefragt ist und Harmonie gefordert wird, erfolgt auch keine Diskussion über Medieninhalte. Um seine Position

durchzusetzen greift der autoritäre Staat auf wirtschaftliche, physische, psychische oder andere Mittel zurück. Da Kritik dadurch nicht möglich oder zumindest erschwert wird, entwickeln sich die Medien zu einem fast ausschließlichen Bekanntgabe- und Stimmungsmacheorgan der Machtgeber. (vgl. Gellner/Glatzmeier 2004:358)

6.4 Medienfreiheit

Meinungsbildung

Meinungsbildung ist ein Vorgang einer „aktiven oder rezipierenden Herausbildung eines Urteils“ (Brockhaus 1999b:445). Dabei dienen Massenmedien als wichtige Informationsquelle und wirken dadurch entscheidend mit. Sie können durch gezielte Beeinflussung und Manipulation in Form von Werbung oder Öffentlichkeitsarbeit ein verdrehtes, unter Umständen absichtlich verändertes Bild der Realität zeigen.

Meinungsfreiheit

Meinungsfreiheit bezieht sich auf das Recht, sich selbst Meinungen zu bilden und diese zu äußern. Die Meinungsfreiheit gilt als eine der bedeutendsten Freiheiten für den Menschen. Sie schützt „die geistige Freiheit und Kommunikation um ihrer selbst Willen.“ (Brockhaus 1999b: 446)

In der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen heißt es dazu im Artikel 19: „Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen zu empfangen und zu verbreiten.“ (Vereinte Nationen 1988: 9)

Für einen demokratisch orientierten Staat ist dies ein unumgänglicher Teil, da erst diese Freiheit eine „freie Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen Ansichten, die Entstehung einer öffentlichen Meinung und die politische Willensbildung ermöglicht.“ (Brockhaus 1999b:446) Auch das Demonstrationsrecht, die Kunstfreiheit, die Lehrfreiheit, die Pressefreiheit und die Versammlungsfreiheit hängen mit der Meinungsfreiheit zusammen. In dem Moment, in welchem ein Diktator die Macht

ergreift, begrenzt sich die Möglichkeit der jeweiligen Gesellschaft kritische Meinungen über öffentliche Vorgänge oder Handlungen der Regierung anderer Mitmenschen zu erfahren. Insbesondere erschwert wird es, eigene Meinungen, welche von denjenigen der Allgemeinheit abweichen, frei und gefahrlos vor Fremden zu äußern. Meinungsfreiheit ist als nur in einem demokratischen Umfeld in der Öffentlichkeit gegeben. (vgl. Chuliá 1997: 9)

Informationsfreiheit

Informationsfreiheit ist „das Recht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen (z.B. Zeitungen, Hörfunk, Fernsehen, nicht: Behördenakten) ohne staatliche Beschränkungen zu unterrichten.“(Brockhaus 1999: 525) Sie ist eine der Grundvoraussetzungen für eine demokratische Willensbildung.

Die Informationsfreiheit ist eine der wesentlichsten Freiheiten einer demokratisch ausgerichteten Gesellschaft. Concha Edo geht so weit zu sagen: Ohne Information gibt es keine Freiheit - „Sin información no hay libertad“ (Edo 1994: 161). Denn ein erschwerter oder gar unmöglicher freier Zugriff auf Information wirkt sich auch auf andere Rechte des Menschen aus.

Pressefreiheit

Pressefreiheit bewahrt alle in dem Bereich beschäftigten Personen und die mit Medienarbeit verbundene Tätigkeiten (wie Informationsbeschaffung und die Verbreitung des Medienproduktes) vor Übergriffen. Auch das Redaktionsgeheimnis ist Teil dieser zu hütenden Rechte. (vgl. Brockhaus 1999c: 466)

Freie Medien sind unabdinglich für eine unabhängige Meinungsbildung. Diese wiederum schützt davor von allen Seiten manipuliert und, gleich einer Marionette, von oben bespielt zu werden. Martínez Albertos betont die Wichtigkeit der Pressefreiheit, wenn er sagt, sie wäre die beste Garantie für die Bürger, um vor einer möglichen Ungerechtigkeit und Willkür des Staates geschützt zu sein. Durch die Verteidigung dieser Freiheit, verteidigten die Medien nicht nur ihre eigenen Interessen, sondern die aller Menschen, ein öffentliches Interesse. (vgl. Edo 1994: 162)

Innere Pressefreiheit

Die innere Pressefreiheit bezieht sich auf Mitspracherechte der Reporter, um eine große Anzahl verschiedener Meinungen auch in den Redaktionen zu garantieren.

(vgl. Merten 2007: 400)

Medienfreiheit in der Verfassung

Die Tatsache, dass Medienfreiheit in der Verfassung eines Staates schriftlich vermerkt ist, sagt dennoch nichts darüber aus, ob sie nun tatsächlich umgesetzt wird. So wird beispielsweise in der schwedischen Verfassung Pressefreiheit nicht erwähnt, trotzdem ist dort kein bedeutendes Anzeichen von Unfreiheit oder Zensur zu entdecken. In anderen Staaten wie Nordkorea oder dem Iran zeichnet sich ein umgekehrtes Bild ab, hier sichert die Verfassung den Bürgern grundsätzlich eine freie Presse zu. Allein ein Rechtsvergleich kann also keine Aussage abgeben über die reale Situation in der sich Journalisten befinden. Zudem können Begriffsdefinitionen je nach kulturellem oder politischem Hintergrund des Staates variieren. In einigen Fällen, wie beispielsweise in autoritär geprägten Ländern, steht die Pressefreiheit unter den Staatszielen, sie wird also als zweitrangig angesehen. Dies führt dazu, dass die Medienfreiheit bestimmten Einschränkungen unterliegt und nicht in ihrem vollen Ausmaß umgesetzt wird. Dies war auch in Spanien unter Franco der Fall (siehe Kapitel 7.11). (vgl. Behmer In: Haller 2003: 149f)

6.5 Die Zensur

Eine Definition

Das Deutsche Wörterbuch (1991: 634) versteht unter Zensieren den „stil und inhalt von schriftstücken einer prüfung unterziehen.“

Die Zensur (lat. die Prüfung, Beurteilung) bezeichnet also eine Überprüfung von einer dafür zuständigen und meist staatlichen Stelle, der von den unterschiedlichen Massenmedien verbreiteten Produkte, auf deren politische, gesetzliche oder religiöse Konformität, um bei Fehlritten eine Unterdrückung oder ein Verbot der nicht gewünschten Publizierung des Werkes einzuleiten. (vgl. Brockhaus 1999d: 523)

Die Zensur im Spiegel der Zeit

Geschichtlich gesehen wurden Zensoren erstmals im alten Rom um 443 v. Chr. eingesetzt, um alle fünf Jahre das Vermögen (Census) der römischen Bevölkerung einzuschätzen. Außerdem hatten sie auch Aufgaben wie die Verpachtung von Staatsgrund und ein sittenrechtliches Aufsichtsrecht. (vgl. Brockhaus 1999d: 523)

Der Buchdruck erleichterte eine schnelle Verbreitung von Schriftstücken und so fand in Europa die Zensur von Druckwerken Ende des 15. Jahrhunderts ihren Anfang, als 1486 die erste Zensurkommission in Mainz gegründet wurde. Ein Bekämpfen der Zensur wurde erst im 18. Jahrhundert zum ernsthaften Thema und das erste Zensurverbot fand 1791 einen Weg in die französische Verfassung. (vgl. Brockhaus 1999d: 523)

Formen von Zensur

Es wird zwischen einer Vorzensur und einer Nachzensur unterschieden. Bei ersterer müssen Druckwerke vor der Publikation einer für die Kontrolle zuständigen Behörde vorgelegt werden, damit diese einer möglichen Veröffentlichung zustimmt (oder nicht). Bei zweiterer handelt es sich um Beschlagnahmungen bereits erschienener Werke oder das Beschränkung oder Verbieten einer weiteren Verbreitung. Sie wird daher auch Repressivzensur genannt. (vgl. Brockhaus 1999d: 523)

Die UNESCO unterscheidet zwischen offenkundigen und nicht-offenkundigen Behinderungen im freien Informationsfluss. Leichter erkennbar sind beispielsweise von der Öffentlichkeit geschlossene Sitzungen, Verbot von Büchern, strenge berufliche Praktiken. Sie benennt hier auch fehlende professionelle Medienarbeiter und die eingeschränkte Definition von Nachricht als mögliche Behinderung, mit der ein Staat selbst bestimmen kann was in der Presse zu erwähnen ist und was nicht.

(vgl. UNESCO 1981: 181ff)

Auch eine plötzliche Mieterhöhung für ein Pressehaus, kann ein Medium aufgrund wirtschaftlicher Hemmnisse an der Weiterarbeit hindern. Ebenfalls hinderlich wirken können häufige Kontrollinspektionen des Gebäudes, unter dem Vorwand, um die Sicherheit der Angestellten besorgt zu sein. Diese Vorgangsweise eines Staates fällt unter die Bezeichnung „strukturelle Zensur“ (Duve In Haller 2003: 142f/Hervorheb. i.O.)

Von den heute angewandten Formen der Zensur in Europa unterscheiden sich die des 19. Jahrhunderts wenig. Damals waren es vor allem „Entzug von Konfessionen und Privilegien, Verweigerung der Papierzuteilung, Zeitungssteuer (>Stempelsteuer<), Verfolgung von Verlegern, Drucken und Buchhändlern, Berufsverbot, Geld- und Gefängnisstrafe, Veröffentlichung >gereinigter< Ausgaben, Schwärzung von Textpassagen sowie (vorweggenommene) Selbstzensur.“ (Brockhaus 1999d: 523/Hervorheb. i.O.), die den Berichterstattern zu schaffen machten. In Deutschland waren in der Zeit 15 verschiedene Arten der Unterdrückung der Pressefreiheit bekannt, unter anderem die Vorzensur, Nachzensur, eine Impressumspflicht um Werke den Herausgebern zuordnen zu können und ein Kautionszwang, welcher die Berichterstattung von vornherein unkritischer werden ließ, um das hinterlegte Geld wieder zurückzuerlangen. Außerdem drohte bisweilen die Todesstrafe. (vgl. Lorenzen 1978: 32)

Der Zensor

Nach Sigmund Freud ist ein Zensor aus psychologischer Sicht ein Reizschutz, der dem Ich nur so viel an Information aus dem Unbewussten ins Vorbewusste oder Bewusstsein weiterleitet, wie ihm „zutraglich ist“. (Brockhaus 1999d: 523)

Umgedeutet auf den Journalismus heißt das, dass Zensoren das System Staat vor dem nach außen Dringen von unangenehmen, nicht ins Konzept passenden Informationen schützen, um es so weiter aufrecht zu erhalten.

Nach Jean-Jaques Rousseau verstärkt ein Zensor „das beste in der gemeinsamen Überzeugung eines Volkes, indem er es anspricht, bekanntmacht“ (Noelle-Neumann 2001: 116), also ihm klar macht. Er wird also zum Sprecher und gibt für die Meinungen eine bestimmte Richtung vor. Zugleich ist auch ein Zensor in seiner Arbeit inneren und auch äußeren Zwängen ausgeliefert.

Ob es die Wirtschaft ist oder der Staat, der Druck macht; die Konsequenzen sind die gleichen. Wer als Journalist überleben will, muss sich an die ihn umgebenden Werte anpassen, und auch Dinge schreiben, an die er nicht glaubt, da er sonst ausgegrenzt wird. Kritisch zu berichten wird schwer, denn diejenigen, die die Macht haben, können Strafen austeilen, wenn nicht am selben Strang gezogen wird. Eine abweichende Einstellung wird sanktioniert, Konformismus hingegen privilegiert, weshalb die meisten Menschen aus Angst vor Ausgrenzung (siehe Kapitel 3.2) die (Anm.: zumindest vorgespilten) vorherrschenden Anschauungen wiedergeben. Medien, so Chomsky, zeigen gemäß dem Propagandamodell nur einen kleinen Teil der Diskussionen die innerhalb der führenden Institutionen eines Staates herrschen, vielmehr allerdings dienen sie den Mächten, welche ihn in einem bestimmten Augenblick führten. Dies hätten die Berichterstatter mit größter Begeisterung zu tun aufgrund der edlen Motive der Machthaber. (vgl. Chomsky 2003: 63-67)

Zensur in Spanien

Die Zensur in Spanien hatte schon vor Franco Tradition. So war die katholische Kirche sehr dahinter, bestimmte Sachverhalte unter Verschluss zu halten. Mehr dazu unter Kapitel 7.9

SPANIEN IN DEN 1960ern

7.1 Das politische System Spaniens

Spanien hat nach Ende des Bürgerkrieges unterschiedliche politische Phasen durchlebt, weshalb verschiedene Konzepte wie Faschismus-, Revolutions-, Diktatur-, Totalitarismus- oder Entwicklungstheorien für eine Analyse herangezogen werden können. (vgl. Von Beyme 1971: 14f)

Im Laufe der Zeit hat das Land drei Phasen erlebt: den falangistisch - totalitären Beginn (1939 - 1945), die konservativ-katholische Epoche der Institutionalisierung (1945 - 1960) und die Vorherrschaft der Technokratie und Entwicklungsplaner (1960 - 1973). (vgl. Waldmann: 1983: 30) Elisa Chuliá (1997: 58) spricht von den Phasen der Implementierung (1936 -1948), Normalisierung (1949-1962) und der Liberalisierung (1963-1977).

Schon der Beginn der 1950er Jahre kann als erster Sinneswandel Francos gesehen werden, als er us-amerikanischen Streitkräften durch ein Abkommen erlaubte militärische Stützpunkte im Land zu errichten, im Austausch gegen finanzielle Hilfe.¹⁹ Kurz zuvor hatte die UNO den Boykott gegenüber Spanien aufgehoben, was dem Land wieder neue, vor allem wirtschaftliche, Möglichkeiten bot. (vgl. Bernecker/Pietschmann 2005: 382f)

In den letzten Jahren des Francoregimes war das Land wirtschaftlich und gesellschaftlich gesehen ein modernes, im politischen Bereich jedoch hatte sich der autoritär-hierarchische Grundzug des Regimes kaum geändert. (vgl. Bernecker 1997:

¹⁹ Franco erklärte diese Abkommen als große außenpolitische Errungenschaft. Jedoch waren sie ein Anzeichen dafür, dass eine Isolation des Landes auf Dauer nicht funktionierte. Kritiker meinen die Unausgewogenheit (die Gefährdung der Bevölkerung durch Streitkräfte die vor Einsatz von Nuklearwaffen nicht zurückschrecken wollten, gegenüber einem im Vergleich dazu geringen finanziellen Ausgleich) zeigte den kleinen politischen Spielraum Spaniens. (vgl. vgl. Bernecker/Pietschmann 2005: 382f)

305) Vielmehr hatte die Liberalisierung mehr Gewicht auf der ökonomischen Seite als auf der kulturellen.

Die vollkommene Gesinnungsgleichheit war angeblich nie Ziel der Politik gewesen, eine bestimmte Gewissensfreiheit im persönlichen Bereich war möglich. Es war im privaten Kreis eher möglich Kritik zu üben als vergleichsweise im 3.Reich. Zwar wurden die Nachwächter und Türwächter, die *vigilantes* mit den Spitzeln der Nationalsozialisten, verglichen, dennoch zählte mehr die Konformität nach außen. Das politische System war totalitär, jedoch nicht vollkommen und wurde in den letzten Jahren vor allem auf wirtschaftlicher Seite offener. (siehe Kapitel 5.3.2)

Die wichtigsten Einrichtungen des Systems unter Franco waren die Regierung, die Cortes, das Militär und die Kirche. Franco war zugleich Staatsoberhaupt, Regierungschef, Oberhaupt der Movimiento und oberster Befehlshaber des Militärs, allerdings sei ihm laut Von Beyme eine echte Synthese nie gelungen. 1962 wurde die Vizepräsidentschaft wiederhergestellt und 1967 wurde durch die Ley orgánica die Verfassung an parlamentarische Systeme angepasst und von Franco erstmals ein Regierungschef ernannt. Dieser hatte weniger Kompetenzen als Franco und seine auf 5 Jahre ausgerichtete Amtszeit konnte wie bei den anderen Ministern als bloße Richtzahl gesehen werden. (vgl. Beyme 1971: 123-126)

7.2 Entwicklungen in den 1960ern

Elisa Chuliá (1997: 10f) meint, dass es auch in autoritären Regimen Netzwerke gibt in denen Argumentationsaustausch stattfindet und dahingehend langsame Änderungen im Umgang mit Informationen. Daher seien Diktaturen nicht statische Körpergebilde die sich nicht weiterentwickeln - schließlich änderten sie sich nicht erst im Moment ihres Kollapses - sondern es seien auch schleichende Übergänge zur Demokratie möglich, was erklärt, warum diese in bestimmten Momenten und nicht früher oder später stattfinden. Hinweise einer politischen Entwicklung ließen sich in den Aktionen der Regierenden feststellen, welche zu einem Nachlassen oder einer Vermehrung der Angst in der Bevölkerung führen könnten, beispielsweise Kontakt zu Mitbürgern

aufzunehmen und mit ihnen zu debattieren; das heißt, grundsätzlich in Regierungsentscheidungen, welche wahrnehmbare Modifikationen der rechtlichen Garantien der Bürger vermuten lassen, einzugreifen oder sich zu enthalten. Dieser schleichende Übergang war Vorbedingung für das neue Pressegesetz 1966 und die (Nicht-)aktionen der Regierung ein Mitgrund für die immer wiederkehrenden Arbeiter- und Studentenunruhen.

In den 1960ern waren erste Auswirkungen der wirtschaftlichen Umbrüche in einer vermehrt dem Konsum zugewandten Gesellschaft spürbarer. Trotz der Zensur wurden vermehrt ausländische Einflüsse im Land spürbar, sei es durch Touristen oder durch Spanier die von längeren Aufenthalten aus anderen Staaten zurückkehrten und ihre neu erlebten Lebensstile mitbrachten. (vgl. Payne 2000: 492) Die Diskrepanz in den letzten Jahren zwischen der wirtschaftlichen Öffnung nach außen und der kulturpolitischen Verslossenheit war schlussendlich eines der größten Hindernisse für das Francoregime im Kampf um die Systemaufrechterhaltung. (vgl. Neuschäfer 1991: 46) Das Spanien der 1960er war auf Regierungsseite durch Homogenisierung gekennzeichnet. Franco hatte mit seinem Vorgehen Minister nach Belieben zu ernennen und abzusetzen, kein gutes Vorankommen ermöglicht. (vgl. von Beyme 1971: 80) Bezeichnet wird die Zeit der Jahre von 1965-1971 auch als Phase eines „antidemokratischen Reformismus“ (Bernecker 1997: 155/ Hervorheb. i.O)

Die 1960er Jahre waren für die spanische Bevölkerung eine bewegte Zeit. Der Unmut ließ sich auch aus den Zeitungen herauslesen. Elisa Chulia analysierte die Meinungsartikel fünf spanischer Zeitungen im Bezug auf das Regime und seine Institutionen und stellte fest, dass die Stimmung in der Periode von 1949-1962 auf die Periode 1963-1977 deutlich kippte. Waren in der ersten analysierten Periode noch 68 Prozent der Inhalte „sehr positiv“, waren es in der zweiten nur noch 38 Prozent. Die Zahl der „positiv“ bewerteten Inhalte blieb relativ gleich, es stieg parallel zu den sinkenden „sehr positiv“ Inhalten allerdings die Zahl der „negativ“ und „sehr negativ“ gewerteten Eigenschaften auf insgesamt 34 Prozent. (vgl. Chulia 1997: 391f)

Die Opposition im Lande begann in der Zeit wieder verstärkt aktiv zu werden und so stieg auch die Zahl der Festnahmen. Der spanische Innenminister Vega schlug daraufhin vor, mehr Informanten einzusetzen, was Franco aber aus Geldgründen

ablehnte. (vgl. Payne 2000: 497) Er begann die wirtschaftliche Öffnung zu unterstützen und hatte wenig Interesse wieder zu so harten Maßnahmen zu greifen wie in den Anfangszeiten. Er tauschte einen Teil der Regierung aus, darunter war auch der neue Informations- und Tourismusminister, Manuel Fraga Iribarne. Die neue Regierung versuchte andere Wege zu gehen und suchte den persönlichen Kontakt mit den Menschen. Die Administration Fragas war schon zu Beginn etwas lockerer als die der Vorgänger, denn es tauchten erstmals Minister im Fernsehen auf, die in speziellen Programmen zuvor abgesprochene Fragen beantworteten. Die neuen Amtsinhaber waren, anders als ihre Vorgänger, viel unterwegs im Land und auch außerhalb, und sprachen verstärkt mit der Presse. (vgl. Payne 2000: 503 – 507)

Pluralismus in Spanien

Der kaum vorhandene Pluralismus in Spanien kann mehr als ein Elitenpluralismus gesehen werden, denn die anderen oppositionell orientierten Gruppen hatten zwar eine größere Kommunikation im Vergleich zu anderen ähnlich gestalteten Ländern, waren aber nicht ganz vom Staat unabhängig. Sogar die Gewerkschaften waren durch einen senkrechten Syndikalismus in das politische System eingebaut. Die Gefahr eines neu aufkommenden Bürgerkrieges war es auch, was die Eliten des Landes dazu brachte, nicht mit voller Härte durchzugreifen wenn es zu Konflikten kam, da sie in einem solchen Fall mehr zu verlieren hatten als die niederen Gruppen. Mit der Zeit wurden bei gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zur Schlichtung vermehrt Methoden von Konkordanzsystemen verwendet. Aus der Francozeit ist ersichtlich, dass Pluralismus allein, obwohl ein starker Hinweis auf ein demokratisches System, nicht so sehr ausschlaggebend ist für eine richtige Teilnahme am politischen Geschehen. (vgl. Von Beyme 1971: 30f)

7.3 Spanien und der Faschismus

„An die Stelle der «Freiheit» tritt jetzt (abermals) die «Wahrheit». Und die nicht weiter hinterfragbare Wahrheit des Franquismus heißt: Gott, Vaterland und Familie.“
(Neuschäfer 1991: 40)

Faschismus – eine versuchte Definition

Nach Stanley Payne (2006: 12) „ist der Faschismus als Gattungsbegriff eine Abstraktion, die niemals in reiner empirischer Form existiert hat, sondern ein begriffliches Mittel zur Analyse individueller politischer Phänomene darstellt.“ So haben viele solcher Bewegungen der Zwischenkriegszeit etwas gemeinsam, weniger aber allgemein gesehen mit weiteren faschistischen Regimen. Der italienische Begriff des „fascio“ (Bund, Bündel) bietet für ein tiefes Verständnis nicht viel Erklärung, und das Substantiv wurde oft als politisches Schimpfwort verwendet.²⁰ Auch waren nicht alle faschistischen Bewegungen expansionistisch oder rassistisch. Eine große Gemeinsamkeit dieser Bewegungen war ein veränderter, freier Mensch, der mithilfe einer neuen bürgerlichen Religion den Staat einen und umformen sollte. Zentral dafür waren große Aufmärsche, optische Symbole und Rituale.²¹ Es heißt, der Faschismus habe als erster auf die Ankunft des Visuellen als Herrschaftsmittel im 20. Jahrhundert reagiert. Auch das Phänomen der übertreibenden Darstellung des Maskulinen, und der große Reiz der Bewegung auf Jugendliche, eint sämtliche faschistische Bewegungen, wie auch der Führerkult und das Gutheißen von Gewalt für die Durchsetzung der Ziele. Payne betont die Notwendigkeit, autoritären Nationalismus nicht mit Faschismus gleichzusetzen. (vgl. Payne 2006: 18-26)

²⁰ Payne merkt weiter an, dass viele solche Systeme in der Anfangszeit den Begriff selbst gar nicht verwendeten, und dass, sollte er sich nur auf die Worte wie „unterdrückend“, „erbarmungslos“ etc. beziehen, er genauso für kommunistische Systeme gelten könne. Einige Wissenschaftler nennen daher die betroffenen Staaten die Bewegung mit ihrem jeweiligen Namen ohne zurechnendes Adjektiv, und andere verleugnen eine solche allgemeine Bewegung überhaupt. Die meisten allerdings versuchen erst gar nicht den Begriff näher zu erläutern und überlassen dem Leser die Verantwortung für ein tieferes Verständnis. (vgl. Payne 2006: 11f)

²¹ Die Analogie zwischen klassischer Religion und Ideologie benennt die Wissenschaft bald als *politische Religion*. Nicht umsonst sehen sich Adolf Hitler, Benito Mussolini und auch Francisco Franco als „Führer“, als „Retter der Nation“, schlussendlich als „Messias“. (vgl. Besier 2006: 673f)

7.3.1 Die Falange

Die Falange, mit vollständigen Namen *Falange Española Tradicionalista y de las Juntas de ofensiva Nacional-Sindicalista*, wird in vielen Veröffentlichungen einfach als “movimiento” (die Bewegung) bezeichnet. Aus dem vollen Namen sind die drei wichtigsten politische Gruppen herauszulesen: die Falangisten²², Traditionalisten, Carlisten und Nationalsyndikalisten²³, welche sich mit anderen rechtsgerichteten Gruppierungen Anfang der 1930er sowohl freiwillig als auch unfreiwillig zusammenschlossen. (vgl. Beyme, von 1971: 32; Payne 2006: 323f) Der Falange liegt die Idee zugrunde, dass alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte der Spanier zusammen dem Wohl der Gemeinschaft dienen sollten. (vgl. Batz 1973: 47) Zugleich bot sie durch ihren stark bürokratisierten Aufbau kaum Möglichkeiten für die Bevölkerung sich an der Partei zu beteiligen. (vgl. Bernecker/Pietschmann 2005:372) Zusammengeführt und gehalten wurden die Gruppierungen zu Anfang von General José Antonio Primo de Rivera.²⁴ Im Unterschied zu anderen faschistischen Parteien war die Movimiento vor der Machtergreifung Francos nicht ganz mit jener der Zeit danach vergleichbar. Sie wurde benutzt um die Bevölkerung für den neuen Staatsführer zu begeistern, und die Inhalte von davor wurden immer mehr umgewandelt um das neue Machtgefüge zu stützen. (vgl. Von Beyme 1971: 40) Jedoch war die Partei zu Beginn keineswegs beliebt unter den Wählern (im Februar 1936 bekam sie nur 0,7% der Stimmen). Es fehlte an politischem Nährboden.²⁵ Die Partei soll durch den hohen

²² Im Jahr 1933 unter anderem durch General Antonio Primo de Rivera unter der Bezeichnung *Falange Española* (Spanische Phalanx) gegründet. Ihr Zeichen nach außen waren blaue Hemden mit den faschistischen Pfeilkreuzen. Anzumerken ist, dass auch die von Franco Deutschland zu Hilfe gesendete Truppe „Blaue Division“ genannt wurde. (vgl. Payne 2006: 318; Besier 2006: 233/236)

²³ Die Gruppe der *Juntas de Ofensiva Nacional.Sindicalista*, gegründet von Ramiro Ledesma Ramos (JONS). Wie viele Vereine dieser Zeit, war er von den italienischen Faschismusbewegungen inspiriert. Allerdings blieb die JONS lange ohne viele Unterstützer und galt als zu radikal. Daher, und auch aus finanziellen Gründen, schlossen sie sich 1934 dem General Primo de Rivera und seiner Bewegung an. (vgl. Payne 2006: 317ff)

²⁴ Sohn des Diktators Miguel Primo de Rivera, welcher zusammen mit König Alfons XIII im Jahr 1923 eine bis 1930 andauernde Militärdiktatur begründet hatte. Der General Primo de Rivera besaß keine guten Führerqualitäten, da er bündnisorientiert war und, obwohl er bei seinen Reden Massen begeistern konnte, überzeugte aber sonst wenig. Er erlebte die Umsetzung der Falangeideologie während des Francoregimes nicht mehr. Er wurde nach einem vorgeworfenen Putschversuch im November 1936 durch ein Erschießungskommando hingerichtet. (vgl. Besier 2006: 233; Beyme 1971: 24;34)

²⁵ Anders als in Deutschland jener Zeit, gab es keinen bedeutenden Antisemitismus, keine Großmachtintentionen, auch fehlte eine kulturelle Krise, es gab keine große Menge Arbeitslosigkeit in den Städten und der stark vorhandene Einfluss der Kirche verhinderte einen modernen, unchristlichen Nationalismus. Auch gab es für die Mittelklasse schon andere liberale oder katholische Parteien, welche für sie wählbar war, das Militär war politisch stark positioniert und so gelang es der Falange nicht als faschistische Bewegung unabhängig zu werden. (vgl. Besier 2006: 233f; Payne 2006: 322)

Verlust an Mitstreitern (über 60 Prozent) durch den Bürgerkrieg sehr geschwächt worden sein und einige Altfalangisten waren von der Vorgangsweise Francos nicht überzeugt und wandten sich von der Partei ab, oder zogen sich „in erfolglos konspirative Zirkel zurück“. (Bernecker/Pietschmann 2005: 372) Diese innere Schwäche wusste der spätere Machthaber zu nutzen. Franco selbst soll bis zum spanischen Bürgerkrieg gar kein Interesse an der Falange gehabt haben und entschied erst 1937 die Partei zu übernehmen. Er ließ die 26 Grundsatzpunkte²⁶ bestehen und brachte Neues in die *movimiento* hinzu. Die alten Kämpfer, die *camisas viejas* (die „alten Hemden“), hatten in seinem Staat nur eine geringe Rolle und stellten eine Minderheit dar. (vgl. Payne 2006: 324)

Die Falange wurde von konservativen und monarchistischen Gedanken und einem autoritären Katholizismus mitgeprägt. So baute der Staat Francos auf drei Säulen: der Partei, der Kirche und der Armee. Anstatt einer Verfassung gab es im franquistischen Staat mehrere Grundgesetze, die geprägt waren von einem „paternalistisch-staatsfamiliären Charakter, der schichtenspezifische Interessenkollisionen innerhalb einer Gesellschaft schlichtweg leugnete“. (Besier 2006: 236)

Franco selbst sah in der Falange die Möglichkeit Führungsmitglieder für das Regime rekrutieren zu können. Außerdem bot sie der Gesellschaft eine neue Doktrin, half das Gewerkschaftssystem zu regulieren, ein soziales Wohlfahrtssystem und ein Jugendprogramm zu entwickeln, und die Presse- und Propagandastellen zu besetzen. Die dennoch sekundäre Rolle der Partei kann unter anderem an der Tatsache gemessen werden, dass Franco schon in den 1950ern immer seltener in falangistischen Uniformen auftrat, ebenso wie viele seiner Minister. Das Budget der Falange betrug 1940 nur 0,54% und im Jahr 1966 0,32% des BIP. Den Höchststand hatte es 1945 mit 1,92%. Zudem gab es innerhalb der Partei durchgehend Spannungen zwischen radikalen und moderateren Kräften. (vgl. Payne 2000: 431ff)

²⁶ In anderen Quellen ist von 27 Punkten die Rede. (vgl. Payne 2006: 320)

Die Bedeutung des spanischen Faschismus

Der Faschismus hatte auch in Spanien eine wichtige Rolle, weil die Falange noch eine längere Zeit einen gewissen Einfluss hatte. Da in den anderen europäischen Ländern, wie Italien, die Zeit des Faschismus nicht so lange andauerte, ist nicht klar, ob es dort nach einer Weile nicht auch zu vergleichbaren Entwicklungen wie dem immer stärker werdenden inneren Machtkampf gekommen wäre. Solche Entwicklungen waren auch in autoritären, sehr stark von Kontrolle durchzogenen Systemen wie Hitler-Deutschland, vorgekommen. Spanien hatte sich nie voll zum Faschismus als Bewegung bekannt, nie die volle Anerkennung durch die Bürger gehabt, und auch die sozialen und politischen Ansätze waren zu Beginn zu rückständig und traditionsbezogen, um den Faschismus in den Köpfen der Spanier festzusetzen. Zudem fehlte eine Übereinstimmung von ideologischer und politischer Führung nach der Machtübernahme Francos. (vgl. Beyme 1971: 19f; 24) Auch war die Konkurrenz von kirchlichen Einrichtungen groß und die Beitrittsmotivation in die Bewegung fehlte. Die Durchsetzung einer Übernahme des Faschismus und einer ganzheitlichen Einnahme der Bevölkerung scheiterte daran, dass die Bewegung nicht vermochte „die Gesellschaft mehr als auf dem Papier zu erfassen.“ (Beyme 1971: 72) Auch verwandelten sich nach dem Tode Francisco Francos 1975 die meisten Franquisten mit einem Male zu Anhängern des demokratischen Systems. Der misslungene Staatsstreich von Teilen der Guardia Civil im Jahr 1981 wurde von der Bevölkerung missbilligt und die Täter bestraft. (vgl. Besier 2006: 241)

7.4 Wichtige gesellschaftliche Gruppen

Neben der Movimiento, hatten die traditionellen Machteliten (katholische Kirche, Großgrundbesitzer, reiches Bürgertum) auch während des Franquismus einen großen Einfluss auf das politische Geschehen²⁷. Sie verdankten dem System die Tatsache, dass sie ökonomisch gesehen nichts verloren und teilweise die Verhältnisse der Monarchiezeiten wiederkehrten.

²⁷ Besonders zeigte sich das während des 2. Weltkrieges, als die Anhänger der Falange für einen Eintritt in die Kriegsgeschehen waren und das Militär, reiches Bürgertum und Großgrundbesitzer dagegen stimmten. Franco vermittelte zwischen den zwei Seiten, für seine Anliegen soweit erfolgreich. (vgl. Besier: 2006: 236)

Im 1945 verabschiedeten Grundrechtskatalog wurde der Katholizismus zur spanischen Staatsreligion erklärt. Kurz darauf wurden zivile Eheschließungen und Scheidungen verboten, nach 1950 bekam die Kirche für ihre Angehörigen eigene Gerichte und zudem ein direktes Repräsentationsrecht in wichtigen politischen Ausschüssen. Die größtmögliche Einflussmöglichkeit auf die spanische Gesellschaft erhielt die Kirche aber durch die fast ausschließliche Kontrolle des Bildungssystems. Auch im Bereich der Zensur erhielt die Kirche Einspruchsrechte, sollten Werke der katholischen Moral nicht entsprechen. (vgl. Bernecker/Pietschmann 2005: 374; 384)

Weiters waren folgende Gruppen in der Gesellschaft bedeutend, welche allerdings nicht dauerhaft in der *Movimiento* vereinnahmt werden konnten: (vgl. von Beyme 1971: 71f)

1.: die *vertikale Syndikatsorganisation* bestand 1964 aus 9 Millionen Arbeitern und 3,2 Millionen Unternehmern, welche in 25 nationalen Syndikaten mit 1300 Provinz- und 14000 örtlichen Einheiten verbunden waren. Sie sollte die Arbeiterschaft ruhig halten, was im Laufe der 1960er immer schwieriger wurde. Die Arbeiterschaft forderte unabhängige Gewerkschaften und die *Comisiones obreras* gewannen an Einfluss. (siehe Kapitel 0)

2.: Der *Servicio Nacional del Trigo* der Bauern konnte diese nicht ganzheitlich vereinnahmen, er war zu unpolitisch und die Konkurrenz durch die von der Kirche geleitete *Confederación Católica Agraria* verhinderte auch den Durchbruch der *Hermandades Sindicales de Labradores y Ganaderos*.

3.: Das *Sindicato Español Universitario* (SEU), das Studentensyndikat, war ursprünglich ein wichtiger Teil der Bewegung gewesen. In der Zeit des 2. Weltkrieges hatte es einen großen Einfluss auf ideologische Zugehörigkeit von Studenten und Professoren, später verschwand durch die verpflichtende Mitgliedschaft aller Studenten die politische Seite und immer mehr nicht offiziell erlaubte Studentengruppen ließen die SEU schließlich zu einer fast ausschließlich administrativen Betreuungsorganisation werden.

4.: *Selbständige* und Angehörige der *mittelständischen Sektoren* konnten nicht voll mit einbezogen werden in die Bewegung, auch nicht das *Militär*.

Der Opus Dei

Der katholische Geheimorden wurde 1928 von José María Julián Mariano Escrivá de Balaguer y Albás²⁸ gegründet. Der Opus gilt als Lückenfüller zwischen den militanten Orden und den Laienorganisationen der Kirche. Die Prinzipien sehen vor, dass jeder in den Orden eintreten kann (wenngleich die Mehrzahl der Anhänger aus Intellektuellen Kreisen kommt). Nur wenige Mitglieder sind Priester, der Orden richtet sich primär an Laien. Die Mitglieder werden ermuntert sich nicht von der Welt abzukapseln, Diskretion gilt zugleich als größte Tugend. Der Orden gehörte zu den Gruppen der christlichen Kirchen in Spanien, die stark das Geschehen im Lande mit lenken konnten. Er konnte viele wichtige Stellen in der Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft mit Mitgliedern besetzen. Auch in der Politik fanden sich viele Anhänger des Ordens (so Anfang der 1960er der Industrieminister Gregorio López Bravo oder der Bildungsminister Manuel Lora Tamayo). (vgl. Besier 2006: 239; Beyme 1971: 147ff; Payne 2000: 503; Bernecker 1997: 116) Auch in Reporterkreisen fanden sich einige Anhänger (u.a. Calvo Serer²⁹, zu ihm mehr in Kapitel 8). Um seine Interessen durchzusetzen baute der Orden auf den Bankensektor, durch den sich Ziele, wie die Gründung eigener Verlage oder Filmagenturen, verwirklichen konnten.³⁰ Durch gezielte Einsetzungen seiner Mitglieder hatte der Opus in der zweiten Hälfte der 1960er fast das ganze wirtschaftliche Geschehen in seiner Kontrolle.

Im Opus Dei gilt ein *ideologischer Binnenpluralismus*. Seine Anhänger haben unterschiedliche politische Gesinnungen, sowohl republikanischer als auch Monarchie befürwortender Art. Franco ließ den Orden gewähren, teils weil er sich dessen Macht bewusst war, teils weil er für die Hilfe während der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den 1950er Jahren dankbar war und das Organisationsvermögen des Opus bewundert haben soll. Der Orden folgte dem Neoliberalismus und unterstrich die Bedeutung von Arbeit und Pflicht zusammen mit der Morallehre, so „daß die aktive Arbeit in der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ethisch überhöht wird“ (Bernecker

²⁸ Der Ordensgründer wurde im Jahr 2002 heiliggesprochen.

²⁹ U.a. Chefredakteur der Zeitschrift *Arbor* und *Madrid*. Kritiker des Regimes, bekannt besonders durch seinen Artikel in *Le Monde* im November 1971 (*Moi aussi, j'accuse*). 1971 Exil ins Ausland, Rückkehr 1976. Er ist ein Beispiel für Opus Dei Mitglieder, die wie er zuerst stark restaurationsideologisch gesinnt waren und sich später zum gemäßigten liberalen Oppositionellen entwickelten. (vgl. Bernecker 1997: 1176f)

³⁰ Der Finanzminister Anfang der 1960er, Mariano Navarro Rubio, war Opus-Mitglied und soll durch diese Funktion auch anderen Mitgliedern zu günstigen Krediten verholfen haben. Zudem gehörten dem Orden drei größere Banken und ein paar lokale Kreditinstitute. (vgl. Bernecker 1997: 117)

1997: 118). Durch wirtschaftliche Erfolge sollte auch das Regime legitimiert werden. Der Opus unterstützte die Spanier insbesondere durch die Gründung von Studentenheimen und Schulen, einer autonomen Universität in Pamplona 1952, befürwortete den Neoliberalismus und hatte einen großen Einfluss in der damaligen spanischen Gesellschaft. Besonders Ende der 1960er begann der Orden immer mehr Lehrstühle in den Universitäten zu besetzen um dadurch die Entscheidungen zu lenken. In den letzten Jahren des Regimes wurde jedoch von einer Korruption in den Regierungsreihen der Opus-Anhänger gesprochen und der Verein verstärkt kritisiert. (vgl. Beyme 1971: 153; Bernecker 1997: 116ff/155)

7.5 Einrichtungen politischer Kontrolle

„Die Türen nach außen gehen zu; die Nation ist ein Huis Clos; Schweigen ist die erste Bürgerpflicht.“ (Neuschäfer 1991: 39)

Nach Neuschäfer (vgl. 1991: 39) wurde das Land während Franco gezwungen sich nach einem Willen zu richten, welcher sich aus der katholischen Gnadenlehre, der imperialen Tradition und dem faschistischen Totalitarismus speist.

Um diesen einen Willen durchzusetzen, wurden nach dem Bürgerkrieg folgende Institutionen zur Kontrolle der Bürger eingerichtet:

1. Das *Militär*. Die Zahl der Militärs Anfang der 1970er belief sich auf um die 400 000 und waren nicht wirklich durch außerstaatliche Gefahrenpotentiale recht zu fertigen. Weiters unterstützten Militärtribunale die Repression im Land. Erst spät ließen die Anhänger der Streitkräfte kritische Stimmen an ihrer Position und den gezwungenen Handlungen gegen die oppositionelle Bevölkerung aufkommen.³¹

³¹ Als im Jahr 1970 baskische Oppositionelle verurteilt werden sollten, trat der Militärgouverneur von Burgos dafür ein, aus den Todesurteilen Gefängnisstrafen werden zu lassen. Dies war eine der Handlungen die darauf hindeutete, dass viele innerhalb der Streitkräfte keine Lust mehr hatten „undankbare innenpolitisch-repressive Aufgaben für die Regierung zu übernehmen.“ (Beyme 1971: 142) Das Land stand bei den Ausgaben für die Verteidigung im Mittelfeld, im Vergleich zu anderen Ländern, die Zahlen weisen im Verhältnis zur Bevölkerungsanzahl eine starke Diskrepanz auf, vor allem bezüglich der schlechten militärischen Ausrüstungen und der niedrigen Bezahlung, welche zu Konflikten mit der Regierung führten. Ideologisch traten Teile des Militärs stark gegen eine Öffnung und Modernisierung des Landes ein, kritisierten die Rolle des Opus Die im Staat und wehrten sich gegen personelle Umbesetzungen (da die jüngere Generation nicht mehr den gleichen Bezug zur Bürgerkriegszeit und der

2. Die *Guardia Civil* war Teil des Militärs und für die Bürgeradministration zuständig. Sie bestand schon seit 1844 und war einerseits dem Innenministerium und dem Heeresministerium untergeordnet.

3. Die *Policia Armada y de Tráfico*, kurz PAT, war die bewaffnete Polizei, die seit 1951 besonders in größeren Städten agierte um die öffentliche Ordnung zu garantieren.

4. Die *Staatssicherheitsorgane*, wie die *brigada social*.

5. Die *Justiz* arbeitete vorwiegend systemkonform. Einige Vorfälle hatten jedoch zur Gründung von Sondergerichten geführt. Viele Anwälte sahen diese als unrechtmäßig an und boykottierten sie in dem sie keine Verteidigung übernahmen. Ende der 1960er stießen Militärgerichte und das Sondergericht für öffentliche Ordnung auf immer mehr Widerstand.

6. Die *Zensur*. Durch die Kontrolle durch den Staat kamen nicht alle Informationen zu den Bürgern. Auch nach dem Pressegesetz von 1966 konnten Journalisten bis zu einem halben Jahr Berufsverbot bekommen wenn sie nicht regimekonforme Nachrichten verbreiteten.

(vgl. von Beyme 1971: 104f)

7.6 Das spanische Bildungswesen

Nicht unbedeutend für ein Verständnis der Entwicklungen in den 1960ern ist auch das Bildungswesen in Spanien. Die Schulpflicht galt bis 1964 bis zum 12. Lebensjahr, ab 1965 musste die Schule bis zum 14. Lebensjahr besuchen. Dennoch war rund ein Viertel der Schüler in keiner Schule gemeldet, und auch von denen, die es waren, gingen einige selten oder gar nicht zum Unterricht, da sie von familiären, örtlichen oder institutionellen Gründen, wie Lehrermangel, daran gehindert wurden.

Knapp 75% der Volksschulen wurden finanziell vom Staat getragen, die übrigen von kirchlichen oder anderen Institutionen. Weiterführende Schulen wurden überwiegend von privater Hand getragen, das dafür aufzubringende Schulgeld konnte nur von wenigen Familien erbracht werden. Auch die im Schnitt im 11. Lebensjahr absolvierte Prüfung für den Besuch einer der Volksschule folgenden Schule, wurde nur von jedem

Falangeideologie hatte). Jedoch sind auch innerhalb des Militärs unterschiedliche Tendenzen erkennbar. (vgl. Beyme 1971: 141f)

vierten Kind positiv abgelegt, und auch von denen, die es soweit schafften, gelangte nicht einmal ein Viertel zu einem Abschluss. Meist zwangen doch wieder die finanziellen Hürden zu einem Abbruch, und viele stiegen aus, um einen handwerklichen Beruf zu erlernen. Kinder aus Landarbeiterfamilien haben nur zu 4,2 Prozent einen mittleren Schulabschluss, im Vergleich dazu aber 71,9 Prozent der Unternehmerkinder, 44,6 Prozent der Militärangehörigen und 49,9 Prozent derjenigen mit freien Berufen. Die soziale Stellung spielte also eine gewaltige Rolle für die schulische Weiterbildung, und auch der Wohnort konnte ausschlaggebend dafür sein, ob sich Familien darüber Gedanken machen mussten, ihrem Kind beispielsweise in einem Internat eine Unterkunft zu ermöglichen.

Bis zum Jahr 1960 waren fast 3 Millionen Spanier, also rund 13 Prozent der Bevölkerung, Analphabeten. Mitte der 1950er wurde eine Bewegung initiiert, durch die an die 4.000 Lehrer in die ländlichen Gebiete entsandt wurden um den Betroffenen zu helfen, so dass im Jahr 1968 nur noch 640.000 Personen als Analphabeten aufgezeigt wurden. Allerdings ist zu bemerken, dass in den Zahlen die Bevölkerung, welche das 50. Lebensjahr überschritten, nicht erfasst wurde, was zur Vermutung führt, dass die Analphabetenrate bei den älteren Erwachsenen weit höher war, besonders dadurch, dass in den Jahrzehnten davor der Bildung keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. (vgl. Lorenzen 1978: 306-309) 1962 gab Spanien nur zwei Prozent seines BIP für Bildung aus. Allerdings erhöhte die Regierung die Ausgaben für Bildung in den 1960ern, so dass es im Jahr 1968 12,2% des BIP ausmachte. (vgl. Payne 2000: 565f)

Aufgrund dieses Wissens ist allerdings im Bezug auf das Pressewesen nicht nur fraglich, wie viele Teile der Bevölkerung tatsächlich kritische Presselektüre betrieben, sondern auch wie sehr es ihnen aufgrund ihrer Lesekapazitäten überhaupt möglich war diese zu rezipieren und auch zu verstehen.

7.7 Oppositionsbewegungen

Der wirtschaftliche Aufschwung zu Beginn der 1960er hatte das Regime in seinem Handeln etwas milder werden lassen. Die Opposition trat Mitte der 1960er mehr hervor, besonders die Studenten zu Beginn des Jahrzehnts und die Arbeiter in der zweiten Hälfte. Infolge der Proteste gab es zahlreiche Verletzte und auch Tote. (vgl. Besier 2006: 239f) Schon früher hatte es gegen Franco Gegenbewegungen gegeben. Diese “opposition was no nearer gaining power to overthrow the regime in the early 1970s than in the late 1940s, but it increased greatly in scope and intensity, aided by the limited freedom of expression that had slowly but steadily grown since 1966.” (Payne 2000: 557) Die Opposition jener Zeit hatte nicht die Durchsetzungskraft, das Regime zu stürzen, jedoch wuchs und intensivierte sich diese Kraft³². Drei Gruppierungen sind insgesamt zu unterscheiden:

- Semi-Liberale und Reformier als loyale Gegenbewegung, die nicht das Regime stürzen, sondern es lieber in gewissen Zügen ändern wollten.
- Mittel- und höhere Klasse Monarchisten und Christdemokraten, deren Aktionen nie legal, jedoch toleriert waren.
- Radikale Gegenbewegungen, welche aus drei Gruppen bestanden: Studenten, Arbeiter und Regionalisten³³.

(vgl. Payne 2000: 557f)

In den letzten Jahren des Regimes war die Opposition allerdings kaum aktiv, da wenig Hoffnung auf Änderung bis zum Tod des Staatsführers bestand. Es gab eine neue gewalttätige Opposition, wie die der ETA³⁴ und der marxistischen Terrororganisation FRAP in Madrid. (vgl. Payne 2000: 557f)

³² Im November 1965 erklärte der Justizminister Oriol, dass Spanien die weltweit zweitniedrigste Rate an Gefängnisinsassen hätte. Das war technisch gesehen aufgrund der niedrigen Rate der kleineren Verbrechen, aber je mehr politische Strafen abgeschwächt wurden, desto mehr stieg die Dissidenz. (vgl. Payne 2000: 513)

³³ Zu den Regionalisten gehörten die Anhänger für ein unabhängiges Katalonien und Baskenland. Da Franco seit Anbeginn auf eine starke Unterdrückung setzte (u.a. Verbot der Regionalsprachen, hohe finanzielle Abgaben), reagierten die Betroffenen zuerst mit passivem Widerstand in Form von Wahlverweigerungen und später auch durch aktiven Kampf gegen die Obrigkeit (z.B. die ETA). (vgl. Bernecker/Pietschmann 2005: 394f)

³⁴ Die *Euskadi Ta Askatasuna* entstand früher, wurde allerdings erst 1967 terroristisch aktiv. (vgl. Besier 2006: 240)

Aguilar (vgl. 2010) spricht von zwei Bewährungsproben, der das Regime damals immer wieder ausgesetzt war: der Opposition der Universitäten und der Gewerkschaften. Die Universitäten waren ein Schlüsselpunkt, da sich damals das politische Leben nicht im Parlament oder in den Medien abgespielt habe.³⁵

In Folge sollen jene zwei Gruppen, die in den 1960ern stärker hervortraten und versuchten im spanischen Staat Einfluss zu erlangen, näher beleuchtet werden.

7.7.1 Die spanische Arbeiterbewegung

Im Jahr 1960 waren 60,2% der Bevölkerung in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft oder Fischerei tätig. Die nächst größeren Gruppen waren die Verarbeitende Industrie mit 16,2 Prozent, die Bauwirtschaft mit 8,4 %, die Dienstleistungen mit 5,2% und der Handel mit 4,2%. Im Verkehrswesen waren nur 3,8% der Arbeitenden tätig. (vgl. Waldmann 1982: 383) Ein großes Problem waren auch die vielen landlosen Bauern. Die Falange war bemüht daran etwas zu ändern, die Fortschritte waren allerdings bescheiden. 1965 verdienten auch von denjenigen, die einen Landbesitz vorweisen konnten, 48 Prozent von ihnen weniger als ein durchschnittlicher Tagelöhner. (vgl. Payne 2000: 480f)

Die Comisiones obreras

Laut Payne (vgl. Payne 2000: 499) wurde die erste Gewerkschaft 1958 in einer asturischen Mine gegründet.³⁶ Die Gruppen begannen im Zuge eines Riesenstreiks, welcher 1962 von Kommunisten und katholischen Aktivisten organisiert worden war, im Norden des Landes vermehrt aktiv zu werden. Obwohl der Ausnahmezustand

³⁵ “Entonces había dos bancos de prueba de la política, de la oposición, que eran la universidad y era los sindicatos, entonces allí es donde se veía el movimiento de lucha política contra el régimen, la universidad era clave, ahora la universidad no significa nada, desde ese punto de vista, la política esta en el parlamento, esta en los periódicos, entonces sí, la universidad era un punto clave” (Aguilar 2010)

³⁶ In anderen Büchern, wie bei Klaus Von Beyme (1971:99) heißt es, die Comisiones wären erst Mitte der 1960er entstanden, teilweise ungeplant aus Kämpfen innerhalb des Syndikats heraus oder mithilfe marxistischer Vereine.

verhängt wurde, war das Vorgehen des Regimes vergleichbar vorsichtig, es gab Anhörungen, Festnahmen und Entlassungen. Im selben Jahr gestattete ein Gesetz Syndikate zu gründen. Als im Jahr 1966 das Staatsgesetz (Ley Orgánica) reformiert wurde, betraf dies auch das Arbeitsgesetz. Die frühere Vorgehensweise, Nationalsyndikate und einheitliche vertikale Syndikate zu benennen, wurde abgeschafft. Es wurde etwas mehr Flexibilität gewährt und die Unterteilung lokaler Gewerkschaften in Leitungs- und Arbeitergruppen unternommen. Die Gewerkschaften sollten unabhängig sein und freie Teilnahme bieten, obwohl keine strukturellen oder verfahrenstechnischen Änderungen vorgenommen wurden, um das umzusetzen. (vgl. Payne 2000: 514)

Die Gewerkschaften wurden zu Beginn von der Staatsführung toleriert. Innerhalb dieser Gruppen gab es unterschiedliche Interessen, sie glichen sich aber in ihrer Angst vor zu viel Einfluss der traditionellen Parteien. In einer Versammlung im Juni 1967 forderten sie unter anderem gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Mindestlöhne mit „gleitender Tarifskaala“, eine Arbeitslosenversicherung von mindestens 75% des Lohnes, die Freilassung der politischen Gefangenen und eine Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr. Die zentralen Methoden der comisiones sind Aufklärungsarbeit, Boykott der Syndikatswahlen und Streiks. (vgl. von Beyme 1971: 99f)

Streikbewegungen

Das spanische Arbeitsministerium unterschied bei den Streikbewegungen zwischen vollständiger Arbeitsniederlegung, teilweiser Arbeitsniederlegung, einem Spannungszustand, einer allgemeinen Leistungsminderung und anderen Verhaltensweisen. Zahlen hierfür gibt es zwar, wobei ihnen nicht ganz zu trauen ist: so weichen die spanischen und die internationalen Organisationen stark voneinander ab, nicht nur weil sie andere Vorstellungen von der Definition des Streiks haben, sondern auch aufgrund mangelnder statistischen Genauigkeit. (vgl. Bernecker In Waldmann u.a. 1982: 130)

Die Streikenden

Der wirtschaftliche Wandel in Spanien lässt sich auch an den Änderungen der streikenden Akteure bemessen. So waren es zu Beginn vor allem die Bergwerksarbeiter, die sich hervortaten, und ab den 1970er Jahren auch andere Berufsfelder, wie Ärzte, Angestellte von Bildungseinrichtungen oder Bankbeamte, also Arbeitende aus dem Dienstleistungsbereich. Landarbeiter protestierten nur zu Beginn der Franco-Ära gegen Missstände. Im Jahr 1966 gab es rund 100 Streiks, durch die sich gut 1.5 Millionen Tage ohne getane Arbeit ergaben. 1968 waren es dreimal so viele. (vgl. Besier 2006: 240, vgl. Bernecker in Waldmann u.a. 1982: 132f;)

Bis 1958 hatte es eine relativ geringe Konfliktfreudigkeit gegeben, der wirtschaftliche Aufschwung 1961 änderte das. Die Bergarbeiter und Metallarbeiter bekamen eine „Modellfunktion“ (Bernecker in Waldmann u.a. 1982: 144/Hervorheb. i.O.) für die Streikenden der anderen Sektoren. Die meisten Konflikte gab es in industrialisierten Gegenden, wo die stark vorhandene städtische Bevölkerung vergleichsweise gut abgesichert lebte und sich besonders durch linke Wahlentscheidungen positionierte, so dass „eine direkte Korrelation zwischen Industrialisierung und Entwicklung, politischem Radikalismus und Arbeitskonflikten im franquistischen Spanien erstellt werden kann.“ (Bernecker in Waldmann u.a. 1982: 134)

Eine mögliche Korrelation zwischen Betriebsgröße und Konflikthäufigkeit schien es ebenfalls zu geben: Mit der Größe des Unternehmens stieg die Bereitschaft für mögliche Interessen einzutreten. Ab einer Arbeiteranzahl von 100 nahm diese zu, wie auch wieder ab einer Zahl von 1.000 Arbeitern. Gründe hierfür scheinen besonders die durch die hohe Anzahl an Mitstreitern entstehende Sicherheit zu sein, nicht alleine in den Kampf zu gehen. (vgl. Ebda: 136)

Als politisch sahen die Beteiligten ihre Aktionen zu Beginn weniger an, auch wurden sie von ihnen auch nicht so bezeichnet. Da Streiks jedoch von Rechts wegen im damaligen Spanien verboten waren, erreichten diese Taten durch ihre Illegalität eine andere Dimension. Da sie sich in ihren Klagen indirekt auch gegen den Staat an sich richteten, wurden sie schlussendlich politisch. (vgl. Bernecker in Waldmann u.a. 1982: 136f) Obwohl den Arbeitern erlaubt wurde, Treffen abzuhalten, und viele

Oppositionelle in die obreras gewählt wurden, wurden zwischen 1963 und 1966 um die 1,800 Arbeitende niederer Positionen aus den Fabriken entlassen und auch die als politisch angesehenen Streiks von den Autoritäten niedergedrückt. (vgl. Payne 2000: 507)

Beweggründe

Die Gründe für die Streikbewegungen änderten sich über die Jahre. Waren vor 1966 vor allem wirtschaftlich-soziale Überlegungen vordergründig, war es ab dem Jahr danach besonders die Solidarität mit anderen streikenden Betrieben. (vgl. Bernecker in Waldmann u.a. 1982: 138f) In den 1960er Jahren kam es vermehrt zu „offensiven“ Aktionen (Bernecker in Waldmann u.a. 1982: 145/Hervorheb. i.O.) der immer selbstsichereren Arbeiter, welche sich ohne Vorbehalte mit allen Antifranquisten solidarisierten.

Eine Studie aus dem Jahr 1965 belegte, dass 94,7 Prozent der Arbeiter verschiedener Metallbetriebe ihre Bezahlung als unzureichend empfanden, was sich mit der wirtschaftlichen Realität durchaus deckte. Denn für einen vier Personenhaushalt wurde laut Berechnungen der Regierung rund 4.000 Peseten gebraucht, dreiviertel der Arbeitenden verdienten jedoch nur 2.500. Und auch im Jahr 1966 sah es nicht besser aus: zwar war der Mindestlohn angestiegen, dasselbe geschah jedoch auch mit den Lebenserhaltungskosten. (vgl. Ebda: 141) Von den Syndikaten sahen sie sich nicht wirklich vertreten und so fanden sie andere Wege ihren Unmut kundzutun, wie beispielsweise vor Gericht gegen Entlassungen oder Überstunden zu klagen. Besonders nach 1966 gingen mehr Arbeiter vor Gericht, eine Entwicklung die parallel zu den ebenso stattfindenden Streikbewegungen geschah. Die wahren Beweggründe der Betroffenen, aus denen sie klagten, sind allerdings nicht aus den Gerichtsakten ersichtlich. Besonders in den Nachkriegsjahren neigten viele Menschen eher zu einem außergerichtlichen Vergleich, da viele von ihnen von ihrem Job wirtschaftlich vollkommen abhängig waren. Erst später wagten sich mehr Leute vor Gericht, da sich unter anderem auch die Urteile der Richter änderten. Nach 1962 fielen zwischen 60 und 68 Prozent der Urteile positiv für die Klagenden aus, was auch die Vermutung relativiert, die Justiz wäre bloß den Unternehmern selbst zur Seite gestanden. Was sich jedoch in den letzten Jahren der Diktatur stark änderte war, dass der Staat selbst immer

öfter Schiedsrichter spielte, da die Streikenden von ihren Arbeitgebern immer öfter nach Amnestie, repräsentativen Vertretern u.a. verlangten, was eine Einigung mit ihnen erschwerte. (vgl. Bernecker in Waldmann u.a. 1982: 142f)

Gegenstrategie des Staates

Die Strategie des Staates war es, in Reaktion auf die Streiks, die Arbeiter einerseits mehr zu unterdrücken und sie andererseits zu integrieren, sie anders zu disziplinieren. Die Unterdrückungsmechanismen des Staates gab es auf allen Ebenen: so wurden betriebliche Arbeiterführer entlassen, welche sich besonders hervorgetan hatten, bei Konflikten wurde vermehrt die Polizei hinzugezogen, und bei Verletzungen des Arbeitsrechtes mit Strafen nicht gespart. Sowohl vor als auch nach den Syndikatswahlen 1966 wurden massenhaft Arbeiter entlassen, allein danach sollen es über 6.000 Gewerkschafter gewesen sein. 1968 wurden mehr als 1000 Arbeiterführer festgenommen und verurteilt, weitere entlassen oder von ihrem Posten gehoben. Die Arbeiterkommissionen wurden 1967 verboten. Ab 1969 wurde zunächst im Baskenland und bis 1970 im ganzen Land der Ausnahmezustand ausgerufen. Gleichzeitig erhöhte der Staat weiterhin den Druck auf die Arbeitenden, in dem er mit Lohn- und Arbeitssperren drohte und weiterhin Kündigungen erfolgten, wenn sie sich Streikbewegungen anschlossen. (vgl. Bernecker in Waldmann u.a. 1982: 145f; Bernecker 1997: 160ff)

Zu den Integrationsmechanismen zählten unter anderem Veränderungen des Strafbestandes „Streik“, des *Fuero del Trabajo*, der Kollektivverhandlungen und des Syndikatsgesetzes 1971. Der Staat wollte diese Neuerungen beschränken und kontrollieren, verstand jedoch, dass diese aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklungen vonnöten waren. Die Veränderungen sollten die Streikenden in einem kleinen Rahmen beruhigen, es sollten allerdings keine großen Zugeständnisse gemacht werden. Zudem sollten politische und wirtschaftliche Standpunkte getrennt gehalten werden, ein typisches Merkmal der allgemeinen Arbeitsausrichtung des franquistischen Staates in seinen letzten Jahren. (vgl. Bernecker in Waldmann u.a. 1982: 145f)

7.7.2 Die Studentenunruhen

Der Ausbau des Schulsystems war erfolgreicher gewesen als der der Industrie. Anfang der 1970er gab der spanische Staat erstmals mehr Geld für Schulen aus als für das Heer und 1974 war jedem Kind eine Grundschulausbildung möglich.

In den 1960ern stieg die Studentenzahl auf den Universitäten rasant an, um sich dann in den 1970ern zu verfünfhundertfachen. Dies spiegelte trotz der radikalen Studentenpolitik die neue Bourgeoisie durch die sich verändernden Lebensstile wider, in denen Status, Einkommen und das Streben nach mehr eine neue Bedeutung gewannen. (vgl. Payne 2000: 487) Die Generationen, die nach dem Bürgerkrieg geboren waren, hatten zudem einen anderen Zugang zum politischen System und ließen sich „von Beschwörungsappellen des Regimes – anders als ihre Väter – nicht beeindrucken“ (Bernecker/Pietschmann 2005: 391) Auch kamen mehr Universitäten hinzu: waren es in den 1950ern zwölf Hochschulen, so stieg die Zahl Mitte der 1970er auf 23. (vgl. Ebda) Wie es genau um die Situation an den Universitäten gestellt war, versuchte das Regime zu vertuschen. So wurde ein Buch darüber von Antonio Fontan 1961 verboten. (vgl. Beyme 1971: 152)

Schon in den 1950ern, insbesondere im Jahr 1956, gerieten die Studenten und das Regime aneinander, als der Staat die Ergebnisse der Wahlen der SEU annullierte. Diese und die folgenden Generationen von Studenten begannen nun sich immer wieder gegen das Regime zu stellen. (vgl. Bernecker/Pietschmann 2005: 391; Bernecker 1997: 151)

Obwohl 1965 die öffentliche Meinung über das Regime nicht gut war und sich das Volk Sorgen machte über die Zukunft, waren die großflächigen Demonstrationen auf den Universitäten, in denen nach mehr Freiheit und Abschaffung der SEU (deren Legitimität durch die Annullierung der Wahlergebnisse als nicht gegeben gesehen wurde) verlangt wurde, der einzig neue Hinweis auf diese Spannungen. (vgl. Payne 2000: 510)

Als sich die spanischen Studenten in der zweiten Hälfte der 1960er vermehrt gegen den Staat erhoben, antwortete der mit Polizeigewalt. Die Proteste nahmen gleichwohl zu und die extremen Linken schlossen sich mehr zusammen. (vgl. Besier 2006: 240)

Der Aufstand der Studenten schien nur wenig Pausen zu kennen. „Ein Jahrgang nach dem anderen machte die gleichen Sitzstreiks, die gleichen Demonstrationen, die gleichen Flugblattaktionen, Tausende von Studenten wurden in die Polizeireviere eingeliefert, Tausende wurden verhört, mißhandelt, verurteilt. Der Widerstand ebte nicht ab. Die Wasserwerfer auf dem Campus [...], die vergitterten Wagen der Polizei vor den Eingängen der Institute, die Agenten der politischen Polizei in den Hörsälen gehörten schließlich zum Universitätsalltag ebenso wie der Besuch von Vorlesungen oder die Anfertigung einer Seminararbeit.“ (Bernecker 1997: 154f) Besonders in Madrid und Barcelona waren die Studenten aktiv. Dies wirkte sich auch auf den akademischen Fortschritt der Studierenden aus: „Various faculties were periodically shut down altogether, and henceforth it would be unusual to complete a full academic year without partial closure.“ (Payne 2000: 518)

Am 9. März 1966 kam es in Barcelona zur „capuchinada“, der Organisierung eines demokratischen Studentensyndikats im Kapuzinerkonvent, durchgeführt von aufrührerischen Studenten. Zwei Monate später protestierten 130 Priester gegen die Anwendung von Folter durch die Polizei. Franco selbst machte sich daraufhin auf, das Gespräch mit den Katalanen zu suchen, was eine seiner letzten Triumphtouren in seinem Land sein sollte. Da Franco durchaus noch in Erinnerung hatte, wie Primo de Riveras Herrschaft unter den Studentenaufständen gelitten hatte, gab er vor, nicht allzu streng einzugreifen³⁷. Der Bildungsminister Tamayo entschied sich bald sein Amt niederzulegen, da er gegen den Innenminister Alonso Vega, der eine harte Vorgangsweise verlangte, nicht ankam. (vgl. Payne 513/518)

Die neue Bereitschaft der Studenten, sich für ihre Interessen einzusetzen, lag an der in den 1960er verbreiteten, allgemeinen Ausrichtung und Öffnung zu Westeuropa. Hier spielte der Marxismus eine Rolle, der in Spanien während der Revolutionen in den 1930ern nicht besonders beachtet worden war und nun in Form eines marxismo cañí (Zigeunermarxismus) den geistigen Rahmen für die steigende Anzahl an Intellektuellen bot. Diese sahen sich, in einer plötzlich materiellen und halbreichen Gesellschaft, noch

³⁷ Es wurde auch gerätselt ob der Caudillo vielleicht gar nicht so genau wusste was er tat, da er schon an Parkinson erkrankt war: „it remains a moot point whether the relative restraint of Franco’s policy was due in part to be numbing effects of Parkinson’s disease and the medication taken to control it. He had always responded to threats and challenges without excitement, but in the past had calmly adopted rigorous measures.“ (Payne 2000: 518)

immer politischer Unterdrückung ausgesetzt und halfen sich daher mit einem „second-hand“ (Payne 2000: 519) Marxismus weiter.

Im Jahr 1969 kam es zu größeren Studentenunruhen und viele Professoren, Studentenführer, Priester, Juristen und Angehörige von Intellektuellengruppen wurden inhaftiert. Zugleich gaben diese Unruhen den offiziellen Vorwand für die Aufhebung der Grundrechte ab. (Bernecker 1997: 155) Der Tod des Madrider Studenten Enrique Ruano war mit ausschlaggebend für weitere Unruhen. (siehe Kapitel 8.2.2.1)

Stellung der Kirche

Auch wenn die Kirche zu den festen Säulen zählte, auf denen die Macht des Franquismus beruhte, waren viele Kirchenanhänger mit dem politischen und auch sozialen Weg der spanischen Kirche nicht einverstanden. War die katholische Kirche in den ersten zwei Jahrzehnten des Francoregimes dem Staat beigestanden um dessen Macht zu legitimieren, wandelte sie sich mit der Zeit um in einer nächsten Phase kritischen Stimmen und den sozialen Zielen der gesamten Bevölkerung Gehör zu verschaffen. Als Papst Paul VI das Mitspracherecht des spanischen Führers bei der Bischofsbesetzung anfocht, verschlechterte sich das Verhältnis zum Vatikan zusätzlich. (vgl. Bernecker/Pietschmann 2005: 396) In den letzten Jahren des Francoregimes halfen Kirchenvertreter den Oppositionellen vermehrt und boten ihnen Schutz. Manche unterstützen auch die Anliegen der ETA. Die katholische Kirche hatte sich durch ein Konkordat 1953 viele Rechte geben lassen, eines davon besagte, dass der Verhaftung eines Priesters die Zustimmung des Bischofes bedarf. Das Konkordat wurde daher Ende der 1960er öfter gebrochen. Jedoch war die Kirche auch rechtsradikalen, klerikalen Gruppen ausgesetzt, die immer wieder übergriffig wurden.³⁸ Aufgrund dieser „zentrifugalen Tendenzen“ (Beyme 1971: 155) wurde die katholische Kirche für die Regimegegner als Verbündete interessanter.

³⁸ Von Beyme (1971: 155) hält es der „Bändigung der Falange im Rahmen der traditionalistischen Mächte durch Franco“ zugute, dass solche Strömungen unter Franco lange Zeit unterdrückt werden konnten.

Schwächen der Opposition

Von Beyme (vgl. 1971: 108f) sieht in den Handlungen der Opposition einige Schwächen, aufgrund derer ihre Taten keine langfristigen Erfolge aufweisen konnten. Als die drei Hauptgründe dafür sieht er in der mangelnden Organisation, der „sektiererischen Zersplitterung“ (Ebda: 108) und der mangelnden Bündnispolitik zwischen den Oppositionsgruppen. Argumentieren lässt sich das Spannungsverhältnis in und zwischen den Oppositionsgruppen insofern, als dass die meisten Bewegungen sehr viel Gedankengut des Francoregimes übernahmen und Respekt vor dem Caudillo auch unter den Oppositionellen vorhanden scheint. Einige warteten auf das Ableben des Diktators, da sie sich, solange er lebte, keine Änderungen vorstellen konnten. Franco zeigte auf Kritiken wenig Reaktion, und diese „anscheinende Gelassenheit, mit der er auf Angriffe von draußen reagierte, hat selbst die Opposition mutloser hinsichtlich der Verletzbarkeit des Regimes gemacht, als objektiv nötig erscheint.“ (Ebda: 115)

7.8 Die Mediensituation Spaniens

„[Das Regime] rühmte sich mit seinem Respekt für die „wahre“ Freiheit. Das war sein Spiel: mit der einen Hand erstickte es, mit der anderen verneinte es. Die Zensur löschte desgleichen jeglichen Hinweis auf die Zensur. Ein perfektes System.“³⁹

(Sinova 2006: 316)

Die Geschichte des spanischen Pressewesens unter Franco lässt sich aufteilen in die Phase während dem Bürgerkrieg, die Phase nach dem Bürgerkrieg bis in die 1960er Jahre und die Zeit nach dem Pressegesetz von Manuel Fraga 1966 bis zum Tode Francisco Francos im Jahr 1975.

Neuschäfer (1991: 45) sieht die Entwicklung der spanischen Zensur „eher durch ein Auf und Ab und durch Widersprüche als durch Stetigkeit charakterisiert.“. Echte Information existierte nicht. „Die Medien beschrieben nicht das was passierte, sondern vielmehr das, was die aktuellen Regierenden sagten, was passiert sei und was sie wollten, dass passieren werde.“⁴⁰ (Sinova 2000: 313)

Zensur als Inquisition

Neuschäfer nennt die Kirche in Bezug auf die Kontrolle der Bürger als engen Partner des spanischen Staates. Er geht soweit, die kirchliche Inquisition in Spanien als „so etwas wie de[n] normgebende[n] Ausgangspunkt der spanischen Zensurgeschichte“ (Neuschäfer 1991: 40) zu bezeichnen. Während die Kirche ihre Gläubigen vor Einflüssen der Aufklärung schützen wollte, wollte der Staat unter Franco die Bürger von Informationen und vor allem Ideen und Vorstellungen aus dem Ausland fern halten. Durch gezielte Lenkung der Informationen „gaukelte die Publizistik außerdem das Bild einer heilen Welt in makelloser Vollkommenheit vor.“ (Bernecker 1997: 143) Um ein solches Bild bei seinen Bürgern zu erhalten, bediente sich Franco der Pressezensur.

³⁹ „presumió de su respecto por la “verdadera” libertad. Era su juego: con una mano asfixiaba, con la otra negaba. La censura también tachaba toda alusión a la censura. Un sistema perfecta.”

⁴⁰ „Los medios de comunicación no describían lo que pasaba, sino lo que los gobernantes del momento decían que pasaba o querían que pasara.”

7.8.1 Spanisches Pressewesen nach dem Bürgerkrieg

Während des Spanischen Bürgerkrieges bemühten sich die zwei einander bekämpfenden Lager um die Hoheit über die Verbreitung von Informationen in den von ihnen jeweils eingenommenen Gebieten. Dementsprechend sorgten sie dafür, dass nur die ihnen nahestehenden Zeitungen erschienen. Jedes republikanische Blatt wurde landesweit nach dem Sieg der Nationalisten eliminiert und die Redaktionsräume wurden für eigene Zwecke vereinnahmt. Nur ein paar katholische (u.a. die Zeitung *Ya*) wurden von der Vorgangsweise ausgenommen.

Als der spanische Bürgerkrieg beinahe vorbei war, entschieden sich die Nationalisten - allen voran José Antonio Primo de Rivera - zu einem Pressegesetz, durch das es zu einer ganzheitlichen Abkehr von den vormals liberalen Ideen kam. Primo de Rivera meinte, diese hätten nur einigen wenigen zum Vorteil gereicht. Seiner Ansicht nach sollte sich der Staat der Presse bedienen um mit ihrer Hilfe Ideen zu verbreiten und durchzusetzen. (vgl. Batz 1973: 44f)

Das Pressegesetz 1938

Primo de Riveras Vorstellung wurde im Pressegesetz vom 22.4.1938 auch so umgesetzt. Die spanischen Medienunternehmen wurden nicht als private Firmen, sondern als nationale Einrichtungen gesehen, die, nicht finanziell aber inhaltlich und rechtlich, ganz von den Vorschriften der vorstehenden Partei abhängig waren. Der Staat hatte die Kontrolle darüber, wer was und wie viel drucken durfte. Die Regierung konnte die Herausgeber selbst ernennen und auch ihre Entscheidungskompetenzen einschränken. Die Direktoren fungierten demnach als Staatsbeamte. Die Medien waren nicht mehr wirtschaftlich orientiert, sondern reine Instrumente im Dienste des Staates. Die inneren Abläufe wurden von privaten Verlagen, die ideologische Führung, Organisation, Struktur- und Finanzplanung aber vom spanischen Staat durchgeführt. Auch die einzigen Nachrichtenagenturen EFE⁴¹ (Auslandsberichte), Cifra (innerstaatliche Meldungen) und Alfil (Sport) wurden dem spanischen Informationsamt

⁴¹ Gegründet 1939 steht „EFE“ angeblich für „F“ (spanisch ausgesprochen „Efe“) von „Franco“ bzw. die „Falange“. (vgl. Alférez 1986: 183)

unterstellt und können als staatliche Unternehmen gesehen werden.⁴² (vgl. Batz 1973: 45f/49; vgl. Edo 1994: 3)

Als Vorbilder sollen hier Joseph Goebbels und Benito Mussolinis Vorgehen gedient haben. Die jungen Falangisten hielten sich mit ihrer Begeisterung für diese wenig zurück. So versuchten sie nicht einmal zu verbergen, dass es sich bei diesem Gesetz nicht um ein Gesetz *für* die Presse, als vielmehr ein Gesetz *gegen* die Presse handelte: „Tampoco esconden que no se trata tanto de una ley *de* prensa como de una ley *contra* la prensa“ (Ruitiña Testa In: Principado de Asturias 2007: 126/Hervorheb. i.O)

7.9 Steuerungseinrichtungen für die Presse

Zentrale Lenkstelle aller Zeitungsverlage war der Servicio Nacional de Prensa (Nationaler Pressedienst) mit den Servicios de Prensa, den jeweiligen Vertretungen in den Provinzen. In den Jahren nach dem Bürgerkrieg war zunächst das Subsecretaria de Educación Popular (Sekretariat für Volkserziehung), dann das Innenministerium und ab 1951 das neu gegründete Ministerio de Información, später unbenannt in Ministerio de Información y Turismo (Informationsministerium) dafür verantwortlich, dass alle spanischen Medien einer bestimmten politischen und ideologischen Idee folgten.

Dafür gab es bis 1966 zwei Hauptmaßnahmen:

1. Consignas de Prensa: bindende, meist tägliche Anordnungen über bestimmte politische und besondere lokale Ereignisse oder Personen (nicht) zu berichten, oder Fotos (nicht) zu veröffentlichen. Dies wurde schriftlich, telefonisch oder durch Fernschreiber von EFE an sämtliche Presseredakteure übermittelt.⁴³

⁴² Im Jahr 1964 gab es schon mehr Agenturen: sechs vertrieben gegenwartsnahe, gedruckte Nachrichten; sieben allein Bildmaterial und 34 sowohl Artikel, und literarische Arbeiten als auch Bilder.(vgl. Lorenzen 1978: 162f)

⁴³ Historisch gesehen stammt die Aufforderung für bestimmte, den Staat betreffende Annoncen im Zeitungsblatt genügend Platz frei zu lassen aus der Zeit des Bürgerkrieges. Der General Andrés Saliquet ließ ab 18.Juli 1936 sämtliche Blätter, egal welcher Art, einer militärischen Zensur unterziehen. (vgl. Sinova 2006: 17f)

2. Censura Brevia (Vorzensur): diese besagt, dass sämtliche Werke welche vor einer möglichen Veröffentlichung stehen, zuerst einem Zensor vorgelegt werden müssen.⁴⁴

(vgl. Batz 1973: 51/Neuschäfer 1991: 43)

Die Vorzensur bestand bis 1966 aus drei Teilen. Die Behörden erteilten den Pressearbeitern zunächst Aufträge und gaben Regeln vor, die bis ins kleinste Detail reichten (bspw. die Schriftart). Zugleich lasen die Zensoren sämtliche Originalartikel, welche dem Ministerium in Madrid oder einer lokalen Behörde vorgelegt werden mussten - wie auch die vom Ministerium angeordneten Texte und das Theaterprogramm. Schlussendlich erhielten die Journalisten über ihre Arbeit regelmäßig Rückmeldungen und auch Ermahnungen. (vgl. Sinova 2006: 135)

Neben diesen genannten Maßnahmen gab es weiter die „silencio administrativo“ (stumme/leise Administration), welche auf das Liegenlassen von Akten anspielt; oder Vorgaben hinsichtlich der Auflage von Schriftwerken oder auch Vorführterminen von Theaterstücken. Zudem konnten die Behörden die Zufuhr von Papier zu Druckereien limitieren. (vgl. Neuschäfer 1991: 44f) Die Phantasie der Zensur war sehr ausgereift und während die Zensoren die Mittel hatten manchen Bewegungen Einhalt zu gebieten, suchten und fanden die Schreibenden immer wieder Wege den Blicken der Überwacher auszuweichen.

Die Zensoren

Die spanischen Zensoren hatten keinen besonders prestigeträchtigen Beruf inne und übten diesen auch selten hauptberuflich aus. Meist waren sie mehrfach angestellt, übten die Position nur als Nebenjob aus und wurden nicht gut bezahlt. (vgl. Neuschäfer 1991: 44f) Die Journalisten hatten von ihnen selten eine gute Meinung: „Es gab Zensoren die äußerst intelligent waren und es gab solche die sehr begriffsstutzig waren und sie zensurierten Sachen, wo du nicht verstandest warum sie zensiert wurden.“⁴⁵ (Santa Eulalia 2010)

⁴⁴ Dies war gesetzlich nur bis zur Ley Fraga 1966 bindend, danach galt diese Maßnahme als eine freiwillige (consulta voluntaria).

⁴⁵ “había censores bastante inteligentes y había muy torpes y se censuraban cosas que tú no entendías porque se censuraban.”

Die Zensoren waren allerdings nicht notwendigerweise dumm oder naiv. Es verstanden einige manche Texte sogar sehr gut und ihr Dummstellen konnte sich als wahre Gewitztheit erweisen. (vgl. Neuschäfer 1991: 44f, 300)

7.9.1 Die Journalistenausbildung

Da nach dem Pressegesetz 1938 strenge Vorschriften vorhanden waren, wer Journalist werden durfte, erfolgte nicht nur der Zwang einer Einschreibung in das offizielle Journalismusregister (Registro Oficial de Periodistas) sondern 1942 auch die Gründung einer eigenen Journalistenschule (Escuela Oficial de Periodismo) in Madrid. Diese musste nun jeder Neuzugang zuerst absolvieren um später einen Ausweis zur Berufsausübung (carnet profesional) zu erhalten. Wer nicht im Besitz dieses Ausweises war, konnte dem Beruf nicht nachgehen. Um den Ausweis behalten zu können, mussten Reporter allerdings in dem Beruf aktiv tätig sein, d.h. wo angestellt sein. Arbeitslosigkeit bedeutete dementsprechend auch kein Anrecht auf den Ausweis zu haben. Arbeitgeber waren sogar verpflichtet nur Leute anzustellen, die in dessen Besitz waren. Indem Journalismus keine private Tätigkeit, sondern vielmehr dem Staat verpflichtet war, konnte der Staat durch dieses Vorgehen die Medienlandschaft genauestens kontrollieren. (vgl. Batz 1973: 115f) Ganz so streng habe man es aber nicht überall gehalten, erzählt Fernando Urbaneja (vgl. 2010). In der Praxis war es mitunter möglich ohne diesen Ausweis als Reporter tätig zu sein, einige Studenten hätten während ihres Studiums damit angefangen. Das Regime habe sie in keiner Weise benachteiligt und die Printunternehmen hätten alles ihnen mögliche getan um unterstützend zu wirken. Ideologische oder politische Hürden habe es keine gegeben. So war es Zeitschriften erlaubt, nicht speziell ausgebildete freie Mitarbeiter aufzunehmen und auch für Korrespondenten konnte die Generaldirektion Ausnahmen machen. Die akademische Vorbildung sollte jedoch „dem Dilettantismus früherer Jahre begegnen“. (Lorenzen 1978: 201) Später entstand eine weitere Schule in Barcelona und 1960 wurde auch der katholischen Kirche erlaubt, in Pamplona eine eigene

Journalistenschule zu gründen.⁴⁶ Das Hauptexamen war jedoch weiterhin auf der Schule in Madrid abzulegen. Der Journalist Berlanga erinnert sich: „Du musstest einige Tage lang die Jahre auf der Schule resümieren. Und man gab ihn dir oder man gab ihn dir nicht. [Anm.: den positiven Abschluss] Meine Erfahrung ist sehr gut, sehr abwechslungsreich. Wir waren eine sehr kleine Gruppe. Wir begannen den Kurs mit 70 Personen und beendeten ihn mit 13. Sehr reduziert. [...] Wir mussten sehr viel arbeiten.“⁴⁷ (Berlanga 2010)

Nach der Abschlussprüfung wurden Journalisten auch automatisch Mitglied der Federación Nacional de las Asociaciones de la Prensa Española (Journalismusverband). Das von der Dirección General de Prensa beaufsichtigte Journalistenregister wurde 1951 neu angepasst, so dass ein Abschluss auf einer dieser Medienschulen vorzuweisen war. Zudem fand sich in dem Journalistenausweis ein Schwur dem Land Spanien gegenüber Treu zu sein, was zusätzlichen Druck auf die Pressearbeiter machen sollte. Der Staat hatte also volle Kontrolle darauf, wer Journalist werden konnte und wer nicht. Auch wenn die so dem Land dienen Sollenden nicht im Inneren mit dem System übereinstimmten, so sollten immerhin ihre nach außen getätigten Aussagen auf dem Papier mit dem System im Einklang stehen. (vgl. Batz 1973: 55ff) Schlussendlich überwachte ein eigenes Standesgericht die Einhaltung der moralischen Grundsätze der Berichterstatter. (vgl. Ley Fraga Kapitel V, Art. 33)

⁴⁶ Im Jahr 1971 wurde beschlossen an den Universitäten von Madrid und Barcelona eigene Fakultäten für Kommunikationswissenschaften einzurichten und das Studium mehr nach mitteleuropäischem Standard zu führen. (vgl. Lorenzen 1978: 202ff)

⁴⁷ „Tenias que pasar varios días resumiendo los años que habias pasado en la escuela. Y te daban o no te daban porque era tampoco muy facil. Y mi experiencia es bastante buena, muy variada. Eramos un grupo muy reducido. Nosotros empezamos el curso unos 70 y acabamos 13. Bastante reducido.[...] Teniamos que hacer mucho.“

7.10 Das Gesetz: La Ley Fraga

„Inmitten der franquistischen Diktatur war der erste Schritt in Richtung Informationsfreiheit das Fraga Gesetz 1966 zu erlassen. Mit ihm wurde die Vorzensur in den Kommunikationsmedien beendet. Es musste zwar niemand um Erlaubnis bitten etwas zu veröffentlichen, aber alle mussten vorsichtig sein bei allen Veröffentlichungen, welche die vom Regime auferlegten, verworrenen Grenzen überschritten. Anscheinend gewannen die Journalisten die Freiheit zur Meinungsäußerung, aber in der Realität bürdeten sich viele eine Selbstzensur auf, welche in vielen Fällen schlimmer war als die Vorzensur selbst.“⁴⁸

(Robles 2010)

Fraga Iribarne

Der Namensgeber des 1966 erlassenen Mediengesetzes, der damals 40jährige Manuel Fraga Iribarne, wurde 1962 als neuer Informations- und Tourismusminister eingesetzt. Er war damals ein hoch geschätzter Mann in der Politik, hatte an mehreren Unis und in Regierungseinrichtungen administrative Positionen innegehabt, und zählte zu den Reformern des Regimes ohne sich dabei selbst als Gegnern desselben zu positionieren. (vgl. Edo 1994: 3; Payne 2000: 503 – 507) Der Vorgänger von Fraga Iribarne, Arias Salgado, hatte 11 Jahre in dem Amt gesessen und wurde als sehr konservativ wahrgenommen. Fraga wollte schon zu seinem Amtsantritt 1962 ein neues Pressegesetz umsetzen, benötigte aber einige Jahre um die unterschiedlichen Meinungen in der Regierung zu einem Konsens zu bringen und schriftlich zu verankern. Denn auch wenn immer mehr Mitglieder der Staatsspitze davon überzeugt waren, dass auch die Presse an die neuen gesellschaftlichen Vorgänge angepasst werden musste, so waren noch immer etliche andere dagegen. (vgl. Batz 1973: 61)

⁴⁸ “En plena dictadura franquista, el primer paso hacia la libertad de información se dio al promulgarse la Ley Fraga del 66. Con ella se daba fin a la censura previa en los medios de comunicación. Ya nadie debía pedir permiso para publicar nada, pero todos debían tener precaución al publicar todo no fuera que traspasaran los límites difusos impuestos por el régimen. Aparentemente los periodistas ganaban libertad de expresión, pero en la práctica muchos se impusieron una autocensura que, en muchas ocasiones, era peor que la propia censura previa.”

1969 ersetzte Alfredo Sánchez Bella den abgetretenen Fraga Iribarne. Sánchez Bella war Mitglied des Opus Dei und sehr konservativ eingestellt. Deshalb hegte er auch ein Misstrauen gegen die vor seiner Amtszeit gefallenen Urteile und ließ daher bei Neuauflagen die Zensorenbescheide nochmals prüfen. (vgl. Knetsch 1999: 151) Fraga hingegen galt danach als Regierungskritiker, der sich nach seiner Amtszeit als Befürworter oppositioneller Gruppierungen zeigte. Er gehörte zu den Politikern die nichts mehr zu verlieren hatten und deshalb etwas weniger vorsichtig ihre Stimme erheben konnten. (vgl. Beyme 1971: 139)

Das Pressegesetz 1966

„La ventana estaba cerrada y entonces se abrió un poquito y ese aire que entraba ya contagió toda la habitación”⁴⁹ (Gozalo 2010)

Von 1938 bis 1966 war das letzte Pressegesetz vor Fraga in Kraft gewesen, welches vor allem für die Vorzensur bekannt war. Änderungen am Pressegesetz, das fast 30 Jahre in Spanien Gültigkeit hatte, wurden vor allem dadurch möglich, dass eine neue Generation an die Macht kam. Diese durch die Ereignisse des Bürgerkrieges weniger beeinflusst war und vertrat weniger die Vorstellung einer Presse die rein dem Staat dienen sollte. (vgl. Batz 1973: 47) Laut Von Beyme (vgl. 1971: 108) war dem Regime schon vor Abschaffung der Vorzensur die totale Kontrolle über die Medienwelt verloren gegangen. Eine anfangende Freiheit hatte dazu beigetragen, dass sich aus manchen oppositionellen Lagern Kräfte frei gesetzt hatten, welche eine dauerhafte Stabilisierung der Diktatur erschwerten.

Anfang April 1965 forderte Fraga Iribarne erneut eine neue Gesetzeslage. Vor den Cortes sprach er von einem neuen Recht, das viele Möglichkeiten bieten würde, Gutes zu tun und die Möglichkeiten Schlechtes zu tun reduzieren könnte. Zugleich beruhigt er die Regierung auch hinsichtlich befürchteter grenzenloser Freiheiten: So stellte Fraga die Frage, ob in einem System, in dem alle mitreden könnten, nicht auch der Staat und die Regierung etwas zu sagen haben sollten. (vgl. Payne 2000: 510f; Terrón-Montero

⁴⁹ „Das Fenster war geschlossen und dann öffnete es sich ein wenig und diese Luft die eintrat steckte das gesamte Zimmer an.“

1981:188) Im Oktober 1965 wurde die letzte Version des vorgeschlagenen neuen Pressegesetzes von der Regierung abgesegnet und im darauffolgenden Jahr am 15. März ratifiziert. Franco soll daraufhin gemeint haben er glaube nicht an diese neue Freiheit, aber der Schritt wäre wohl nötig. Zudem dachte er, dass auch schon schwache Regierungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit einer freien Presse gearbeitet hatten, trotz anarchischer Zustände.⁵⁰ Aus dem Generalsekretariat der Movimiento lautete die Stellungnahme, dass das neue Pressegesetz nicht forciert sei oder ein Abgehen von der politischen Ausrichtung, sondern ein logischer Schritt. Es würde zudem auf den Fortschritt in der Organisation der Freiheit und die freiwillige Beibehaltung des Systems hinweisen. (vgl. Terrón - Montero 1981: 188)

Zwei Wochen darauf endete die davor übliche Vorgehensweise der Vorzensur. Ein Argument das für die Reform sprechen sollte, war, dass das neue Spanien nun kultivierter und politisch gesehen vereinter war. Daher sollte Zensur nun auf einer selbst gewählten Basis und ohne offizielle Vorgaben erfolgen, wenngleich weiterhin informelle Vorgaben gemacht wurden. Zeitungsunternehmen hatten nun die Möglichkeit selbst einen Direktor zu ernennen, sie brauchten nicht mehr die Zustimmung aus dem Ministerium zu brauchen. Viele Strafen blieben aber weiterhin anwendbar wenn in den Medien Veröffentlichtes dem Staat, der Religion oder anderem schadete. Den Redakteuren blieb die Option bei fragwürdigen Artikeln eine Beratung zu bekommen. So behielt der Staat die Möglichkeit bei, im Angesicht des hohen Risikos durch die angebotene Medienfreiheit, noch immer genug Instrumente in der Hand zu haben, um die Medien in einem gewünschten Rahmen zu lassen. Eine ganzheitliche Pressefreiheit war dadurch nicht gegeben, aber die Anzahl der Verlage und der zirkulierenden Zeitungen vergrößerte sich. (vgl. Payne 2000: 512; Terrón – Montero 1981: 188)

Neuschäfer (vgl. 1991: 46) spricht im Hinblick auf die zeitgleich verlaufende wirtschaftliche Öffnung des Landes davon, dass der Staat die ideologischen Werte Spaniens, welche noch erhaltbar schienen, habe schützen wollen. Sánchez Bella und andere sahen ihre Aufgabe darin, diese zu verteidigen. Daher wirkte das Vorgehen der Zensur in den letzten Jahren manchmal als noch strenger.

⁵⁰ „I do not believe in this [new] liberty, but it is a step required for many reasons. And furthermore I think if those weak governments at the beginning of the century could govern with a free press, amid that anarchy, we will also be able to get along.“ (Payne 2000: 511)

7.10.1 La Ley de los Secretos Oficiales

Im Jahr 1968 wurde zudem ein Gesetz im Bezug auf das Amtsgeheimnis eingeführt, das, nach anfänglichen Protesten von Zeitungen, in abgeschwächter Form dem Staat die Möglichkeit gab zu verlangen, dass Vorkommnisse die bei Bekanntwerden der Sicherheit der spanischen Öffentlichkeit schaden könnten, von den Zeitungen vertraulich behandelt zu werden hatten. Diese durften also nicht verbreitet werden. Besonders war allerdings, dass eine als Geheimsache erklärte Angelegenheit innerhalb von 72 Stunden bestätigt werden musste um als vertraulich zu gelten. Den Presseorganen musste ein als geheim zu Haltendes Vorkommnis mitgeteilt werden, damit nicht diese unwissentlich Informationen hinaustrugen, welche unter Verschluss zu halten waren. Zugleich waren die Journalisten davor bewahrt gegen das Gesetz zu verstoßen. So konnte der spanische Staat weiter indirekt in das Pressegeschehen eingreifen und noch immer in einem gewissen Maße kontrollieren, welche Diskurse in der Öffentlich entstehen konnten. (vgl. Batz 1973: 177ff)

7.11 Die Ley Fraga im Detail

In Artikel 1 des Gesetztextes wird den Spaniern in Verweis auf ihre Grundrechte (Fuero), das Recht auf freie Meinungsäußerung zuerkannt. Dies sei gültig, wenn die Meinungen in gedruckter Form und nach den Grundrechten und dem vorliegenden Gesetz verbreitet würden.

Artikel 2: Des weiteren muss u.a. dabei die Moral und die Wahrheit, sowie die Linien der Bewegung, die Staatssicherheit, die öffentliche Ordnung, der Frieden nach außen, der Respekt vor öffentlichen Einrichtungen und wichtigen politischen Personen, die familiäre Ehre und Intimität beachtet werden („respeto a la verdad ya a la moral; el acatamiento a la Ley de Principios del Movimiento Nacional y demás Leyes

Fundamentales....“). Dies zieht für die neue Freiheit bereits erste Grenzen. Viele Berichterstatter kamen mit diesem Artikel in Konflikt.

Zur Zensur

Anbei sollen die wichtigsten Gesetzespassagen der Ley Fraga näher beleuchtet werden: (vgl. Nuevo Derecho de Prensa e Imprenta MIT 1966)

Artikel 3: betrifft die Zensur. Wörtlich verspricht der Gesetzestext den Journalisten keine Zensur vorzuschreiben – ausgenommen bei bestimmten Ausnahmefälle und bei Krieg.

Artikel 4 bezieht sich auf die consulta voluntaria, die freiwillige Beratung der Berichterstatter, bei welcher bei fraglichen Inhalten die Administration konsultiert werden darf (bzw. sollte). Im Falle eines Schweigens oder einer Erlaubnis zum Druck seitens der Zensurbehörde, wird der Verleger von der Verantwortlichkeit für das Druckerzeugnis befreit – vorausgesetzt, bestimmte zeitliche Fristen werden eingehalten.

Auch wenn durch das neue Gesetz die Vorzensur offiziell beendet ist, müssen Tages- und Wochenzeitungen nach Artikel 12.II mindestens eine halbe Stunde vor Erscheinungstermin zehn vom Herausgeber unterschriebene Exemplare bei einer Zweigstelle des Informationsministeriums abgeben. Dies gibt der Behörde trotz offizieller Abschaffung der Zensur die Möglichkeit, die Verbreitung von Artikeln, die möglicherweise gegen eine Vorschrift verstoßen oder auf eine andere Art unerwünscht scheinen, schnell wieder zu verhindern.

Artikel 34: bezieht sich auf die rechtliche Verantwortung der Zeitungsvorstände für den gesamten Inhalt. Diese können für kritische Darstellungen belangt werden.

Strafen bei Gesetzesverstößen

Im hinteren Teil des Gesetzbuches (Kapitel X), werden mögliche Strafen angeführt, mit welchen Reporter oder Buchautoren und andere involvierte Personen bei Nichtbeachtung des Gesetzes zu rechnen hatten. Gewichtet wird dabei nach leichten, schweren und sehr schweren Verstößen:

Artikel 67 nennt als *sehr schwere Verstöße* solche Handlungen die a) „schwerwiegend und deutlich“ den in der Ley Fraga erwähnten Freiheiten und Einschränkungen aus Artikel 2 entgegenstehen; b) Fälle, in denen ausländische Druckerzeugnisse verbreitet oder reproduziert wurden, die nicht die benötigten Voraussetzungen erfüllten und c) Veröffentlichungen von Materialien welche nach der Ley de los Secretos Oficiales einen Geheimhaltungsstatus hatten.

Artikel 68 nennt als *schweren Verstoß* a) das Nichteinbringen der Consignas de Prensa oder sonstiger Zuschriften oder Berichtigungen seitens der Behörde; b) die dem Autor oder Herausgeber unterstellte absichtliche Unruhestiftung in oder Meinungsbeeinflussung der Bevölkerung. *Leichte Verstöße* waren sämtliche Gesetzesbrüche, die nicht in den davor erwähnten schweren oder sehr schweren Verstößen enthalten waren.

Bei den Strafen wird zudem unterschieden zwischen Verantwortlichkeiten von Autoren eines Artikels bzw. Buches oder Direktoren und des Druckunternehmers oder Unternehmens. Die Strafen teilen sich danach folgendermaßen auf:

Verantwortlichkeit	Leichte Strafe	Schwere Strafe	Sehr schwere Strafe
Autoren/Direktoren	<i>Berufsverbot:</i> bis zu 15 Tage <i>Geldstrafe:</i> 1.000 bis 25.000 Peseten	<i>Berufsverbot:</i> 15 bis 30 Tage <i>Geldstrafe:</i> 25.000 bzw. 50.000 Peseten	<i>Berufsverbot:</i> ein bis 6 Monate <i>Geldstrafe:</i> 50.000 bis 250.000 Peseten
Unternehme/n/r	<i>Geldstrafe:</i> 1.000 bis 50.000 Peseten	<i>Geldstrafe:</i> 50.000 bis 100.000 Peseten	<i>Erscheinungsverbot:</i> bei Tageszeitungen bis zu zwei Monaten; bis zu vier Monaten bei Wochenzeitungen; bis zu sechs Monaten bei anderen Periodika. Zudem mögliches <i>Verbot der Tätigkeit</i> als Buchverlag bis zu drei Monaten <i>Geldstrafe:</i> 100.000 bis 500.000 Peseten.

Abbildung 2: Strafausmaß nach der Ley Fraga

Geldstrafen können zusammen mit anderen Maßnahmen verhängt werden. Personen die dreimal oder öfter wegen eines benannten Pressegesetzverstöße verurteilt wurden, können danach die Funktion als Zeitungsdirektor nicht mehr ausüben.

Dietrich Batz (vgl. Batz 1973: 111) berichtet von Strafen die eine Nichtbeachtung der Prinzipien und eine Verurteilung mit sich zogen, diese bedeuteten bis zu 6 Monaten Gefängnis. Bei besonders schweren Fällen hätte die Spannweite von 6 Monaten bis zu 6 Jahren gereicht, inklusive einer Geldstrafe von 10.000 bis 100.000 Peseten.

Neuerungen bei den Nachrichtenagenturen

Neben den angeführten Themen behandelte die Ley Fraga auch die Nachrichtenagenturen. Nach dem neuen Erlass im März 1966 werden vier Arten von Agenturen unterschieden:

- Agenturen, die Informationen aus Spanien und unter Umständen aus dem Ausland, welche das Allgemeininteresse treffen, weiterleiten; und zudem eigene Fernschreiber besaßen
- Bildagenturen, welche über Fernschreiber allein graphische Elemente weitergaben und über ein eigenes Korrespondentennetz verfügten.
- Nebenagenturen, welche über keine modernen Geräte verfügten und weniger gegenwartsnahe Nachrichten oder Bilder zusendeten.
- Gemischte Agenturen, welche aktuelle und ältere Informationen weitergaben.

Die Agentur EFE erhielt durch die Ley Fraga das offizielle Monopol auf die Vermittlung ausländischer Nachrichten. Auch wenn es im Artikel 49 zuerst heißt, die Verbreitung von Auslandsinformationen wäre nicht exklusiv, wird die Bevorzugung der Agentur durch einen späteren Erlass im September 1966 verdeutlicht. Begründet wird das Vorgehen mit der Anteilsaufteilung der Agentur, und die daraus resultierende Möglichkeit objektiver Berichterstattung auf globaler Ebene. Dadurch sichert sich das Regime den ersten Blick und die genaue Überprüfung der Nachrichten, bevor sie an die Journalisten im In- und Ausland weitergegeben werden. Der Staat sichert sich so weiterhin die Kontrolle des Informationsflusses. (vgl. Lorenzen 1978: 162 – 168)

Die Stellung der spanischen Nachrichtenagenturen wurde von einigen befragten Journalisten kritisch gesehen. So verstanden viele die Agentur EFE als Agentur in welcher die Angestellten „Informationen für Erwachsene [hatten] und später Kinderinformationen weitergaben.“⁵¹ merkt Miguel Aguilar (2010) an.

Andres Berlanga (2010) sieht die Agentur als „agencia de la dictadura“, als Sprachrohr und verlängerter Arm des Regimes. Die Journalisten in der Agentur EFE wären im Gegensatz zum Rest der Bevölkerung sicher sehr gut über die Zustände des Staates

⁵¹ „tenían información de adultos y luego daban información de niños ”

informiert gewesen, sowie die meisten Berichtersteller Spaniens in jener Zeit. Der Journalist von damals “war nicht dumm, er war zensiert aber nicht dumm. Er wusste viel mehr aber er konnte es nicht erzählen.”⁵²

Auch die Agenturen selbst hatten mit Druck von oben zu kämpfen, besonders in Bezug auf die Ereignisse in Spanien. Der Journalist San Martin bestätigt das. Er war Anfang der 1970er bei der Agentur EFE für den internationalen Bereich, insbesondere für Südamerika beschäftigt. Auch wenn er seitens des spanischen Staates Druck und Kontrolle, sowie auch eine interne Zensur in Bezug auf seine Arbeit verspürte, sah er sich selbst doch freier als jene Journalisten, die über die spanische Innenpolitik berichteten. (vgl. San Martin 2010)

7.11.1 Der Verleger als Mittäter

*“Die Zensur hörte nicht auf zu existieren, aber sie ging von einigen anonymen Herren über zum eigenen Zeitungsherausgeber.”*⁵³(Santa Eulalia 2010)

Verleger fungierten oft als Schnittstelle zwischen Zensurbehörde und Autoren. Sie befanden sich in einem Spannungsverhältnis. Verleger wussten was von den Zensoren bemängelt wurde, hatten im Fall einer Bestrafung eine finanzielle BÜße auf sich zu nehmen und wollten zugleich möglichst viel von der Originalfassung und den zentralen Aussagen eines Werks erhalten wissen. Wie viel von seiner Originalität ein Text schließlich beibehalten durfte, hing von verschiedenen Faktoren ab: der politischen Ausrichtung der Verlage und Zeitungen, ihrer Beziehung zu den Zensurbehörden, dem persönlichen Einsatz des Verlegers und der Popularität des Autoren Einige Verleger sollen sicherheitshalber mehr als nötig gestrichen haben, um Probleme zu vermeiden, wohingegen andere jegliche Streichung ablehnten, da sie ihre Rolle nicht darin sahen möglicherweise Unerwünschtes zu entfernen. (vgl. Knetsch 1999: 28; Neuschäfer 1991: 47)

⁵² “no era tonto, era censurado pero no tonto, sabía mucho más pero no podía contarlo.”

⁵³ “la censura no dejaba de existir pero había pasado de unos señores anónimos al propio director del periódico.”

Dass die Zensoren nicht immer gleich streng vorgingen, hing auch mit bedeutenden Ereignissen zusammen, welche sich auf politischer Ebene vollzogen. So mancher Literaturverleger durchschaute diese Muster und wartete ab, bis sich die Wogen geglättet hatten um dann etwaige, gefährdete Bücher bei der Behörde einzureichen. (vgl. Knetsch 1999: 61f)

Die Verleger hatten durch die Ley Fraga mehr Verantwortung und so wurde das Herausgeben eines Blattes zu einem großen Risikogeschäft. (vgl. Batz 1973: 108) Das Gesetz führte also nicht nur zu einer verstärkten Selbstzensur sondern auch zu einer größeren Unberechenbarkeit des Zensorenvorgehens. (vgl. Neuschäfer 1991: 47)

FALLBEISPIELE

8.1 Der Fall Diario Madrid

El Diario Madrid

In der modernen Geschichte des spanischen Journalismus, gilt der Werdegang der Zeitung *Madrid* als einer der mystischsten. Ihre öffentlich bekanntesten Jahre waren von 1966 bis 1971. Das Blatt bereicherte durch sein Erscheinen die allgemeine Debatte in Spanien, welche eine neue Ära erahnen ließ. Sie weckte in vielen Menschen Hoffnungen auf Veränderungen und zeigte neue Wege auf. Es lag nicht an einer besonders große Reichweite oder Auflagenstärke, dass das Blatt den Zensoren ein Dorn im Auge. Die immer wieder kritischen Artikel schienen es das nationale Zusammenleben zu gefährden. (vgl. Alférez 1986: 96) Zugleich war die Zeitung auch ein Symbol für die fehlende Flexibilität des Regimes, welches *Madrid* schlussendlich aus vorgeblich administrativen Gründen schließen ließ.

Ende des spanischen Bürgerkriegs erhielt Juan Pujol Martínez die Leitung der *Heraldo de Madrid*, welche sich bald in die Zeitung *Madrid* wandelte. 1961 übernahm eine von einem Opus Dei Anhänger neu gegründete Finanzierungsgesellschaft (FACES – Fomento de Actividades Culturales, Económicas y Sociales) das Unternehmen. Allerdings schaffte es im Jahr 1966 dem Journalisten - und ebenfalls Opus Dei Anhänger - Calvo Serer genügend Geld zu beschaffen um es für Diario Madrid auszulegen und mit seiner 2/3-Teilhabe den dahinter stehenden Banken den Einfluss auf das Blatt zu nehmen. (vgl. Alférez 1986: 98; Lorenzen 1978: 90) Zusammen mit Antonio Fontán als zweiten Direktor, suchten sie sich den Journalisten Miguel Ángel Gozalo als Stellvertreter, und dieser brachte mit sich „eine große informative Dynamik und eine bestimmte Dosis an Ausgeglichenheit und Mäßigkeit, in eine Redaktion die zu einem lebenden Rhythmus arbeitete.“ (Alférez 1986: 98) Auch die ebenfalls interviewten Journalisten Miguel Ángel Aguilar und Fernando González Urbaneja kamen später hinzu.

Als Calvo Serer 1966 das Blatt übernahm, belief sich die verbreitete Stückzahl auf 63.000. Nach einem leichten Anstieg war der Höhepunkt im Jahr 1969 mit 65.000 Stück. Ob durch die Geldstrafen und dem daraus resultierenden geringeren Budget oder aus anderen Gründen, im letzten Jahr des Bestandes der Zeitung lag die verbreitete Stückzahl nur noch bei 47.000. Andere, größere, Zeitungen kamen im selben Jahr 1971 auf 199.000 (ABC) oder 142.000 (Ya). (vgl. Alférez 1986: 263-266)

Die Tatsache, dass beide Zeitungsdirektoren Anhänger des Opus Dei waren, deutet darauf hin, dass die Zeitung nicht als wirklich reines Oppositionsblatt bezeichnet werden kann. Angeblich war es nie das Ziel Antonio Fontáns gewesen, die Regierung Francos zu stürzen. (vgl. Carandell in MADRID 2001: 173)

Besonderheiten der Zeitung

„Das Leben des Diario Madrid war zwischen 1966 und 1971 gekennzeichnet durch eine fast permanente Unruhe, aufgrund der Konflikte bestimmter Wesensart, in die es sich eingetaucht sah.“⁵⁴ (Barrera In MADRID 2001: 83)

Das Blatt war bekannt für seine Kritik an der Regierung, besonders im Bezug auf die Universitätspolitik und die Arbeiteraufstände. Madrid hatte zu allem eine Meinung, zu dem andere Zeitungen schwiegen. Das habe zu dem Erfolg beigetragen. (vgl. Gozalo 2010) Stilmittel dazu waren unter anderem die gewählte Stelle eines Artikels auf einer bestimmten, aussagekräftigen, Seite, wie beispielsweise die Veröffentlichung einer losen Seite einer Siegesparade in der Mitte der Zeitung. Besonders die Seite 3 war Markenzeichen des Blattes. Dort veröffentlichten regelmäßig Journalisten von Diario Madrid und Personen mit Pseudonymen ihre Meinungen zu aktuellen Themen – Meinungen, für welche die Zeitung oft in Bedrängnis kam.

Zu der Besonderheit des Blattes gehörte, dass es keine Genreabgrenzungen gab und so gut wie alles Geschriebene in seiner Zweideutigkeit beabsichtigt war. So hatte der Sportredakteur „Cuco“ Cerecedo einmal die Worte „Franco, wie immer autoritär

⁵⁴ „La vida del diario „Madrid“ entre 1966 y 1971 estuvo caracterizado por un casi permanente estado de agitación debido a lo conflictos de distinta índole en que se vio inmerso.“

gewesen“, um sich dabei auf einen gleichnamigen Schiedsrichter beim Fußball zu beziehen. (Alferez 1986: 99)

Beanstandete Artikel und Ende des Diario Madrid

Zwischen Jänner 1967 und November 1971 wurden 20 Artikel des Blattes beanstandet. Einige davon schlugen größere Wellen, andere wurden beanstandet, obwohl es dem Staat um andere Artikel zu gehen schien.

Ein bedeutender war der von Calvo Serer am 30. Mai 1968 verfasste Artikel „Retirarse a tiempo: No al general De Gaulle“ („Sich zur rechten Zeit zurückziehen: Nein zum General de Gaulle“). Er bezog sich auf den in Frankreich tätigen Machthaber, und die öffentlichen Spannungen in Frankreich und stellte die Frage, welche Art von Staatsführung im Angesicht der sich verändernden Gesellschaft vonnöten wäre.⁵⁵ Die zweideutigen Worte reichten um das Blatt in Bedrängnis zu bringen. Miguel Gozalo (2010) war zu jener Zeit stellvertretender Direktor des Blattes und erinnert sich daran, als Calvo Serer mit dem Artikel über die Ereignisse in Frankreich an sie herantrat: „[Der Leitartikel] hieß „Sich zur rechten Zeit zurückziehen. Nein zu General de Gaulle.“[...] Ich stand der Zeitung vor, weil der Direktor auf Urlaub war und man gab mir und einem ausgezeichneten Mitstreiter, er hieß Mandele Miguel [...], den Artikel und wollte, dass wir ihn wirklich abdruckten. Wir sahen ihn und sagten: „*Mensch,*

⁵⁵ Auszüge aus dem Artikel von Rafael Calvo Serer (Madrid 30.Mai 1968: 3) im übersetzten Wortlaut: „Ob wir an den Anfängen einer neuen französischen Revolution sind oder nicht, wird die Zeit entscheiden. Es steht jedenfalls fest, dass eine persönliche und autoritäre Regierung mit den Strukturen einer Industriegesellschaft und der demokratischen Mentalität im Zusammenhang mit einer freien Welt nicht vereinbar ist. (...) (De Gaulle) regierte ohne Rücksicht auf die Meinung und den Ratschlag sämtlicher Politiker und sogar gegen sie. Er verachtete die Parteien, Gewerkschaften und die Presse. (...)Aber kann der alte General sein Amt weiter führen, wenn er schon nicht mehr in der Lage ist zuzuhören oder etwas richtig zu stellen? (...) Spanien hat in Bezug auf die sozialen und politischen Umstände mit dem Nachbarland Ähnlichkeiten aufzuweisen. Wenn für Frankreich das Nachfolgeproblem de Gaulles besteht (...), besteht es mit bestimmten Charakterzügen auch in Spanien.(...) Während die Bewegung der Studenten und Arbeiter wegen der mangelnden Beteiligung der Regierten in wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gebieten dem persönlichen Regime de Gaulles mit radikaler Opposition begegnen, haben wir Spanier die volle demokratische Mitbestimmung noch nicht erreicht, obwohl nach den Gesetzen die totalitäre und die autoritäre Zeit des Regimes beendet sind.“

warum lassen wir nicht den General de Gaulle weg: „Sich zur rechten Zeit zurückziehen, Nein zum General“.“ Es war ein Witz gegenüber General Franco.“⁵⁶

Die Ley Fraga erforderte, dass die ersten Druckexemplare dem Ministerium per Boten zugeschickt werden mussten, woraufhin zwanzig Minuten auf eine Freigabe gewartet werden musste, was aber selten so geschah. Miguel Gozalo und Calvo Serer wurden nach Erscheinen des Artikels angeklagt: „[...] wir mussten uns auf die Anklagebank setzen, wie gewöhnliche Kriminelle. Calvo Serer als Autor des Artikels und ich aufgrund Nichtbeachtung der Ley Fraga. Natürlich stand ich in diesem Gerichtsverfahren als Zeuge für die gesamte Herausgeberschaft Madrids, die zu dem Gedanken standen, [...]dass es normal war, dass der Herausgeber nicht neben der Rotationsmansche stehen musste, mit einer Uhr in der Hand zählend, wie viele Minuten vergangen waren. Aber Pflicht war es, die Rotationsmaschine zu stoppen, bis wir den Auftrag erhielten und wir gaben den Auftrag [Anm.: zur Begutachtung der Zeitung] wie es jeden Tag gemacht wurde, es war gesunder Menschenverstand. [...] Und klar, als sie kamen um das Blatt zu beschlagnahmen, war schon die gesamte Ausgabe verteilt. Und so sagte ich ihnen, dass auch ich jeden Tag viele Berichte verlangte und ich nicht kontrollierte, ob die Sekretärin eine Briefmarke darauf gab, ich vermutete, dass die Schreiben erledigt wurden.“⁵⁷ (Gozalo 2010)

Für beide lag die Strafe zuerst bei vier Monaten Gefängnis, aber mit der Zeit wurde dies fallen gelassen und es passierte ihnen erstmals nichts. Die Zeitung wurde zuerst unter Bezugnahme auf andere, bereits im Februar erschienene angeblich verfehlte Artikel mit einem zweimonatigen Druckverbot belegt⁵⁸, welches am 26. Juni, diesmal in Bezug zu dem von Calvo Serer geschriebenen Artikel, um weitere zwei Monate verlängert wurde.

⁵⁶ “yo estaba en frente del periódico, porque el director estaba de vacaciones y se me paso el artículo, a mi y aun un colaborador muy destacado que se llamaba Mandele Miguel [...]. Pues nos enseñó el artículo y quería que lo publicáramos en real. Y lo vimos y dijimos; Hombre, porque no le quitamos El general de Gaulle retirarse a tiempo, no al general. Era una broma, al general de Franco”

⁵⁷ “Pero tuvimos que ir a sentarnos en el banquillo acusados como unos delincuentes comunes, a Calvo Sever por ser el autor del artículo y yo por no haber respetado la ley de prensa, Naturalmente yo en ese juicio lleve el testimonio de todos los directores de la prensa de Madrid que colaboraron la idea [...] era normal que el director no tenía que estar al pie de la rotativa con un reloj contando cuantos minutos iban. Pero la obligación era esa parar la rotativa hasta que recibiéramos la orden y nosotros daríamos la orden como se hacía todos los días, era de sentido común. [...] claro cuando vinieron a secuestrar el periódico ya estaba todo la edición distribuida y entonces les dije que yo también mandaba muchas cartas todos los días y no comprobaba que la secretaria les pusiera un sello, suponía que las cartas se echaban.”

⁵⁸ Ein rechtmäßiger Beschluss hätte in so kurzer Zeit nicht stattfinden können, daher die zeitliche Verzögerung und das schwebende Verfahren.

Es fehlte an Geldeinnahmen und so lebten die Journalisten „von Reserven, von den Aktionären die einen Kraftaufwand betrieben, [...] sie quetschten das Geld aus Steinen heraus, ich weiß nicht wie sie es schafften die Gehaltsausgaben aufrechtzuerhalten. Ich glaube es halfen uns auch viele Menschen.“⁵⁹(Gozalo 2010)

Um den finanziellen Ruin zu vereiteln beteiligten sich Leser des *Diario Madrid* und andere Personen an fiktiven – schließlich erschien das Blatt ja nicht – Abonnements und einige Zeitungen übernahmen Angestellte für die Übergangszeit.

In den Monaten darauf hielt sich *Madrid* mit seinen Aussagen zuerst zurück, wurde dann jedoch wieder offensichtlich kritischer. Es kreidete unter anderem in einer Ausgabe die internen Spannungen der Zeitungsaktionäre, welche zum Teil versuchten die früheren Zustände der Blattausrichtung wieder herzustellen, wie auch die Verstrickungen des Herausbergremiums mit der Politik an. Schlussendlich nahm das Regime angebliche Fremdfinanzierungen zum Anlass um die Kontrolle über die Vorgänge zu übernehmen und das Blatt am 25. November 1971 - trotz Proteste ausländischer und auch inländischer Medien - aus dem Registro oficial zu nehmen. Rafael Calvo Serer wurde in Abwesenheit⁶⁰ wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Verleumdung aufgrund anderer Artikel (u.a. das für *Le Monde* geschriebene Kommentar „Moi aussi, j'accuse“) angeklagt, was im Fall einer Verurteilung bis zu 12 Jahren Haft bedeutet hätte. (vgl. Alférez 1986: 99f; Von Beyme 1971: 115, Lorenzen 1978: 95-99)

Miguel Gozalo wurde kurz nach dem Ende von *Madrid* von der Zeitung ABC angeworben und ging später für einige Zeit ins Ausland. (vgl. Gozalo 2010)

Als das Blatt vom Staat den endgültigen Schließungsbescheid bekam, war der Journalist Miguel Aguilar gerade für *Madrid* als Korrespondent in London. Er erinnert sich an die Konsequenzen, die sich aus der Causa für die spanische Presse ergaben: „Was produziert so etwas? Es produziert Panik. Wo produziert es Panik? In

⁵⁹ “de las reservas, de los accionistas que hicieron un esfuerzo, digamos que los accionistas que eran una sociedad anónima, pues allí buscaron, sacaron dinero de las piedras, no sé como hicieron para mantener la nomina. Después creo que nos ayudo mucha gente.”

⁶⁰ Er war noch im selben Monat November 1971 nach Frankreich exiliert und schrieb von dort aus für *Le Monde* unter anderem kritische Artikel zu Spanien, für die er von der spanischen Regierung angeklagt wurde. Calvo Serer kehrte im Juni 1976 nach Spanien zurück. (vgl. Bernecker 1997: 1176f)

den anderen Zeitungen. [...] Es produziert eine Welle von Panik und Unterwerfung.” (Aguilar 2010) Die anderen Blätter wussten nun, wohin es führen konnte, sich mit dem Regime offen anzulegen.

Trotz zahlreicher Probleme, hatte sich *Madrid* jedoch recht lange gehalten. Wenn die Zeitung „trotz der Verbote und schwerer Geldbußen, die ihr auferlegt wurden, bis Ende 1971 erscheinen konnte, so hatte sie dies vor allem den Mäzenen aus den Reihen der Kongregation zu verdanken. Erst nachdem diese die Protektion der Zeitung im allgemeinen Klima der politischen Restriktionen aufgaben, war es der Regierung leicht, einen Vorwand für die Einstellung des unbequemen Organs zu finden.“ (Lorenzen 1978: 89)

Mit dem Abgang der Zeitung, verlor sich auch die Stimme einer gemäßigten, fast gutbürgerlichen aber demokratischen Opposition und es verschwand das Bild einer außergewöhnlichen Gruppe von Schreibern, welche ihre Hoffnungen und Sehnsüchte an ihre Leser weitergaben. (vgl. Alférez 1986: 96)

Bei der folgenden Darstellung der Opposition in den Medien, wird unter anderem auf die Arbeit des *Diario Madrid* eingegangen.

8.2 Die Darstellung der Opposition in den Medien

8.2.1 Die Arbeiteraufstände in den Medien

Im Jahr 1967 gab es in Spanien 402 Streiks, rund 273.000 Arbeiter beteiligten sich, 1968 waren es 236 Streiks mit mehr als einer Million Streikenden und 1969 gab es 459 Arbeitsniederlegungen mit rund 175.000 Beteiligten. (vgl. Payne 2000: 555)

In den Medien wurde selten über die Aufstände der Arbeiter gesprochen, vielmehr erwähnt wurde dahingehend, wenn diese wieder zu Ende waren. Aguilar meinte dazu: „Die Agentur EFE publizierte zum Beispiel eine Aussendung: „Die Minenarbeiter in Asturien kehren in die Arbeit zurück“. Und ich als Journalist sagte: *Wann hatten sie aufgehört zu arbeiten?* [...] Oder „Ruhe kehrt zurück in die Orte und Provinzen von Nordafrika“⁶¹ Und ich sage: *Wann gab es Unruhen? Gab es denn dort Vorfälle? Aus was haben diese bestanden?* Über das hatten sie uns nicht informiert, sie sagten „*die Ruhe kehrte zurück, sie kehrten an die Arbeit zurück*“, solche Sachen.“⁶² (Aguilar 2010)

Einer der ersten Artikel, der die Zeitung *Madrid* in Bedrängnis brachte, befasste sich mit den Aufständen der Opposition. Der anonyme Kommentar „La protesta no es siempre moralmente condenable“ (Protest ist nicht immer verwerflich) vom 30. Jänner 1967 greift eine Auseinandersetzung von Studenten und Polizei auf der Rechtswissenschaftsfakultät in Madrid auf und erinnert die Leser daran, dass es 30 Jahre davor - also zu Beginn des spanischen Bürgerkrieges - ebenfalls Unruhen auf den Universitäten gab. Der Kommentator weist die Zeitungen, welche damals und 1967 von der Verwerflichkeit solcher Ereignisse schrieben, daraufhin, dass sie im Unrecht seien. Er verlangt von den Machthabern, mit den Protestierenden Einsicht und Verständnis zu haben. Schließlich sei Protest in Angesicht von Unterdrückung gerechtfertigt, wie es doch alle wüssten, die das Jahr 1936 erlebt hätten. General Franco wird gebeten mit den

⁶¹ Anmerkung: Die Teile Nordafrikas die zu Spanien gehören.

⁶² “Por ejemplo se publicaba una noticia, “Vuelven al trabajo los mineros de Asturias” declaraba la agencia EFE. Y yo como periodista decía, ¿cuando dejaron de ir al trabajo? O sea la noticia de la huelga no se había dado, se daba la noticia de que vuelven al trabajo, que interesante, pero digan, se habían ausentado del trabajo y yo lo sabía, nunca se dio esa noticia, por ejemplo “Vuelve la tranquilidad a las plazas y provincias del norte de África” o sea Ceuta y Melilla. Y diga ¿cuando hubo intranquilidad? ¿es que ha habido incidentes? ¿En que ha consistido? de eso no nos habían informado, decían vuelve la tranquilidad, vuelven al trabajo, de este tipo de cosas.”

Arbeitern und Studenten in Dialog zu treten, besser früher als später, um Schlimmeres zu verhindern. Die Proteste zu erlauben und nicht zu verwerfen, das läge schließlich in der Verantwortung aller. Gleich unter diesem Kommentar befindet sich auf derselben Seite eine Information der Regierung, mit der Schlagzeile, es gäbe eine Lösung für die Entlassungen der Minenarbeiter – mit dem Nachsatz, jegliche illegale Aktivität würde diese Anstrengung zunichtemachen. (vgl. MADRID 2001: 86)

Die Regierung ging demnach auf die Arbeiter versuchsweise beschwichtigend ein, und ließ im selben Atemzug gegen die Zeitung ein Verfahren einleiten.

Andres Berlanga beschreibt die Art, wie die Regierung auch unter der Ley Fraga mit bedeutenden Feiertagen, beispielsweise mit den, auch für Spanien üblichen, 1.Mai Demonstrationen umging. Um nicht allzu viele Arbeiter auf den Straßen zu haben, ließ das Regime im Fernsehen eine durchgehende Wiederaustrahlung von Fußballspielen oder Stierkämpfen bringen. „Wenn der Aufruf zum Demonstrieren gegen die Regierung oder für die Freiheit um sieben Uhr abends war, strahlten sie einen Kampf um fünf Uhr aus [...] und einen anderen um neun, ja? Ich erinnere mich an eine Ironie die wir benutzten, war zu fragen *warum am 1.Mai?*, so als wären wir dumm *ich verstehe nicht warum am 1.Mai der noch dazu ein Dienstag und nicht ein Sonntag, der Feiertag ist, es gibt so viele Feierlichkeiten, so viele Stierkämpfe!* und die Regierung konnte dir nichts sagen.“⁶³ (Berlanga 2010)

Das Nicht-Erwähnen der Aufstände in der Presse hatte für das Regime viele Vorteile: so wurde der Bevölkerung das Gefühl vermittelt es gäbe keine Unruhen und daher keine Unzufriedenheit im Land und so wurde das Übergreifen der Ereignisse auf andere Provinzen sogleich verhindert. Ein fehlendes Gemeinschaftsgefühl angesichts der Herrschenden und eine mangelnde Kommunikation innerhalb der Gewerkschaften erschwerte ein größeres Aufbegehren.

⁶³ “si la convocatoria para manifestarse contra el gobierno o a favor de la libertad era a las 7 de la tarde transmitían una corrida a las 5, otra a las 9 y otra a las 9 no? Yo recuerdo que una ironía que utilizábamos era preguntarte porqué el 01 de Mayo, como si fueras tonto, no entiendo porqué el 01 de Mayo que es además un Martes, no un Domingo que es festivo, hay tantos festivos, tantas corridas de toro, y el Gobierno no te podía decir nada.”

8.2.2 Die Darstellung der Studentenbewegung in den Medien

Der Journalist Urbaneja (vgl. 2010) war Ende der 1960er selbst noch Student an der Universität Madrid. Er erwähnt die andauernde Polizeipräsenz vor den Gebäuden und in Bezug auf die Medien, das Misstrauen der Studierenden gegenüber manchen Zeitungsblättern. Als Oppositionsblätter seien von ihnen *Informaciones* und *Diario Madrid* angesehen gewesen, im Gegensatz zu Zeitungen wie *ABC* und *YA*.

Andres Berlanga berichtete bis 1973 neben den Kulturnachrichten über die Studentenunruhen für das Blatt *YA*. Er habe Teile seiner Arbeitstage damit verbracht an der Madrider Universität die Ereignisse zu beobachten und sich durch Informanten auf vergangene und kommende Proteste, Reden und Verhaftungen hinweisen zu lassen. Auch wenn es meist nicht mehr als zehn Zeilen gewesen seien, welche gedruckt wurden, die Veröffentlichung von Tatsachen, wie der Verhaftung von Studenten, hätten die Behörden zumindest nicht unterbinden können. Über Hintergründe der Ereignisse konnte nicht geschrieben werden. Warum die Studenten Demonstrationen veranstalteten wurde nicht erwähnt. Vielmehr wurden Erfolge der Polizei veröffentlicht und bei Festnahmen einer hohen Anzahl von Personen beispielsweise erzählt, diese hätten im Hörsaal einem bestimmten Sänger zugehört und die Polizei hätte einschreiten müssen. Auch das Regime habe Interesse daran gehabt, einen Eindruck von Demokratie zu vermitteln und dafür seien regelmäßige kleine Berichte über Unruhen durchaus erwünscht gewesen. Zuviel schreiben hätte man nicht dürfen, um die Spanier nicht zu alarmieren und um keine weiteren Reaktionen hervorzurufen. Um über Studentenaufstände zu schreiben, habe man auch die bereits erwähnte Umgehung in Form der „Auslands“-Variante hergenommen: „[...] öffentliche Demonstrationen waren verboten, also wenn es hier Studentenaufstände gab über die nicht berichtet werden durfte, dann berichtetest du eben über Demonstrationen in Japan oder Australien, weil der Leser wusste, dass das, was du indirekt erzähltest das war, was hier passierte.“⁶⁴ (Berlanga 2010) In den ausländischen Zeitungen wie *Le Monde* wurde dagegen detaillierter über die Aufstände berichtet und dies gelangte so wieder als Information nach Spanien. Berlanga bezeichnet dies als „retroalimentación“, eine

⁶⁴ “estaban prohibidas las manifestaciones públicas, pues cuando habían manifestaciones de estudiantes aquí que no podías publicar entonces publicabas sobre manifestaciones que habían habido en Japón o en Australia porque el lector sabía que lo que estabas contando indirectamente es que eso ocurría aquí.”

Rückernährung. Allein in den Wochenblättern, konnten profundere Nachrichten geliefert werden, da das Regime annahm, diese würden im Gegensatz zu den spanischen Tageszeitungen nur von wenigen Personen gelesen. (vgl. Ebda)

8.2.2.1 Der Fall Enrique Ruano

Der Madrider Jus-Student Enrique Ruano Casanova wurde in der Nacht zum 18. Jänner 1969 um halb elf Uhr nachts, zusammen mit seiner Freundin und zwei weiteren Personen, in einer Madrider Bar von der Polizei festgenommen und für ein Verhör eingesperrt. In den Zeitungsartikeln wurden alle mit vollem Namen und genauer Adressenangabe genannt. Dem Studenten wurden Unterstützung und Verbreitung von Propagandamaterial für die Gewerkschaften und Mitgliedschaft in einem kommunistischen Verein vorgeworfen. Auch soll während der folgenden Befragung an ihm Folter angewendet worden seien.

Laut Polizeiprotokoll, das durch die Generalsicherheitsdirektion an alle Zeitungen ausgesendet und von denen im Original gedruckt wurde, beging Enrique Ruano Selbstmord indem er aus einem Fenster im 7. Stock sprang als sich gerade niemand im Zimmer befand. (vgl. Marfull 2009; ABC 21.1.1969: 13; Diario Madrid 21.01.1969: 5)

Seinem Tode voraus waren Aufstände von Studenten in mehreren Teilen Spaniens gegangen. So waren am 17. Jänner 1969 Studenten der Universität Barcelona ins Rektorat vorgedrungen und hatten dort die spanische Nationalflagge gegen eine rote ausgetauscht, was zur Konsequenz hatte, dass sämtliche Fakultäten der dortigen Universität geschlossen wurden. Die von der Polizei verbreitete Selbstmordversion Ruanos akzeptierten seine Kommilitonen nicht. Nachdem sich durch den Tod die Studentenunruhen vermehrten, ließ Franco am 24. Jänner den Ausnahmezustand über ganz Spanien ausrufen. Fast drei Monate lang wurden daraufhin Andersdenkende – Akademiker, Priester, Arbeiter - verhaftet, eingesperrt und deportiert. (vgl. Terrón-Montero 1981: 209)

Der Umgang der Presse mit dem Fall Ruano

Der Tod Enrique Ruanos wurde in den Medien als Selbstmord dargestellt. Das Blatt ABC veröffentlichte am 22. Jänner 1969 Tagebucheinträge des 21-jährigen, in denen seine Depressionen als Ursache für seinen Freitod galten. Der Meinungsartikel eines nicht namentlich genannten Redakteurs, der neben den vorgeblichen Tagebuchauszügen abgedruckt wurde, trägt den Titel: „Opfer, aber von wem?“ (ABC 22.1.1969: 16). In den Tagebuchauszügen im Artikel daneben ist von Erinnerungslücken, Angstzuständen, Zukunftssorgen und Hoffnung auf Erlösung durch Selbstmord zu lesen. Sehr oft werden auch ein namentlich genannter Freund (Javier) und Probleme mit ihm und anderen Personen erwähnt.

Die Tatsache, dass ABC derart vorging, war insofern bedeutend, als das Blatt als eines der einflussreichsten der spanischen Presse galt, das durch seriöse Berichterstattung von sich reden machte. Allerdings wandte es sich im Allgemeinen vorwiegend an die Oberschicht und blendete Arbeiterkonflikte aus. (vgl. Lorenzen 1978: 157)

Die meisten der befragten Journalisten konnten sich gut an den Fall erinnern. Der Journalist Andres Berlanga, setzte sich intensiv mit den Studentenunruhen auseinander und behauptet mit dem oben genannten Freund persönlich bekannt zu sein. Seiner Aussage nach, sei der Student Ruano nie Teil einer politischen Bewegung gewesen und seine Festnahme nur als Abschreckung anderer geschehen. Berlanga sieht die Polizei und die Justiz von damals als einen zusammenhängenden Körper. Der Journalist wirft dem Politiker Fraga vor, als treibende Kraft das Bild des Studenten beschmutzt und dafür die Tagebuchseiten an die Zeitung ABC weitergeleitet zu haben. Diese habe sich gezielt bestimmte Stellen aus dem Tagebuch herausgesucht, welche demokratisch oder dem Regime gegenüber kritisch aussahen. Dadurch sollte trotz Mangel an handfesten Beweisen gerechtfertigt werden, dass es sich hierbei um einen psychisch instabilen Menschen gehandelt habe und daher die Polizei und das Regime nicht für seinen Tod verantwortlich seien. Die spanische Presse habe in dieser Hinsicht geschwiegen, dabei seien die wahren Umstände klar ersichtlich gewesen: „Sie verpassten ihm eine Tracht Prügel die ihm nicht gut bekam und warfen ihn aus dem Fenster“⁶⁵ (Berlanga 2010).

⁶⁵ „Le dieron una paliza que quedó muy mala y le tiraron por la ventana.“

Der Journalist Luis Maria Anson, der nach 1971 selbst in ABC tätig war und es in den 1980ern sogar leitete, sieht die Rolle der Zeitung in Zusammenhang mit dem Tod Ruanos sehr kritisch. Denn „anstelle eines Studenten den sie auf eine schlimme Art umgebracht hatten, erschien ein Student der psychische Probleme hatte und sich umbrachte“⁶⁶ Allerdings ist auch er nicht ganz von der Todesursache überzeugt, denn er sagt in Bezug auf Ruano: „Es scheint mir als hätten sie ihn umgebracht“⁶⁷. Er ist also vorsichtig mit seiner Aussage, will das Geschehene nicht zu sehr attackieren, meint jedoch im selben Atemzug: „Ich erinnere mich sehr gut daran, es war sehr bedauerenswert.“⁶⁸ Er versucht auch gleich das System dahinter zu erklären, das er mit dem von Hitler oder Stalin vergleicht, in denen es nicht so sehr darum gegangen sei nur zu schweigen, sondern das Gegenteil der Wahrheit zu sagen. Der Fall Ruano sei ein klassischer Fall gewesen, bei dem das Regime sicher auch auf die Berichterstattung im Ausland reagieren und eine Erklärung abliefern hätte müssen. Schweigen wäre keine Lösung gewesen und der Staat habe daher die Medien zum Lügen gezwungen.

Miguel Ángel Aguilar (2010) erinnert sich, ein Jahr nach dem Todesfall von Enrique Ruanos Mutter in der Redaktion des Diario Madrid Besuch bekommen zu haben. Sie wollte für ihren Sohn zum Jahrestag eine Traueranzeige in einer Zeitung aufgeben, was ihr jedoch von sämtlichen Blättern verwehrt wurde: „Nicht, dass sie ein feierliches Treffen im Colegio Pilar, wo er studiert hatte, abhalten wollte [...] alle Zeitungen, die ABC, Ya, Arriba, hatten ihr eine Veröffentlichung der Todesanzeige verweigert und diese Todesanzeige wurde im Diario Madrid veröffentlicht, sie wurde von mir veröffentlicht.“⁶⁹ Nach Anfragen bei den übrigen Blättern, gab ihr erst das Diario Madrid die Möglichkeit eine Anzeige zu veröffentlichen.⁷⁰

⁶⁶ „en lugar de un estudiante al que habían asesinado de mala manera, apareció un estudiante que tenía unos problemas psicologicos y que se suicidó.”

⁶⁷ „me parece que lo suicidaron“

⁶⁸ „Me acuerdo muy bien de aquello, fue muy lamentable“

⁶⁹ „no que se iba a celebrar un meeting en el colegio del Pilar que es donde había estudiado. [...] todos los periódicos, el Abc, el Ya, el Arriba, le habían negado la publicación de la esquela y esta esquela se publicó en el Diario Madrid, se la publiqué yo.”

⁷⁰ Die Anzeige wurde von Diario Madrid am 19.1.1970 auf der Seite 14 veröffentlicht.

Ansichten und Meinungen

9.1 Folgen der Zensur

*„Cuando no hay libertades, en realidad no hay prensa, no hay propaganda, hay unas publicaciones que no merecen el nombre de prensa, se imprimen pero nada mas, no, sin libertad no hay medios de comunicación que merezcan llamarse medios de comunicación, son medios de intoxicación.“*⁷¹ (Aguilar 2010)

In den ersten neun Monaten nach Implementierung des neuen Gesetzes wurde gegen 29 Zeitungen Untersuchungen nach Verstoß gegen Artikel 2 der Ley Fraga eingeleitet, eine davon wurde sanktioniert. Im Jahr 1967 wurden 15 von 29 Zeitungen im Bezug auf jenen zweiten Artikel bestraft, 1968 waren es 31 von 88 und im Jahr darauf 6 von 30 gerichtlich untersuchten. (vgl. Terrón-Montero 1981: 206f) Dies deutet laut Terrón-Montero darauf hin, dass das Gesetz sich schon seit Beginn wie eine Anordnung gezeigt habe, welche sich hervorragend in ein Kontrollinstrument der Meinungsäußerung verwandeln habe lassen. (vgl. Ebda: 208)

Insgesamt wurden nach dem neuen Gesetz im Jahr 1966 in 24 von 101 vom Informationsministerium untersuchten Fällen Strafen auferlegt. Im Jahr 1967 galt dies in 73 von 166, im Jahr 1968 in 97 von 228, im Jahr 1969 in 24 von 127 und im Jahr 1970 in 51 von 108 gerichtlich eingeleiteten Untersuchungen. Noch bis nach dem Tode Francisco Francos 1975 wurden Zeitungsartikel aufgrund der Ley Fraga vom Ministerium gerichtlich verfolgt. (vgl. Chúlía 1997: 384)

Im Jahr 1966 seien es noch viel mehr moralische Gründe gewesen, die als Begründung für einen Schuldspruch bei Untersuchungen gegen angezeigte Zeitungsartikel

⁷¹ „Wenn es keine Freiheiten gibt, gibt es in Wirklichkeit keine Presse, gibt es keine Propaganda. Dann gibt es ein paar Publikationen die nicht den Begriff der Presse verdienen. Sie werden gedruckt, mehr aber nicht. Ohne Freiheit gibt es keine Kommunikationsmedien die es verdienen sich Kommunikationsmedien zu nennen, sie sind Vergiftungsmittel.“

angegeben wurden. Im Jahr darauf steigerten sich die Sanktionen aufgrund politischer Problemdarstellungen in den Zeitungen, wie etwa 1968 die Studentenunruhen oder die dargestellten Forderungen der Arbeiterschaft. (vgl. Terrón-Montero 1981: 209)

9.2 Meinungen zur Ley Fraga

Viele Menschen sahen in dem Gesetz keinen Fortschritt für eine geistige Öffnung, da sie es für einen Trick hielten um die Zensur noch wirkungsvoller in den Köpfen der Bürger zu verankern. Diese sollten ab dem Zeitpunkt die Toleranzgrenzen selbst erahnen. Concha Edo (1994: 6) spricht von den „grenzenlosen Grenzen“ des Gesetzes, das eine „ellenlange Liste an Sanktionen“ für diejenigen bereit hatte, die das neue Recht ausprobieren wollten, nicht schon vor der Publikation zensuriert zu werden.

Kritisiert wurde oftmals, dass es keine echten objektiven Kriterien für die Anwendung der Zensur gab. Vielmehr orientierten sich die Zensoren, wenn nicht ganzheitlich an den Pressegesetzen, an einem **Kanon**, der drei wesentliche Punkte innehatte. Die erste Frage forschte nach möglichen Verstößen gegen die guten Sitten, die Sexualmoral, die zweite nach Vorstößen gegen die katholische Kirche und die dritte nach Angriffen gegen die Grundsätze des Regimes, seiner Einrichtungen und seinen Mitarbeitern. Auch wurden immer wieder moralische oder religiöse Gründe vorgeschoben um etwas zu zensieren, obwohl es um politische ging. (vgl. Neuschäfer 1991: 43f) Dies ließ viel Platz für eine scheinbar willkürliche Arbeitsweise der Zensoren und verursachte eine gewisse Orientierungslosigkeit bei den bei der Zensurbehörde Einreichenden beziehungsweise eine sehr vorsichtige Arbeitsweise der Schreibenden auch nach der Implementierung des neuen Pressegesetzes.

Es gab mitunter Verständnis für die Situation der Zensoren, da auch diese dem Druck der Obrigkeit ausgesetzt gewesen seien. Manchmal jedoch hätten sie in ihrem Vorgehen übertrieben, was schließlich auch den Bürgern aufgefallen sei, und der allgemeine Wunsch nach der Abschaffung der Zensur sei gewachsen. Für die vollkommene Umsetzung des neuen Gesetzes sei eben auch Zeit für die gedankliche Umstellung nötig

gewesen, meint Mari Santa Eulalia. Es gab „einige Artikel die sich auf zwei Arten interpretieren lassen und derjenige der Angst hatte, der interpretierte es eben auf die härteste Art, die weniger offene, weil obwohl viele Menschen Öffnung wollten, wollten andere das nicht; so dass es zwei Kräfte gab und die wichtigste war die des Zensors, immer.“⁷² (Ebda)

Fraga soll zugegeben haben in einem Jahr 339 Verwaltungsmaßnahmen ergriffen zu haben. Selbst eng dem Regime verbundene Journalisten beklagten manchmal um einzelne Artikel handeln zu müssen. So wurde gegen den Reporter Camarero der Zeitung Pueblo ein Verfahren vor dem Kriegsgericht eingeleitet, da er eine Reportage über einen Regimegegner geschrieben hatte. (vgl. Von Beyme: 1971: 106) Die einzige Möglichkeit eine Demokratie einzuleiten, habe in der Änderung der Pressesituation und der Abschaffung der Zensur bestanden und Manuel Fraga sei sich dessen bewusst gewesen. Es habe sich ein sehr kämpferischer, effizienter Journalismus entwickelt und auch wenn das neue Gesetz im Vergleich zur Epoche nach der Diktatur unbedeutend scheinen möge, so habe es für die Berichterstatter von damals alles bedeutet. (vgl. Gozalo 2010)

Fernando Urbaneja (vgl.2010) sieht im Gesetz einen Fortschritt. Seiner Meinung nach habe das Regime das Ende der Franco-Ära erkannt und sich entschieden dementsprechend zu öffnen. Auch wenn eine gewisse Zensur weiter erhalten geblieben war, sei es doch ein Schritt nach vorne gewesen und die Zensur habe die Journalisten gefordert und dazu gebracht öfter bis an die Grenzen zu gehen und etwas zu riskieren, was im heutigen Spanien nicht mehr der Fall sei.

Enrique Meneses kritisiert das neue Gesetz sehr. Die Angst durch ein längeres Druckverbot wirtschaftliche Nachteile zu haben und die Leserschaft zu verlieren war groß:“Ich hatte eine Ausgabe die schon gedruckt war, und ich musste sie neu machen aufgrund des Artikels eines Herren der sehr gut geschrieben war, von einem Professor der Universität Madrid. Dieser war ein bisschen kritisch gegenüber dem Francoregime. Und gut, ich musste diese Reportage herausnehmen, ohne das konnte ich die Ausgabe

⁷² hay algunos artículos que se pueden interpretar de dos maneras y el que tenía miedo pues la interpretaba de la mas fuerte, la menos abierta porque aunque mucha gente quería apertura otros no la querían así que eran dos fuerzas y la fuerza mas importante era la del censor, siempre.”

nicht herausgeben. [...] Das ganze Geld das wir verloren haben! Die Deckblätter herausnehmen, ein neues Deckblatt hineingeben, das ganze [??] herausnehmen, wo sich der Artikel befand. Wir haben das Gesetz von Fraga ganz und gar nicht geschätzt. Wir hatten nicht damit gerechnet, dass es die Zensur ändern würde.“⁷³

Obwohl der Journalist Luis Anson mit der Zensurbehörde Probleme bekam, spricht er heute von der Ley Fraga dennoch sehr positiv. Wenngleich ein Gesetz der Diktatur, sei es doch ein positives Gesetz gewesen. Die neue Freiheit sei besonders in Wochenblättern, allerdings weniger in den Tageszeitungen spürbar gewesen. (vgl. Anson 2010)

Dieser Meinung ist auch der Journalist Andres Berlanga. Er glaubt, dass das Regime wohl der Meinung war, dass Wochenblätter von einem kleineren Publikum gelesen würden. Tageszeitungen seien bis zum Schluss einer genauen Beobachtung unterlegen und hätten sich zugleich einer Selbstzensur unterworfen. Allein das Wort „Diktatur“ hätte man in keinem damals publizierten Buch in Bezug auf Spanien finden können. „Die Ley Fraga ist in kurzen Worten eine Öffnung in dem Sinn, dass sie die Macht der Zensur auf den Zeitungsdirektor überträgt; und daher gibt es Zeitungen die juristische Abteilungen bilden müssen um zu sagen: „Du veröffentlichst das nicht, weil sie dich dafür verschleppen können, ins Gefängnis werfen oder gerichtlich belangen“, das heißt, die augenscheinliche Weiterentwicklung ist, dass sich durch eine gewisse Freiheit die Begrifflichkeiten ändern. Zum Beispiel änderte sich in der letzten Phase der Diktatur das, was Bücherzensur war, für Bücher jeglicher Art von Äußerung, damit die Zensur nicht zu hart wirkte, in „bibliographische Orientierung“. Das ist ein Euphemismus, es besagt, dass sie dich über das orientieren, was du veröffentlichen wirst. Das ist eine Lüge, sie werden dich hindern und eigentlich bis zum Jahr 78, 77.“⁷⁴ (Berlanga 2010)

⁷³ «Moi j'ai eu un numéro qui était déjà imprimé et il a fallu que je refasse l'édition à cause d'un article [...] d'un Monsieur qui était tout à fait bien, un professeur de l'Université de Madrid, qui était un peu critique avec le régime de Franco. Et bon, il a fallu que j'enlève ce reportage. Sans ça je ne pouvais pas sortir l'édition. [...] tout l'argent que nous avons perdu ! Enlever les couvertures, remettre une nouvelle couverture, enlever le [???] entier où se trouvait cet article. Nous n'avons pas du tout apprécié la loi Fraga. Nous n'avons pas considéré que ça changeait la censure.»

⁷⁴ «La ley de Fraga en cierto modo es un apertura en el sentido de que traslada el poder de censura al Director, y de hecho hay periódicos que tienen que crear gabinete jurídico para decirles: “no publiques esto porque te pueden secuestrar, meter en la cárcel o hacer un juicio”, es decir, la evolución aparente es de cierta libertad, se cambian denominaciones, por ejemplo, en la etapa final de la Dictadura lo que era censura de periódicos, de libros de cualquier tipo de manifestación para que no parezca tan duro lo de censura se convierte en “orientación bibliográfica” es un eufemismo, quiere decir, que te van a orientar sobre lo que vas a publicar. Eso era mentira, te van a prohibir y de hecho hasta en el año 78', 77'»

Im Endeffekt sei das System dasselbe geblieben, nur dass nun nicht mehr eine Behörde von außen, sondern jemand von innen den Reportern sagte, was nicht gedruckt werden durfte und besonders vorsichtige Herausgeber beanstandeten lieber gleich alles.

Die in Kapitel 9.1 angesprochene Problematik der wenig klar vorgegebenen Linien dazu was zu sagen erlaubt und was verboten war, sieht auch Andres Berlanga. Denn manchmal seien Sätze, für die jemand bestraft worden war, in anderen Artikeln zugelassen worden. In der Ley Fraga sieht er keine große Veränderung der Arbeitsumstände für Journalisten: „Die Ley Fraga bedeutet, dass wenn du mit einem eng geschnallten Gürtel lebst, sie ihn dir breiter, weiter lassen, also lebst du weiter mit der Kleidung der Diktatur, du hast schreckliche Angst, dass sie dir den Prozess machen.“⁷⁵ Dies erhöhte die Unsicherheit unter den Journalisten und sie wurden noch vorsichtiger.

Zur noch immer wahrgenommenen Zensur kamen die Verpflichtungen. Die angeordneten Berichte (*consignas de prensa*), welche von den Medien seitens des Staates zu bestimmten Anlässen abzdrukken waren, können ebenso als Einschränkung betrachtet werden, sagt Miguel Aguilar (vgl. 2010).

Gozalo Dueñas war einer derjenigen Autoren, die ihr Werk im Ausland drucken ließen, um so die persönliche, nicht zensierte Meinung von sich geben und verbreiten zu können. Er bezeichnet das Pressegesetz 1969, also drei Jahre nach der Implementierung, in einem kritischen Buch als wichtigsten Schritt seit den Erstentwicklungen 1958, meint aber, dass der Staat noch nicht zu einer ganzheitlichen Lösung gekommen sei. Seiner Ansicht nach war es zu einem Höhepunkt der Verständigung zwischen Administration und Journalisten gekommen und allein die nunmehrige Möglichkeit, auf diesen Dialog überhaupt hinzuweisen (die Zensur also nicht negieren zu müssen) war ein Fortschritt. (vgl. Dueñas 1969: 41) Er kritisiert an der Ley Fraga, dass noch immer zu viele Spanier von echter Information ausgeschlossen waren. Der Minderheit an Personen wirtschaftlicher Stärke und einer (miss)gebildeten Einstellung durch eine knapp 30-jährige Beeinflussung stand eine Mehrheit an Spaniern gegenüber, die durch eine komplette Abgrenzung von freier

⁷⁵ “Pero la ley de Fraga si significa que si vives con un cinturón muy apretado te lo dejan más ancho, más holgado, entonces sigues con el vestido de la Dictadura, tienes un miedo terrible a que te puedan abrir un juicio.”

Information den aktuellen Ereignissen nur blind gegenüber treten konnte.⁷⁶ (vgl. Ebda: 116)

9.3 Meinungsfreiheit

Meinungsfreiheit ist für einen Reporter wie Sauerstoff, denn “ohne Meinungsfreiheit ist es der Erstickungstod, ohne Meinungsfreiheit können Journalisten nicht überleben. Bestenfalls kann ein Arzt ohne Meinungsfreiheit ein exzellenter, außergewöhnlicher Chirurg sein; oder bestenfalls kann ein Maler ohne Meinungsfreiheit Dalí sein; aber ohne Meinungsfreiheit hat ein Journalist nicht die nötige Atmosphäre um seiner Arbeit nachzugehen.”⁷⁷ (Aguilar 2010) Meinungsfreiheit sollte keine Grenzen haben, sagt auch Luis Maria Anson. Dem setzt Eduardo San Martín (2010) entgegen: “Meinungsfreiheit ist die Freiheit der Meinung; oder besser, die Meinung ist frei, die Information ist nicht frei. Die Information muss mit den Tatsachen übereinstimmen, die Information muss wahrhaftig sein, das heißt, es gibt keine Freiheit die Information zu übermitteln, die man übermitteln will, es gibt Freiheit Meinungen auszudrücken, aber die Freiheit muss sich immer an bestimmte Vorgaben anpassen.”⁷⁸

Meinungsfreiheit unter Franco

Die Mehrheit der interviewten Journalisten beantwortete die Frage nach möglicher Meinungsfreiheit unter Franco mit einem klaren „Nein“. Es habe absolut keine gegeben, „keine, kein Punkt, Null [...] Bis zur Ley Fraga reduzierte sich die Meinungsfreiheit auf absolut Null, nach der Ley Fraga begann man Sachen zu

⁷⁶ „Pero son 25 millones de españoles los que viven cerrados al fenómeno de la información. Eso quiere decir que frente a una minoría con grandes posibilidades económicas y una mentalidad (de)formada gracias a la labor desarrollada durante treinta años por el régimen actual, hay una inmensa mayoría de españoles pavorosamente faltos de información y que se van a enfrentar con el acontecimiento más importante de la actualidad completamente a ciegas.“ (Dueñas 1969: 116)

⁷⁷ “sin libertad de expresión es la asfixia, sin libertad de expresión los periodistas no pueden sobrevivir, a lo mejor sin libertad de expresión un médico puede ser un excelente, excepcional cirujano o a lo mejor sin libertad de expresión un pintor puede ser Dalí, pero sin libertad de expresión un periodista no tiene el mínimo ambiente para ejercer su oficio.”

⁷⁸ “La libertad de expresión es libertad de opinión, o sea, la opinión es libre, la información no es libre, la información debe corresponder a los hechos, la información tiene que ser veraz o sea no hay libertad para transmitir la información que uno quiere, hay libertad para expresar opiniones pero la libertad siempre tiene que ajustarse a unas determinadas condiciones.”

publizieren.“ (Anson 2010). Allein die katholische Kirche habe Freiheiten genossen und sich nicht der Zensur zu unterwerfen gehabt. Im besten Fall, so Miguel Aguilar und Andres Berlanga (vgl. 2010), habe es die Möglichkeit für lokale Journalisten gegeben Entscheidungen auf kommunaler Ebene zu kritisieren, nicht jedoch die des Staates. Auch nicht jeder Bürgermeister konnte problemlos kritisiert werden.

Der Journalist San Martin (vgl. 2010) spricht von Toleranz im Bezug auf freie Meinungsäußerung. Es konnte alles gesagt werden, nur unter der permanenten Gefahr dafür bestraft zu werden. Es habe keine Meinungsfreiheit gegeben, weil es schlicht an wirklich freien Journalisten und Zeitungshäusern und einer politischen Opposition im Staatsgefüge gemangelt habe. Die ganze Gesellschaft war einer fehlenden Freiheit auf ungestrafte Meinungsfreiheit unterworfen.

Die Journalistin Camarrero (2010) meint dagegen, man konnte den Staat kritisieren “mit Redlichkeit und guter Erziehung, mit guten Manieren.“⁷⁹ Damals seien die Umgangsformen der Menschen, die politische Situation im Allgemeinen und der Journalismus an sich sowieso besser gewesen. Dem setzt Andres Berlanga (2010) entgegen: „Jemand der dir sagt es hätte in der Epoche unter Franco Freiheit gegeben, der lügt, es gab keine Freiheit. Es ist so, als würdest du sagen „*du hast eine totale Bewegungsfreiheit bis hierher [...] Du kannst dich bewegen, du kannst dich hinsetzen, du kannst dich nach vorne beugen.* - Aber nein, was ich auch will, ist dieses Buch das Sie da haben. – Nein, dieses Buch kannst du nicht lesen, aber ich gebe dir hier eines das du lesen kannst.“⁸⁰. Was für eine Person galt, galt nicht unbedingt auch für alle anderen, und so uneindeutig die Grenzen auch gesetzt waren, gesetzt waren sie allemal. Die Journalistin Santa Eulalia (2010) sagt, Meinungsfreiheit habe es „sehr, sehr wenig gegeben und immer nur für Lob und rühmen der franquistischen Partei klarerweise. Sie bevorzugte, dass die Leute applaudieren.“⁸¹

⁷⁹ “se podía criticar al estado con decoro, con honradez y con educación, con buenas maneras. O sea, había mejores maneras que ahora.“

⁸⁰ “En la época de Franco, quien te diga que había libertad, en el sentido que se entienda, es mentira, no había libertad. Es como si dices, “tú tienes libertad total para moverte hasta aquí [...] puedes moverte, puedes sentarte, puedes asomarte. - Pero no, es que yo quiero también tener un libro que tiene usted allí. - No, ese libro no lo puedes leer, pero de allí el que quieras puedes leer.“

⁸¹ “Pues muy poquita, muy poquita y casi siempre de alabanza y de elogio para el partido franquista, claro. Prefería que la gente aplaudiera.”

Fernando Pombo (2010) sieht das ähnlich: „Unter Franco gab es Freiheiten für bestimmte Dinge. Man konnte nicht über jegliche Sachen reden. Für Sport gab es immer Meinungsfreiheit.“⁸²

9.4 Selbstzensur

Die Selbstzensur, die sich viele Journalisten unter der Ley Fraga auferlegten, wurde unterschiedlich gesehen. Über die Konsequenzen bei Nichtberücksichtigung der vorgegebenen Regeln – so unklar sie auch mitunter erschienen – waren sich alle bewusst: „Jeder Berichterstatter mit gesundem Menschenverstand, wenngleich er über Sport schrieb, wusste, dass es Sachen gibt, die zensuriert werden würden.“⁸³ (Santa Eulalia 2010)

Der Journalist Fernando Urbaneja spricht von der Berechnung die dahinter steckte: „Es funktionierte auf eine automatische Art. Du dachtest, dass du Probleme bekommen könntest, also hast du es nicht veröffentlicht; aber die Selbstzensur funktionierte auch umgekehrt, wenn du dachtest du würdest Probleme bekommen, animiertest du dich es zu tun, weil Probleme zu bekommen auch nicht schlimm war“⁸⁴ (Urbaneja 2010) Seine Sicht des Journalismus ist klar auf die aufklärerische Aufgabe gerichtet. Ein Journalist, der nie Probleme mit der Staatsgewalt bekommt, ist in seinen Augen ein toter Journalist. (vgl. Ebda)

Auch Andres Berlanga stimmt in seiner Einstellung mit dieser Aussage überein und erklärt seinen Umgang mit der kritischen Grenze, innerhalb derer die Journalisten zu bleiben hatten, unabhängig davon wie schwer es manchmal war sie zu erkennen. Minister zu hinterfragen war in den 1960er Jahren nicht leicht, von ihnen eine Rechtfertigung für bestimmte Vorgangsweisen zu erhalten ebenso unmöglich wie die Kirche, das Militär oder die Regierung zu kritisieren. „Du konntest Berichte über Sport machen, über Erfolge die nicht diese Prinzipien, diese Konditionen betrafen, und dann

⁸²“ En la época de Franco había libertad para ciertas cosas. No se podía hablar de cualquier cosas. Para los deportes siempre hubo libertad de expresión.“

⁸³ „cualquier periodista con sentido común aunque escribiera de deportes, sabía que hay cosas que las iban a censurar“

⁸⁴ “Funcionaba de una forma muy automática. Tú pensabas que ibas a tener problemas pues no lo publicabas, pero la auto-censura funcionaba también al revés, si tu pensabas que ibas a tener problemas te animabas a hacerlo porque tener problemas tampoco estaba mal.”

führtest du ein relativ ruhiges Leben.“⁸⁵(Berlanga 2010) Der Journalist hatte unter anderem folgende Idee: „Ich erinnere mich, dass ich in den Schlussjahren [Anm.: in den letzten Jahren der Diktatur] eine tägliche Chronik für Zeitungen außerhalb von Madrid über die Ereignisse in Madrid machte und es war mir ein Vergnügen - aus Jugend oder Dummheit heraus - Dinge zu machen die das Ministerium störte ohne dabei die Linie zu überschreiten die dir erlaubt war. [...] Unversehens publizierte ich eine Chronik in der es hieß, dass in einem kürzlich erschienenen Buch über die ausländischen, in Madrid akkreditierten, Journalisten gesagt wurde, diese wären Dummköpfe, Trinker, inkonsequent, sie würden sich nicht informieren – eine Sache die klarerweise für das spanische Image sehr hart war. [...] Wenn etwas Schlimmes passierte [...], schickte man dir eine Nachricht [...] in dem Apparat läutete eine Glocke wie bei der Feuerwehr, es hieß: „*Etwas Schlimmes, sie rufen aus dem Ministerium an*“ und ich erinnere mich, dass das Ministerium zu dieser Chronik, in der ich von dem Buch sprach [...] sagte: „*Sagen Sie mir sofort, wer der Autor dieses Buches ist, welcher Verlag!*“ und dann war es mir eine Freude ihnen zu sagen: „*Das Buch habt ihr herausgegeben, die Autoren seid ihr.*“ Sie hatten nicht in Erfahrung gebracht, dass das Ministerium ein Buch herausgegeben hatte, in dem solche Sachen über die Journalisten geschrieben waren und klar, sie konnten nicht ihr eigenes Department attackieren. Ich hatte diese Ironie benutzt zu sagen es gäbe ein Buch, ohne zu sagen welches Buch die Journalisten attackierte usw. Und das Ministerium fühlte sich verpflichtet zu sagen: „*Das kann nicht wahr sein, welches Bild geben wir ab, sagen Sie mir welcher Verlag, sagen Sie mir welcher Verlag, damit wir gegen ihn vorgehen können!*“ Aber der Verlag waren sie, daher mussten sie schweigen. Es war eine Art ihnen zu sagen „*Bleibt ihr weiter Diktatoren*“, oder?“⁸⁶ (Berlanga 2010)

⁸⁵ tu podías hacer información de deportes, de sucesos, que no afectaban esos principios, esas condiciones, y entonces llevabas una vida relativamente tranquila.

⁸⁶ “Yo recuerdo que en la etapa final ya con la Ley de Fraga yo hacía una crónica diaria de lo ocurría en Madrid para periódicos de fuera de Madrid y entonces mi placer - juvenil o tonto - era hacer cosas que incomodara al Ministerio sin rebasar la línea que te permitían. [...] De pronto yo publiqué una crónica donde decía que en un libro recién editado se decía de los periodistas extranjeros acreditados en Madrid que eran unos imbéciles, unos borrachos, unos inconsecuentes, que no se informaban, una cosa que claro para la imagen de España era muy duro. [...] cuando ocurría algo grave [...] te enviaba un mensaje [...] en el aparato sonaba una campanilla como los bomberos, decía, algo grave, llaman del Ministerio, y yo recuerdo que esa crónica donde yo decía que un libro, y el Ministerio dijo “inmediatamente díganme quién es el autor de ese Libro, que Editorial”, y entonces el placer mío fue decirle “el Libro lo han editado ustedes, el autor son ustedes”. No se habían enterado que el Ministerio había publicado un libro donde decía esas cosas de los periodistas y claro, no podían atacar a su propio departamento. Yo había utilizado esa ironía de decir hay un libro, sin citar qué libro que ataca a los periodistas, etc. Y el Ministerio se sintió obligado de decir, “eso no puede ser, que imagen vamos a dar, que me digan la

Auch Gabriele Knetsch (vgl. 1999: 49) ortete in ihren Recherchen eine Art Selbstzensur der schreibenden Menschen selbst, welche bereits vor dem Veröffentlichenden selbst begann. Diese konnte begründet sein durch eine mögliche Verinnerlichung durch eine entsprechende Edukation von Kindesbeinen an, oder sie fanden eigene Strategien, vom Staat nicht erwünschte Zeilen in versteckter, weniger offensichtlicher Art und Weise nieder zu schreiben. Nach Sigmund Freud (vgl. Neuschäfer 1991: 48) fördert Zensur die Kreativität. Jedoch sind viele Schriftsteller mit der Zeit der andauernden Selbstkontrolle müde und wollen mehr Freiheit für ihr Schaffen, ohne an mögliche Konsequenzen denken zu müssen.

Die Ley Fraga führte diesen Angaben nach also zu einer vermehrten Selbstzensur und auch zu einer verringerten Berechenbarkeit des Zensorenvorgehens (vgl. Neuschäfer 1991: 47)

9.4.1 Umgehungsmechanismen

Wie in Kapitel 3.2 gesehen, passen sich Menschen an ihre Umgebung in Form von Konformität an. Dies kann aus einer echten Überzeugung geschehen oder um Konflikte zu vermeiden. Auch wirken zusätzlich zum Charakter und der empfundenen Unterstützung durch andere, die individuell wahrgenommene Wichtigkeit eines Themas und der Grad der Einbindung darauf ein, ob in der Öffentlichkeit eine gegenteilige Stellung bezogen wird.

Journalisten in autoritären Systemen können sich entweder mit den Umständen arrangieren, und wenn nicht, müssen sie sich entscheiden, ob sie sich dem Druck der Obrigkeit beugen und regimekonform berichten, oder ob sie sich für ihre Anliegen einsetzen. Dazu können sie versuchen die Zensur vorsichtig zu umgehen oder sonstige Wege zu finden um in eine Art von Opposition zu gehen.

Um Kritik am System möglichst unbemerkt ausüben zu können, griffen Buchautoren wie auch Journalisten zu subversiven Mitteln. Sie benutzten hierfür Andeutungen,

Editorial, que me digan la Editorial para ir en contra de ella”, pero la Editorial eran ellos mismos, con lo cual se tuvieron que callar. Era una manera de decirles “Siguen siendo ustedes unos dictadores”, no?”

Mehrdeutigkeiten, die Verlegung der Geschehnisse ins Ausland oder in die Vergangenheit. Freud spricht hierbei von Sinnverschiebung und Sinnverdichtung, wie sie auch in Träumen vorkommt. Da in überwachten Systemen nicht direkt über gewisse Geschehnisse berichtet werden kann, müssen entweder Anspielungen, harmlosere Bezeichnungen oder Worträtsel benutzt werden, welche nur von bestimmten Lesenden durchschaut werden können. Die Kommentierung eines nicht spanischen politischen Phänomens hatte für einen Journalisten beispielsweise zum Vorteil, dass der spanische Staat nicht direkt angesprochen wurde. Die Darstellung des Geschehnisses im Ausland ermöglichte es, dieses als einen Sonderfall darzustellen, der mit der Situation im Inland nichts zu tun hatte. So konnte Kritik (gegenüber einem anderen Nationalstaat) offen ausgeübt und sogar Lösungsvorschläge gemacht werden. (vgl. Neuschäfer 1991: 48-53) Diese Vorgehensweise verschafft gewisse Freiheiten und „ermöglicht es sogar, die Dinge relativ unverstellt beim richtigen Namen zu nennen, immer vorausgesetzt, man bleibt an der Peripherie, als beschäftige man sich mit relativ harmlosen Nebensächlichkeiten.“ (Neuschäfer 1991: 54)

Um die Zensur zu umgehen wendete beispielsweise die Zeitung *Madrid* nach dem früher dort tätigen Journalisten Aguilar auch folgende Methode an: sie gingen bei Ereignissen, deren Veröffentlichung dem Regime - und daher auch der eigenen Zeitung - unter Umständen schaden könnte, entgegen der ansonsten gängigen Journalistenlogik vor. Sie brachten diese nicht exklusiv, sondern bemühten sich die Geschichte an andere Medien oder die Presseagenturen weiterzugeben um zu sehen, ob diese ihre Geschichte aufgreifen würden. Auch ausländische Korrespondenten die in Spanien arbeiteten wurden in solchen Fällen kontaktiert und über die Geschichte informiert. Einmal von denen erwähnt, konnte *Madrid* die Geschichte gefahrlos benutzen und sich dabei auf die Veröffentlichungen der anderen beziehen. Das Ziel, die Geschichte an die Öffentlichkeit zu bringen, wurde somit erreicht. Auch dem Regime wurde geschadet und dafür nutzten sie „jegliche mögliche Vorgangsweise“.⁸⁷ (Aguilar 2010)

Die Rolle ausländischer Zeitungen war im Francoregime sehr bedeutend. Um zu wissen was im Land vorging, las die belesene Bevölkerung Spaniens unter anderem die französische Zeitung *Le Monde*. Die Berichte über Spanien in *Le Monde* wurden in den 1960ern zumeist vom spanischen Journalisten José Antonio Novais geschrieben. Seine

⁸⁷ “Eran trucos porque nosotros lo que queríamos era publicar esa noticia y hacer daño al régimen, y para eso nos servíamos de cualquier procedimiento rebuscado.”

Artikel behandelten immer wieder die von spanischen Zeitungen wenig erwähnte Opposition und andere Themen, die vom Regime blockiert wurden. Das brachte die Behörden im Jahr 1968 102 Mal dazu, die Ausgaben noch an der Staatsgrenze zurückzuhalten. In solchen Fällen riefen die Leser Bekannte im Nachbarland Frankreich an, um von denen den Grund und den Inhalt des beanstandeten Artikels zu erfahren. (vgl. Chulia 1997: 404f; Berlanga 2010) Die Regierung gab Informationen weiter, „weil klarerweise gibt es einen Moment indem du die Information nicht stoppen kannst. In jener Epoche konntest du nicht die Wahrheit sagen, aber du sagtest auch nicht das, was nicht wahr war. [...] Ich kann sagen was ich weiß, aber ich sage nicht das, was sie wollen, dass ich sage. Du kannst mich davon abhalten, dass ich es sage, weil du mich ins Gefängnis steckst, aber du bittest mich nicht, dass ich das Gegenteil sage, weil ich es nicht sagen werde; das ist ein großer Unterschied, oder?“⁸⁸ (Berlanga 2010) Der Journalist Berlanga sieht die Medien als Sprachrohr für das spanische Regime. Seiner Ansicht nach, ging es darum nicht das zu sagen, was die Regierung wollte, aber es konnten auch keine gegenteiligen Versionen von Ereignissen präsentieren werden.

Zweideutigkeiten waren ebenso ein gern benutztes Mittel um subversive Kritik zu üben. Eine Zeitschrift habe auf seinem Titelblatt in Bezug auf das Wetter geschrieben: „Es herrscht ein von Galizien kommendes, generell schlechtes Klima“ („Reina un mal tiempo general procedente de Galicia“), in Anspielung auf den General Franco, der aus Galizien stammte. (vgl. Meneses 2010)

Der Journalist Jesus de la Serna fand einen eigenen Weg mit Druck auf das Zeitungsunternehmen umzugehen. Als seine Zeitung im Jahr 1973 in Schwierigkeiten mit den Behörden kam, leitete er einen Besuch bei der höchsten Distanz ein, um wieder problemlos weiterarbeiten zu können: „Das Unternehmen setzte mich unter Druck mit Anschuldigungen, ich würde versuchen ein revolutionäres Medium daraus zu machen. Also bat ich darum Franco persönlich zu sehen. Ich hatte einen Freund meines Vaters, ich erinnere mich nicht wer es genau war, ein Herr, ein Beamter sagen wir, der im Palast war und auch im Kabinett das die Kontrolle über die Audienzen zu Franco hatte. Ich rief ihn an und sagte: „*Herr X, in bin Herr Y!*“ Daraufhin empfing er mich. Ich war

⁸⁸ „porque claro, hay un momento que no puedes parar la información. En aquella época podías no decir la verdad, pero no decías lo que no era verdad [...] Yo puedo decir lo que sí sé pero no digo lo que quieren que diga. Puedes prohibirme que lo diga porque me metes en la cárcel pero no me pidas que diga lo contrario porque no lo voy a decir, es una gran diferencia no?“

der letzte den er empfing. Klar, sie riefen mich für zehn Uhr vormittags und Franco empfing mich um drei Uhr nachmittags im Hotel Mongrol. Aber diese fünf bis zehn Minuten die ich mit ihm beisammen war, da sagte ich nichts, rein gar nichts. Und so machten sie das Foto von mir mit ihm. Und am nächsten Tag wurde das Foto veröffentlicht. Ich und Franco und Franco und ich. Es stand darunter: „Der Staatschef empfing den Direktor von...“ in drei Zeilen. Das stoppte den ganzen Druck. [...] Alles verschwand. [...] Es ist schon mehr als 40 Jahre her, damals war Carrero Blanco Regierungschef und hatte einen der Eigentümer der Zeitung, welcher ein großer Bankier war, für sich gewonnen. Der Präsident beschwerte sich bei diesem Herrn und er lud ihn ein Maßnahmen zu ergreifen. Ich sagte mir: „*Ich werde mit Franco reden.*“ Und ich ging um Franco zu sehen. Die Tatsache das Foto veröffentlicht zu haben... da dachte der Zeitungsmiteigentümer - so sage ich - „*Der spricht mit Franco*“. Der Regierungschef Carrero Blanco dachte: „*Der ist den Staatschef sehen gegangen.*“ Das, was zu Beginn ein schwerwiegender Mahnruf für die Zeitung war, verschwand. Immer wenn Druck auf dem Medium war oder direkt auf dem Herausgeber, konnte ich so, die herannahende Gefahr durch diese Spitzfindigkeit abwenden, was ich anstrebte, einen neuen Weg finden und es als das wirken lassen, was es nicht war, oder? Also Franco konnte ich davon nichts erzählen. Außerdem glaube ich, dass er sich dafür auch nicht interessierte, oder? [...] Aber diese zehn Minuten mit ihm und das Foto waren einzigartig.“⁸⁹

⁸⁹ “la empresa presionaba sobre mí con acusaciones de que yo estaba intentando hacer un periódico revolucionario, no?.Entonces yo pedípedí ver personalmente a Franco. Yo tenía un amigo de mi padre ...no me acuerdo quién era, un señor, un oficinista digamos que estaba en el palacio... - Yo le llamaba ...”mire usted don fulano...soy fulano“ y estaba en el gabinete que llevaba el control de las audiencias a gente que decidía Franco , las audiencias de Franco.Enseguida me recibía. Y era el último que recibía. Claro, me citaban a las 10 de la mañana, a mí me recibía Franco en el hotel Mongrol a las 3 de la tarde. Pero esos 5 o 10 minutos que estaba con él que no le contaba nada , absolutamente nada ...así es que me hicieron la fotografía con él. Y al día siguiente publicaron la foto. Yo con Franco, o Franco conmigo. Decía:" El jefe de estado recibe al director de"...en tres líneas. Eso paralizaba toda la presión.... podía salvar la situación acudiendo a esta especie de argucia, de buscarle un camino nuevo y a parecer lo que no era,no?... pues a Franco no le podía contar nada. Además yo creo que ni se enteresaba, no? Cuando hablo del papel prensa y de la publicidad sabían ustedes que era entonces tontería, no?.Pero esos 10 minutos con él y la fotografía eran únicos. han pasado algo más de 40 años..casi no?.Pasó en un momento en que era ya presidente de gobierno Carrero Blanco....era presidente Carrero Blanco y ganó Carrero Blanco a uno de los dueños de periódico que era un gran banquero. El presidente se quejó a este señor y le invitó a que tomara las medidas... contra las informaciones.Este señor, uno de los dueños no era viejoPues,pensándolo aquello me dije:voy a hablar a Franco. Y me fui a ver a Franco. ..El hecho de publicar la fotografía, al dueño del periódico pensó, digo yo: éste habla a Franco. El jefe de gobierno ,el señor Carrero Blanco pensó: éste ha ido a ver al jefe de estado. Aquello que al principio era una advertencia grave para el periódico desapareció.“

Die Herangehensweise des Journalisten verdeutlicht auch, was durch die Macht des Bildes erreicht werden kann.

In Fällen in denen die versteckten Kritiken oder die anderweitig fehlerhaften Artikel gefunden wurden, zeigte das Informationsministerium seine Macht mitunter sehr deutlich. Andres Berlanga erinnert sich: „In jener Epoche gab es im Informationsministerium eine Generalpressedirektion, die eine derartige ungeschriebene Macht hatte, [...] dass wenn du zu einem Treffen mit einem Minister gingst und deine Chronik hatte nicht den Geschmack des Ministeriums getroffen, dann rief das Ministerium den Zeitungsdirektor an und sagte: *„Werfen Sie diesen Herren hinaus!“* und sie warfen ihn hinaus.“⁹⁰ (Berlanga 2010)

9.4.2 Weitere Erfahrungen mit der Zensurbehörde

Der Journalist Luis María Anson kam im Jahr 1966 selbst mit der Zensurbehörde in Konflikt. Er veröffentlichte am 21. Juli in der Zeitung ABC den Artikel „Die Monarchie von allen“ (La monarquía de todos) in dem er sich Gedanken zur Thronbesteigung des von Franco favorisierten Monarchen Juan Carlos machte. Die Zensurbehörde holte die Ausgabe von der Straße zurück, dem Autor wurde der Prozess gemacht und er ging für ein Jahr ins Exil. Es war das erste Mal gewesen, dass eine Ausgabe der Zeitung beschlagnahmt worden war. Das Informationsministerium eröffnete daraufhin gleich ein zweites Disziplinarverfahren, das einem Artikel drei Wochen davor galt. So sollte der Zeitungsdirektor gewarnt werden, dass ihm ein weiterer, dritter, Ausrutscher, den Posten kosten würde. (vgl. Anson 2010; Chúlía 1997: 368) Anson selbst habe das Jahr im Ausland schließlich genutzt „um Sachen zu schreiben die dem Regime garantiert missfielen.“⁹¹ (Anson 2010)

Die Willkür der Zensoren erlebte Andres Berlanga besonders in einem Fall. Ein Buch, das er Anfang der 1970er herausbrachte, wurde von der Zensur sehr stark beanstandet.

⁹⁰ „en aquella época en el Ministerio de Información había una Dirección General de Prensa que tenía tal poder no escrito, [...] si tu ibas a una reunión con un Ministro y tu crónica no había sido del gusto del Ministerio, el Ministerio llamaba al director del periódico y decía *“echen a ese Señor”* y lo echaban.”

⁹¹ “[...] la ley de Fraga en si misma fue una ley positiva, siendo una ley de la dictadura pero fue una ley positiva. No para mi que me pase un año en el exilio con motivo de aprovecharme de la ley de Fraga para escribir cosas que efectivamente disgustaron mucho al régimen.”

Die Novelle behandelte die französische 1968er Bewegung und ihren Einfluss auf die spanische Jugend. Eine wichtige Rolle darin erhielt unter anderem die spanische Polizei, welche aufgrund ihrer grauen Uniformen unter der Bezeichnung „die Grauen“ bekannt war. Berlanga dazu: „Also zu Beginn strich der Zensor jedes Mal wenn die Worte „die Grauen stürmen“ auftauchten „die Grauen“ durch und gab „Polizei“ hin, aber in der Mitte der Novelle muss er wohl müde geworden sein oder er vergaß es und von der Mitte bis zum Ende der Novelle scheint „die Grauen“ auf und er rührt es nicht, er streicht es nicht an, er löscht es nicht, er zensuriert es nicht. Eine Sache die unerklärlich ist, oder?“⁹² (vgl. Berlanga 2010)

Die Zensurbehörden waren sich der Gefahr von Doppeldeutigkeiten und Ironie in Zeitungsartikeln zum Teil durchaus bewusst. Andres Berlanga berichtet von einem Kollegen, dem Herausgeber des Blattes von Valladolid, der eine Artikelserie über Landflucht und im Bezug dazu über die Kultivierung der Zuckerrübe berichten habe wollen. Das sei ihm vom Ministerium jedoch verweigert worden, die Zuckerrübe wäre doch nur eine Anspielung auf die schlecht funktionierende Arbeit der Regierung.⁹³ (vgl. Berlanga 2010)

Der Journalist De la Serna berichtet von einem Ereignis, das sich noch vor dem Pressegesetz 1966 abgespielt habe. „Ich erinnere mich dass einer der Zensorenchefs - manche davon waren frühere Mitarbeiter der Polizei Guardia Civil – also in Pension ging. Ich hatte mit ihm viel, viel gestritten gehabt. Ich glaube für ihn war ich ein seltsamer Kauz, oder? Er ging also in Pension und er rief mich am Telefon an und sagte: „*Schauen Sie, ich werde in ein paar Tagen in Pension gehen aber bevor ich gehe möchte ich Sie kennenlernen. [...] Ja, weil mit Ihnen hatte ich viele Diskussionen und ich möchte Ihnen etwas sagen.*“ „*Dann sagen Sie es doch.*“ „*Nein, ich möchte es persönlich sagen, wann immer Sie wollen.*“ Und ich ging....Und er sagte mir: „*Sehen Sie, die meisten Male wenn ich versuchte, dass Sie etwas nicht veröffentlichen, haben Sie Recht gehabt.*“ Das konnte er mir nicht am Telefon sagen... aber er sagte es mir.

⁹² “Entonces al principio el censor cada vez que aparecía la palabra “los grises asaltan” tachaba “los grises” y ponía “policía” pero a mitad de la novela se debió cansar o se debió olvidar y de la mitad de la novela hasta el final aparece “los grises” y no lo toca, no o tacha, no lo borra, no lo censura. Una cosa que es inexplicable no?”

⁹³ “Hay un escritor castellano muy conocido, él era Director de Periódico de Valladolid y él para hablar del abandono del campo se propuso hacer una serie de reportajes sobre el cultivo de la remolacha, porque habían impuesto la remolacha porque interesaba al Régimen. Y el Ministerio le dijo, no, ya hemos visto lo que pretende, hablando de la remolacha lo que habla es de la política malhecha del Gobierno y lo echaron, o sea, hasta de la remolacha no podías hablar, es una ironía.

Und auch wirklich eine Schnapsidee, es gibt keine Erklärung dafür.“⁹⁴ (De la Serra 2010) In Gegenüberstellung zu den Ereignissen um das Buch von Andres Berlanga Anfang der 1970er Jahre, schien sich die undurchsichtige Arbeitsweise der Zensoren auch nach der Ley Fraga nur geringfügig geändert haben.

9.5 Gesellschaftliche Situation der Journalisten

Das Verhältnis zu Familie und Freunden

Das Verhältnis zu Freunden oder Familie sahen die befragten Personen durch ihre Arbeit als Journalist in jener Zeit nicht oder nur teilweise beeinflusst. Dies lag auf der einen Seite an der ähnlichen politischen Einstellung innerhalb der Familie, oder, wenn dies nicht der Fall war, an einer gewissen Toleranz, wie Miguel Aguilar (2010) in seinem Fall erzählte. In seiner Familie stand die Mehrheit Franco positiv gegenüber, da sie sich nicht in politische Angelegenheiten einmischen wollten und im Bürgerkrieg viel verloren und in ihm einen Befreier gesehen hatten. „Dass einer ihrer Söhne Dissident war, also das verstanden sie nicht, aber schlussendlich, am Ende verstießen sie mich auch nicht. [...] Sie tolerierten mich, gut, [...] was werden wir mit ihm machen. Eltern sind fast immer verständnisvoll bei den Abweichungen ihrer Kinder, oder?“⁹⁵ Sein Verhältnis zu Freunden beschreibt er als ähnlich wie das zu seiner Familie bis gut, die wenigsten von ihnen stellten sich dem Regime entgegen. Er hatte Freunde in beiden Lagern und stritt sich sowohl mit den Francoanhängern, als „auch

⁹⁴ “Yo recuerdo que uno de los jefes de censura - algunos eran viejos guardias civiles - policia, pues se jubiló. Yo con él había tenido mucha lucha, mucha. Yo creo que para él era un bicho raro, no? Se jubiló y me llamó por teléfono y dijo: “Mire usted, me jubilo dentro de unos días pero antes de marcharme quisiera conocerle a usted.[...] Si, porque yo con usted he tenido muchas discusiones y le quiero contar una cosa.” “Pues, usted dirá.” “No, quise decírselo personalmente, cuando usted quiera.” Y me fue a ver al periódico y me dijo: “Mire usted, la mayor parte de las veces que yo he intentado que usted no publique una cosa, tenía usted razón.” No me lo podía decir por teléfonopero me lo dijo. Y también un disparate realmente, no tiene explicación.“

⁹⁵ que uno de sus hijos fuera disidente, pues no lo entendían, pero en fin, al fin y al cabo tampoco me desheredaron, [...] Me toleraron, bueno, [...] que le vamos a hacer. Los padres suelen ser casi siempre comprensivos con las desviaciones de sus hijos, ¿no?”

mit manchen der Antifranquisten, wo es ebenso eine Anzahl von Hurensöhnen gab.“⁹⁶
(Aguilar 2010)

In den meisten Fällen allerdings, in denen Familien oder Bekannte sich in den Einstellungen stark unterschieden, wurden unbequeme Fragen oder Diskussionen über Politik einfach ausgelassen. Andres Berlanga (vgl. 2010) erinnert sich an Diskussionen mit ihm nahestehenden Personen aufgrund missfallender Artikel, mehr sei dabei jedoch nicht gewesen. Mari Santa Eulalia meint, bei Meinungsunterschiedlichkeiten habe jeder seine Einstellung für sich behalten, da es nicht darum gegangen sei, mit Freunden Diskussionen zu haben. Ihre Freunde “waren alle normale Personen, die akzeptierten, dass andere Personen verschiedenartig denken würden.“⁹⁷(Santa Eulalia 2010)

Eduardo San Martin (vgl. 2010) meint, eine gewisse Vorsicht sei allerdings von Nöten gewesen, in seinem Fall gab es jedoch nie Probleme mit der Zensurbehörde, welche das Verhältnis zu Familie oder Freunden hätte stören können. Einen Grund darin sieht er in seiner Beschäftigung mit internationalen Themen, welche für die Zensur etwas weniger relevant waren als die spanischen.

Jesus de la Serna (vgl. 2010) sieht noch andere Schwierigkeiten und betont im Bezug auf das Verhältnis zur Familie die Wichtigkeit der Unabhängigkeit von Journalisten. So müsse eine emotionale Distanz bewahrt werden um nicht dem Druck von Freunden und Familienmitgliedern, der auch indirekt wirken kann, nachzugeben. Er sieht darin eine moralische und ethische Pflicht, um den Aufgaben des Journalismus mit Würde nachgehen zu können.

Im Allgemeinen mieden die befragten Journalisten im Fall von unterschiedlichen politischen Einstellungen in Bezug auf ihre eigenen Familien und Freunde also Konfrontationen, um sich auf ihre Arbeit konzentrieren zu können und um Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen.

⁹⁶ “y con otros de los antifranquistas donde también había una proporción de hijos de puta.”

⁹⁷ “eran todos personas normales que aceptaban que otras personas pensarán distinto.”

Das Journalistenbild in den 1960ern

Die Frage an die interviewten Journalisten, wie sie das Bild des spanischen Berichterstatters in der Öffentlichkeit wahrnahmen, wurde sehr gemischt beantwortet. Vier von 12 sahen das Bild als eindeutig gut, fünf als eindeutig schlecht und drei waren unschlüssig.

Miguel Aguilar beispielsweise hat über die Zustände in den 1960ern ein negatives Bild. Er sieht die Journalisten von damals als bedauernswert, als Handlanger des Regimes, „kleine Funktionäre, unwichtige Funktionäre des franquistischen Regimes“ (Aguilar 2010). Auch sein Kollege Gozalo (vgl. 2010) empfindet die Funktion der Berichterstatter damals als wenig relevant. Andres Berlanga (vgl. 2010) meint, je schlimmer die Diktatur, desto negativer sei das Ansehen der Journalisten. Erst während der Transition in den 1970ern habe es sich langsam gebessert. Denn oft sei das, was in den Medien stünde nicht mit dem, was die Bevölkerung wahrnahm, in Einklang zu bringen gewesen. Grund für die langsame Wahrnehmungsänderung sei die Öffnung nach außen und die vermehrten Reisen der Spanier gewesen und der dadurch entstehende „intellektuelle Fortschritt“ (De la Serra 2010).

Die Sichtweise macht es aus, findet auch der Journalist San Martin (vgl. 2010). Er meint, die Presse sei von manchen Spaniern als sehr prestigeträchtig gesehen worden, da sich manche Berichterstatter für die Freiheit und in Folge dessen für die Demokratie einsetzten und so auf der gleichen Wellenlänge gewesen seien wie diese Leser. Schließlich habe jeder das eine oder andere Blatt oder einen Reporter bevorzugt: „Die Antifranquisten begünstigten und erfreuten sich daran, dass es antifranquistische Journalisten gab und die Franquisten waren dagegen, dass es antifranquistische Journalisten gab; aber das war normal.“⁹⁸(Santa Eulalia 2010)

Die Journalisten Miguel Gozalo, Perez-Cebrian und Andres Berlanga kritisieren in dem Zusammenhang eher den Begriff des Journalisten heute, den sich nun jeder umhängen könne, ohne Fachwissen und ohne den Rezipienten auch nur im Geringsten relevante Nachrichten näherzubringen. Damals hätten Berichterstatter mehr riskiert und sich mehr für Themen eingesetzt als es heutzutage in Spanien der Fall sei.

⁹⁸ “Los antifranquistas estaban mas de favor y estaban contentos que hubieran periodistas antifranquistas y los franquistas estaban en contra de que hubiera periodistas antifranquistas, pero eso era normal.”

Das Verhältnis der Journalisten untereinander

Bei der Frage nach dem Verhältnis der Journalisten untereinander wurde dies zum Großteil als gut bezeichnet. Nach Mari Santa Eulalia (vgl. 2010) lag das daran, dass es Probleme nur dann gegeben habe, wenn sich Reporter bei einem Thema in die Quere kamen. Diese Sicht kann mitunter daran liegen, dass viele von ihnen in explizit politisch ausgerichteten Medien tätig und so vermehrt mit Gleichgesinnten zusammen waren. So meint Andres Berlanga (vgl. 2010), dass während seiner Zeit als Reporter auf der Universität unter den Journalisten vor Ort ein großer Zusammenhalt geherrscht habe. Relevante Ereignisplätze seien durch zeitgleiches, gemeinsames Arbeiten abgedeckt und Informationen geteilt worden. Nur wenige Reporter hätten sich nicht daran beteiligt oder wären als nicht vertrauenswürdig oder politisch anders ausgerichtet eingestuft worden. Personen, die als Regimeanhänger gesehen wurden, bekamen keine Informationen, da mitunter befürchtet werden musste, sie könnten unter Umständen zukünftig stattfindende Aktionen der Studierenden mithilfe der Polizei verhindern.

Eine gemeinsame Welt von Werten und Ideen kann also als ausschlaggebend für ein gutes Verhältnis und eine zielführende Zusammenarbeit gewertet werden. Gute Verhältnisse der Journalisten mit ihren Mitarbeitern deuten jedoch nicht notwendigerweise auf ein allgemein gutes Klima in der spanischen Medienwelt der 1960er hin. Aus dem Verhältnis der Journalisten der unterschiedlichen Fraktionen lassen sich auch die Konflikte innerhalb der Bevölkerung ablesen.

Konflikte und Ausnahmerecheinungen

Eine Ausnahmerecheinung in den geführten Interviews war die Journalistin Lolita Perez Camarrero. Sie vertrat am vehementesten die Meinung, unter Franco habe es durchaus Meinungsfreiheit gegeben. Auch müsste ein Journalist patriotisch sein: "Ein Journalist muss eine der ehrenhaftesten Personen der Welt sein, weil er zu den Leuten spricht, weil er die Menschen erzieht, weil er sagt, was passiert. Er sagt anderen

Ländern was innerhalb seines Landes passiert. [...] Du musst vor allem patriotisch sein, dein Land verteidigen“⁹⁹ (Camarrero 2010)

Damit trat sie in Konflikt mit einem anderen Journalisten, Miguel Aguilar. Der ehemalige Diario Madrid Mitarbeiter reagierte sehr angespannt auf die Aussage der Kollegin, dass die Zeitungsangestellten des Diario Madrid wohl keine Gentlemen gewesen wären, wenn man ihre Zeitung einstellen hatte müssen. Konfrontiert damit, stellte er sogleich ihre Existenz in Frage:

„Ich habe mit dieser Frau gesprochen und wir haben auch über Diario Madrid geredet und sie denkt anders als Sie und sagt dass Journalisten Gentlemen sein müssen und wenn Diario Madrid etwas passiert ist, heißt das, dass sie nicht wie Gentlemen gearbeitet haben. Was denken Sie darüber?

Wer ist sie?

[...]

Die Frau Camarrero. Sie ist eine sehr alte Frau.

Camarrero? Sie existiert nicht.

Doch, aber sie ist sehr alt.

Aber was hat diese Frau zu erzählen? Wo war sie?

Ein bisschen in Spanien, ein bisschen außerhalb. Was denken Sie darüber?

Aber diese Frau existiert nicht. [...] Also, du kannst mit Leuten reden, die für die Freiheiten waren und du kannst mit Leuten reden, die gegen diese Freiheiten waren, aber was du nicht kannst ist mit Leuten reden die nicht existieren. Die Frau Camarrero existiert nicht. [...] Das Diario Madrid hatte viele Feinde, aber die waren bedeutend. Diese Frau ist weder Feind noch Nichts, sie ist nicht existent. [...] Was ich über diese Frau denke? Darüber, dass es keine Gentlemen waren? Oder dass Menschen, die für ihre Freiheiten kämpfen keine Gentlemen sind? Denn wenn es Gentlemen gewesen wären, wäre nichts passiert, sie hätten keine Probleme gehabt, weil das Regime von Franco war ein Regime von Gentlemen, wo demjenigen, der sich wie ein Gentleman verhielt, nichts passierte. [...]

Ihr passierte nichts, sie interessierte sich nicht für Politik.

Sehr schön, das erscheint mir fantastisch, das erscheint mir beispielhaft. [...] Es ist ein Beispiel für Bürgertum, Misch dich nirgends ein, bleib in deinem Häuschen und wenn

⁹⁹ “el periodista tiene que ser una de las personas más honradas del mundo, porque está diciéndole a la gente, está enseñando a la gente, está diciendo lo que pasa, está diciéndole a otros países lo que está pasando dentro de tu país [...]Tienes que ser sobre todo patriota, defender a tu país.”

unangenehme Dinge passieren, wenn es irgendwelche Forderungen gibt was zu tun sei, ja, du mischt dich nicht ein und dir wird nichts passieren. Grotesk.“¹⁰⁰ (Aguilar 2010)

Perez-Camarrero vertrat im Gegensatz zu ihren Kollegen die Meinung, unter Franco habe es keine Zensur gegeben - zumindest nicht in ihrer Zeitschrift. „Wir hatten kein Zensurproblem oder sonst etwas. Ich schrieb über Recht, über Reisen, über Kunst, über alles, inklusive über Medizin. [...] über alles, weniger über Politik.“¹⁰¹ (Camarrero 2010)

Frauen in den Printmedien

Frauen waren in Spanien in den 1960er Jahren weit von Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit mit Männern entfernt, meinen die Journalistinnen Santa Eulalia und Perez Camarrero (vgl. 2010). Dies wirkte sich auch auf die Situation im Medienbereich aus. Gerade als Frau habe sie das Gefühl gehabt, nicht auffallen und erst recht nicht, sich auflehnen zu wollen, gerade weil es so wenige Frauen in diesem Gebiet gab, so Mari Santa Eulalia.

¹⁰⁰ *“He hablado con esa señora y hemos hablado del Diario Madrid también y opina otra cosa y dice que los periodistas tiene que ser caballeros y si algo paso al Diario Madrid quiere decir que ellos no trabajaron como caballeros. ¿Que opina usted de eso?*

¿Quien es ella?

[...]

La señora Camarrero. Es una señora muy vieja.

¿Camarrero? No existe.

Sí, pero es muy vieja.

Pero que tiene que contar esa señora, ¿donde estaba?

Un poco en España y un poco fuera. ¿Que opina usted de esto?

Pero que no existe mujer [...]

Vamos a ver,tú puedes hablar con la gente, que estuvo por las libertades, y puedes hablar con gente que esrtuvo en contra de estas libertades, pero de lo que no puedes hablar es con gente que no existe. La señora Camarero no existe. [...]¿que pienso de que? ¿De lo que dice esta señora? ¿De que no eran caballeros? O sea, que la gente que lucha por la libertad no son caballeros. Que si fueran caballeros no pasaría nada, no habrían tenido ningún problema, porque el régimen de Franco era un régimen de caballeros donde el que se comportaba como un caballero no le pasaba nada. [...]

A ella no le paso nada y no le interesaba la política.

Pues muy bien, me parece maravilloso, me parece ejemplar. Y eso pasaba en todas las dictaduras, hay gente que, no te metas en nada y no te pasara nada. ¿No?

[...]

Es un ejemplo de ciudadanía, no te metas en nada, estate en tu casita, y si pasan cosas desagradables si hay reivindicaciones que hacer, sí, tu no te metas en nada y a ti no te pasara nada. Sí, esta bien.”

¹⁰¹ *“ no teníamos ningún problema de censura ni nada. He escrito sobre derecho, sobre viajes, sobre arte, de todo, incluso de medicina [...] de todo, menos de política.”*

Frauen schrieben im Allgemeinen nicht über politische Themen, eher wurden sie in Kulturthemen eingesetzt. So erzählt Mari Santa-Eulalia: “Jede Zeitung hatte eine Person, die für politische Themen verantwortlich war, über welche sie sicher mit zwei oder drei oder vier Denkern diskutierte. Für mich, als einzige Frau, gab es keine Politik. Mode, für lange Zeit schrieb ich über Mode und später ein bisschen mehr künstlerische Sachen, Themen wie Ausstellungen und sowas. Ein wenig und schlussendlich über Kino.”¹⁰² (Santa Eulalia 2010) Diese Themen waren im Unterschied zu Politik auch weniger der Zensur ausgesetzt, außer es handelte sich im Modebereich um bemängelte Kleidungsstücke, die zu viel Haut zeigten. Dann mussten Bilder geändert werden, was dazu führte, dass die abgedruckten Modelle nicht dieselben waren, welche die Designer ursprünglich angefertigt hatten.

Frauen hatten demnach nicht nur mit den widrigen Umständen des Mediensystems jener Zeit zu kämpfen, sondern mussten sich auch erst gegenüber ihren männlichen Kollegen behaupten lernen.

¹⁰² cada periódico tenía su persona encargada del tema político que seguramente lo discutían entre dos o tres o cuatro cabezas pensantes. A mí, mujer, la única que había, política no, moda, durante mucho tiempo estuve escribiendo moda luego ya escribí un poco más de cosas artísticas temas de exposiciones y alguna cosa así, Poco y por fin de cine

Zusammenfassung

Als das neue Pressegesetz unter Manuel Fraga 1966 implementiert wurde, waren die Erwartungen daran seitens der Medien sehr hoch. Allerdings sahen sie sich bald mit ersten Enttäuschungen konfrontiert.

Mit der Ley Fraga verschwand zuallererst die Vorzensur und die Möglichkeiten ein Printmedium zu gründen wurden erleichtert. Dadurch wurde die Arbeit der spanischen Journalisten einerseits erleichtert, andererseits standen sie nun größeren Unsicherheiten gegenüber. Sie mussten selbst erkennen, welche Aussagen ihnen Probleme bereiten konnten und welche nicht. Auch die Zensoren arbeiteten nicht immer in einer durchschaubaren Art und Weise. Eine richtige Konsequenz in ihren Urteilen fehlte oftmals, so dass Journalisten einmal für dasselbe Vergehen bestraft wurden und ein anderes Mal nicht.

Schützen konnten sich die Reporter in dem sie sich an die Zustände anpassten. Konformität, sei es in Form von Compliance, Identifikation oder Internalisierung, gab ihnen die Möglichkeit sich von Auseinandersetzungen mit den Behörden fernzuhalten. So sicherten sich Medien ihre wirtschaftliche Existenz. Dem gegenüber standen diejenigen Personen, die ihre Aufgabe als Berichterstatter darin sahen, auf Missstände laut oder auf kreative Art hinzuweisen. Ein Journalist, der nie Probleme bereitete, sei schließlich ein toter Journalist, so Fernando Urbaneja.

Die Hypothese, nach der Regime Einfluss auf die Journalistenauswahl nähmen, um das politische System zu schützen, kann, wie aus der Arbeit ersichtlich, bestätigt werden. Zensur wird mitunter verwendet von über Missständen abzulenken und in Folge, um Unruhen im Staat zu verhindern. Dass, wie in Hypothese 4 vermutet, regimekonforme Medienvertreter vom Regime bevorzugt würden, kann allerdings nicht vollkommen bestätigt oder widerlegt werden. Die Konformität ermöglichte ihnen zumindest ein problemloses Arbeiten als Journalisten.

Die Meinungen der befragten Reporter gingen zum Teil in sehr verschiedene Richtungen. Dieser Graben zeigte sich nicht nur durch ihre Aussagen zu den angesprochenen Themen, sondern auch dadurch, dass von Gesprächen mit bestimmten

(schon besuchten oder noch zu besuchenden) Personen abgeraten wurde. Nach fast 40 Jahren Demokratie, scheint der Umgang mit der Diktatur für viele Betroffene noch immer schwer. Angesichts des Misstrauens untereinander, noch Jahrzehnte nach Ende des Franco-Regimes, ist es ein Leichtes sich in das Klima jener Zeit hineinzusetzen, das damals geherrscht haben muss. Wenngleich einige Personen sich mit den Umständen gut arrangierten, so gab es doch andere die sich damit nicht abfinden konnten und Änderungen herbeizuführen versuchten.

Die Ley Fraga war ein Versuch der spanischen Regierung den Journalisten neue Möglichkeiten zu bieten, und zugleich die alten Eliten nicht zu sehr zu beunruhigen. Das Ergebnis waren neue Vorgangsweisen, die sowohl den Zensoren, als auch den Berichterstattern viel Raum für Interpretation boten. Die Journalisten mussten nun zusammen mit ihren Herausgebern selbst ermessen, ob und wie viel, bei einer Publikation auf dem Spiel stand. Die Unsicherheit in der Medienwelt war groß und wurde vergrößert durch Fälle, wie in dem der Zeitung Diario Madrid. Die Zensurbehörde verhinderte auch unter der Ley Fraga weiterhin kritische Berichte über die Oppositionsgruppen. Nur wenige Medien lehnten sich dagegen auf. Um subversiv Kritik zu üben, benutzten Journalisten Zweideutigkeiten oder versetzten die Ereignisse ins Ausland.

Insgesamt kann die Ley Fraga als Schritt in eine richtige Richtung gesehen werden. Der Weg, der noch beschritten werden musste, war jedoch noch lang.

Im Artikel 20.d der Spanischen Grundrechte aus dem Jahr 1993 heißt es heute:

„A comunicar o recibir libremente información veraz por cualquier medio de difusión. La ley regulará el derecho a la cláusula de conciencia y al secreto profesional en el ejercicio de estas libertades. 2. El ejercicio de estos derechos no puede restringirse mediante ningún tipo de censura previa.“¹⁰³

Inwieweit diese Rechte ganz umgesetzt sind, benötigt einer anderen Forschungsarbeit.

¹⁰³ „Geschützt ist das Recht frei zu kommunizieren oder wahre Information durch jegliches Verbreitungsmedium zu erhalten. Das beinhaltet auch das Recht aufs Berufsgeheimnis und die Ausübung sämtlicher Rechte dürfen durch keine Art von Vorzensur restringiert werden.“

Quellen

Literatur

Alfárez, Antonio. Cuarto poder en España. La Prensa desde la Ley Fraga 1966. Plaza & James. Barcelona 1986

Aronson, Elliot. Sozialpsychologie. Menschliches Verhalten und gesellschaftlicher Einfluß. Spektrum Akad. Verl. Heidelberg/Berlin/Oxford. 1994

Baier, Horst/Kepplinger, Hans Matthias/ Reumann, Kurt (Hrsg.). Öffentliche Meinung und sozialer Wandel. Public opinion and Social Change. Für Elisabeth Noelle-Neumann. Westdeutscher Verlag GmbH. Opladen. 1981

Barrera, Carlos/ Ruiz, Fernando J.. Estrategias periodísticas de apertura y resistencia en un espacio público autoritario: los casos de Madrid (España) y La Opinión (Argentina). Comuniacion y sociedad Vol. XIII. Madrid. 2000

Barrera, Carlos. Por los incómodos senderos de la discrepancia. In: MADRID. 1971-2001 Treinta años del cierre del diario MADRID. Una apuesta periodística por la democracia y la integración en Europa. Gráficas 82. Madrid. 2001 S.83

Batz, Dietrich. Spanisches Presserecht. Von den Anfängen bis heute. Schneider&Weber. Kassel. 1973

Behmer, Markus. Pressefreiheit in der Dritten Welt – Was heißt „Freiheit“? In: Haller, Michael (Hg.). Das freie Wort und seine Feinde. Zur Pressefreiheit in den Zeiten der Globalisierung, UKV. Konstanz. 2003 S. 147 - 160

Bender, Gerd/ Kiesow, Rainer Maria/ Simon, Dieter (Hrsg.) Das Europa der Diktatur. Steuerung – Wirtschaft – Recht. Nomos. Baden-Baden. 2002

Bergsdorf, Wolfgang. Öffentliche Meinung und politisches Argument: Zu Begriff und Funktion der pluralistischen Kommunikation. In : Wilke, Jürgen (Hg.). Öffentliche Meinung. Theorie, Methoden, Befunde. Beiträge zu Ehren von Elisabeth Noelle-Neumann. Alber-Broschur Kommunikation. Bd. 19. Karl Alber. Freiburg/München. 1992

Bernecker, L. Walther. Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg. Beck. München. 1997

Bernecker, L. Walther/Pietschmann, Horst. Geschichte Spaniens. Von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart. 4. überarb. Auflage. W. Kohlhammer. Stuttgart. 2005

Besier, Gerhard (Mitarbeit von Stoklosa/Katarzyna). Das Europa der Diktaturen. Eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts. Deutsche Verlags-Anstalt. München. 2006

Beyme, Klaus Von. Vom Faschismus zur Entwicklungsdiktatur – Machtelite und Opposition in Spanien. R.Piper&Co. Verlag. München. 1971

Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg.) Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 2.Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2005

Bogner, Alexander/Menz, Wolfgang. Expertenwissen und Forschungspraxis. Die modernisierungstheoretische und die methodische Debatte um die Experten. Zur Einführung in ein unübersichtliches Problemfeld. In: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg.) Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 2.Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2005 S. 7-30

Bogner, Alexander/Menz, Wolfgang. Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion. In: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg.) Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. 2.Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2005 S. 33-70

Braun, Jens. Marx-Weber-Luhmann. Drei einführende Skizzen. Cornelius. Halle. 2011
Brockhaus. Die Enzyklopädie. Zwanzigste, überarbeitete und aktualisierte Auflage. Zehnter Band. HERR-ISS. F.A. Brockhaus. Leipzig/Mannheim. 1999

Brockhaus. Die Enzyklopädie. Zwanzigste, überarbeitete und aktualisierte Auflage. Zwölfter Band. KIR-LAGH. F.A. Brockhaus. Leipzig/Mannheim. 1999a

Brockhaus. Die Enzyklopädie. Zwanzigste, überarbeitete und aktualisierte Auflage. Vierzehnter Band. MAE-MOB. F.A. Brockhaus. Leipzig/Mannheim. 1999b

Brockhaus. Die Enzyklopädie. Zwanzigste, überarbeitete und aktualisierte Auflage. Siebzehnter Band. PERU-RAG. F.A. Brockhaus. Leipzig/Mannheim. 1999c

Brockhaus. Die Enzyklopädie. Zwanzigste, überarbeitete und aktualisierte Auflage. Vierundzwanzigster Band. WELI-ZZ. F.A. Brockhaus. Leipzig/Mannheim. 1999d

Burkart, Roland/Hömberg, Roland.(Hg.). Kommunikationstheorien : ein Textbuch zur Einführung. Braumüller. Wien. 1992

Burkart, Roland/Lang, Alfred. Die Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas – Eine kommentierte Textcollage. In: Burkart, Roland/Hömberg, Roland.(Hg.). Kommunikationstheorien : ein Textbuch zur Einführung. Braumüller. Wien. 1992 S.40-68

Burkart, Roland/Hömberg, Walter (Hg.) Kommunikationstheorien. Ein Textbuch zur Einführung. Braumüller. Wien. 2004

Carandell, Luis. El Madrid. In: MADRID. 1971-2001 Treinta años del cierre del diario MADRID. Una apuesta periodística por la democracia y la integración en Europa. Gráficas 82. Madrid. 2001 S.173

Chomsky, Noam. Media Control. Wie die Medien uns manipulieren. Europa Verlag. 2. Aufl. Hamburg/Wien. 2003

Chuliá Rodríguez, Elisa. La evolución silenciosa de las dictaduras. El régimen de Franco ante la Prensa y el Periodismo. Instituto Juan March de Estudios e Investigaciones. Centro de Estudios Avanzados en Ciencias Sociales. Peninsular. Madrid. 1997

Csikszentmihalyi, Mihaly. Öffentliche Meinung und die Psychologie der Einsamkeit. In: Wilke, Jürgen (Hg.). Öffentliche Meinung. Theorie. Methoden, Befunde. Beiträge zu Ehren von Noelle-Neumann. Karl Alber. Freiburg/München. 1992 S. 31-40

Deutsche UNESCO-Kommission. Viele Stimmen - eine Welt. Kommunikation und Gesellschaft - heute und morgen. Bericht der Internationalen Kommission zum Studium der Kommunikationsprobleme unter dem Vorsitz von Sean MacBride an die UNESCO. Universitätsverlag Konstanz. Konstanz. 1981

Deutsches Wörterbuch. Von Jacob und Wilhelm Grimm. Band 31. Z-Zmaschine. Bearb. Von Heyne, Moriz/Seedorf, Henry/Teuchert, Hermann. Dt. Taschenbuchverlag. München. 1991

Dueñas, Gozalo. La Ley de prensa de Manuel Fraga. Ruedo Ibérica. France. 1969

Duve, Freimut. Die Pressefreiheit und die Europäisierung Europas. In: Haller, Michael (Hg.). Das freie Wort und seine Feinde. UVK. Konstanz. 2003 S.136-146

Edo, Concha. La crisis de la Prensa diaria. La línea editorial y la trayectoria de los periódicos de Madrid. Ariel Comunicación. Barcelona. 1994

Erbring, Lutz: Nachrichten zwischen Professionalität und Manipulation. Journalistische Berufsnormen und politische Kultur. In: Gottschlich, Maximilian/Langenbacher, Wolfgang R. (Hg.). Publizistik und Kommunikationswissenschaft: ein Textbuch zur Einführung. Studienbücher zur Publizistik und Kommunikationswissenschaft. Bd. 1. Auflage. Braumüller. Wien 1999 S. 155-169

Eurich, Claus (Hg.). Gesellschaftstheorie und Mediensystem. Interdisziplinäre Zugänge zur Beziehung von Medien, Journalismus und Gesellschaft. (Medien. Forschung und Wissenschaft. Bd. 2) Münster. 2002

Fitzgerald, Richard/Housley, William. Media, Policy and Interaction. Ashgate. Farnham/Burlington. 2009

Franke, Thomas. Die Träger der Medienfreiheit. Tenea. Berlin. 2001

Fromm, Erich. Die Furcht vor der Freiheit. Europäische Verlagsanstalt. Frankfurt am Main. 1966

Früh, Werner. Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. 3., überarbeitete Auflage. Ölschläger. München. 1991

Fusi Aizpurúa/ Juan Pablo. Franco: autoritarismo y poder personal. Suma de Letras . Madrid. 2001

Gellner, Winand/Glatzmeier, Armin. Macht und Gegenmacht. Einführung in die Regierungslehre. Studienkurs Politikwissenschaft. Nomos.1. Auflage. Baden-Baden. 2004

González, Antonio Serrano. Juristische Formen in Spanien. In: Bender, Gerd/ Kiesow, Rainer Maria/ Simon, Dieter (Hrsg.) Das Europa der Diktatur. Steuerung – Wirtschaft – Recht. Nomos. Baden-Baden. 2002

González Ruiz, Nicolás (Hrsg.) Enciclopedia del Periodisma. Noguer, S.A. Barcelona/Madrid. 1966

Gottschlich, Maximilian/Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.). Publizistik und Kommunikationswissenschaft: ein Textbuch zur Einführung. Studienbücher zur Publizistik und Kommunikationswissenschaft. Bd. 1. Auflage. Braumüller. Wien 1999

Haas, Hannes (Hg.). Mediensysteme: Struktur und Organisationen der Massenmedien in den deutschsprachigen Demokratien. Studienbücher zur Publizistik und Kommunikationswissenschaft. Bd. 3. Reprint. Braumüller. Wien. 1990

Haas, Hannes/Langenbucher, Wolfgang (Hg.) Medien- und Kommunikationspolitik. Studienbücher zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Braumüller. Wien. 2002

Habermas, Jürgen. Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Suhrkamp. Frankfurt am Main. 1995

Haller, Michael (Hg.). Das freie Wort und seine Feinde. Zur Pressefreiheit in den Zeiten der Globalisierung, UKV. Konstanz. 2003

Hardt, Michael/Negri, Antonio. Globalisierung und Demokratie. In: Enwezor, Okwui u.a. Demokratie als unvollendeter Prozess. Documenta11_Plattform1. Hatje Cantz. Kassel. 2002 S. 371-386

Hättich, Manfred. Lehrbuch der Politikwissenschaft. 2. Band. Theorie der politischen Ordnung. Hase & Köhler. Mainz 1969

Holzer, Horst. Kommunikationssoziologie. rororo studium Sozialwissenschaft. Rowohlt. Reinbeck bei Hamburg. 1973

Iglesias, F.V. Civilisation Espanola. Teil 2. WUV. Wien. 2000

Jarren, Otfried/Bonfadelli, Heinz (Hrsg.). Einführung in die Publizistikwissenschaft. Paul Haupt. Bern/Stuttgart/Wien. 2001

Jäckel, Michael/ Mai, Manfred (Hg.). Medienmacht und Gesellschaft. Zum Wandel öffentlicher Kommunikation. Campus. Frankfurt am Main. 2008

Jordan, Alfredo Alexander. Embajador de Bolivia en Espana. Etica y periodismo. Del uso y del abuso de la libertad. Salamanca, 30 de marzo de 1966. Ediciones de cultura Hispanica. Madrid. 1966

Knetsch, Gabriele. Die Waffen der Kreativen. Bücherzensur und Umgehungsstrategien im Franquismus (1939 - 1975). Vervuert. Frankfurt am Main. 1999

Langenbucher, Wolfgang. (Hrsg.) Die Kommunikationsfreiheit der Gesellschaft. Die demokratischen Funktionen eines Grundrechts. Publizistik. Sonderheft 4/2003. Westdeutscher. Wiesbaden. 2003

Lamnek, Siegfried. Qualitative Sozialforschung. Band 2. Methoden und Techniken. 3., korrigierte Auflage. Beltz. PsychologieVerlagsUnion.. Weinheim. 1995

Linz, Juan J. The Legacy of Franco and Democracy. In: Baier, Horst/Kepplinger, Hans Matthias/ Reumann, Kurt (Hrsg.). Öffentliche Meinung und sozialer Wandel. Public opinion and Social Change. Für Elisabeth Noelle-Neumann. Westdeutscher Verlag GmbH. Opladen. 1981 S. 126 – 146

Lopez de Zuazo, Antonio. Origen y evolucion del termino „periodista“. EMP - Estudios sobre el mensaje periodístico. Madrid. 1995

Lorenzen, Ebba. Presse unter Franco: zur Entwicklung publizistischer Institutionen und Prozesse im politischen Kräftespiel. Dokumentation. München/New York 1978

Luhmann, Niklas. Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme. Westdeutscher Verlag. Köln/Opladen. 1970

Luhmann, Niklas. Thematisierung als Leistung öffentlicher Meinung. In: Noelle-Neumann, Elisabeth. Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut. 6. Erweiterte Neuauflage. Langen Müller. München 2001 S.218-221

MADRID. 1971-2001 Treinta años del cierre del diario MADRID. Una apuesta periodística por la democracia y la integración en Europa. Gráficas 82. Madrid. 2001

Merten, Klaus. Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Band 1/1 Grundlagen der Kommunikationswissenschaft. 3. Auflage. LIT. Berlin. 2007

Meyer, Thomas. Was ist Politik? Leske+Budrich. Opladen. 2000

Neuschäfer, Hans Jörg. Macht und Ohnmacht der Zensur. Literatur, Theater und Film in Spanien (1933-1976). J.B. Metzler. Stuttgart. 1991

- Noelle-Neumann, Elisabeth. Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut. 6. Erweiterte Neuauflage. Langen Müller. München 2001
- Pastor, Angeles. Quiero ser periodista: tras las motivaciones de la profesión periodística. Vol. 17 Issue 33, p191-199. Comunicar. 2009
- Patzelt, Werner J. Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriß des Faches und studiumbegleitende Orientierung. 5. Auflage. WVR. Passau 2003
- Payne, Stanley G. The Franco regime 1936 – 1975. University of Wisconsin Press. Madison. [u.a.] 2000
- Payne, Stanley. Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung. Tosa. Wien. 2006
- Principado de Asturias. Real Instituto de Estudios Asturianos. (Confederación Española de Centros de Estudios locales) Boletín del Real Instituto de Estudios Asturianos. Nr. 169. Oviedo. 2007
- Puppis, Manuel. Einführung in die Medienpolitik. UVK. Konstanz. 2007
- Pye, Lucian W. (Ed.) Communications and Political Development. Studies in Political Development I. Princeton. New Jersey. 1972
- Ronneberger, Franz (Hg.) Sozialisation durch Massenkommunikation. Der Mensch als soziales und personales Wesen. Band IV. Ferdinand Enke. Stuttgart. 1971
- Rodriguez Virgili, Jordi. La prensa durante el franquismo: represion, censura y negocio. Valencia 1939-1975. Comunicacion y sociedad. Vol XIII. S. 255-258. Madrid. 2000
- Rutiña Testa, Cristóbal. Consecuencias en el escenario informativo asturiano de la Ley de Prensa de 1966. La irrupción de Asturias Semanal (1969) In: Principado de Asturias. Real Instituto de Estudios Asturianos. (Confederación Española de Centros de Estudios locales) Boletín del Real Instituto de Estudios Asturianos. Nr. 169. Oviedo. 2007 S.125-148
- Scherer, Helmut. Das Verhältnis von Einstellungen und Redebereitschaft in der Theorie der Schweigespirale. In: In : Wilke, Jürgen (Hg.). Öffentliche Meinung. Theorie, Methoden, Befunde. Beiträge zu Ehren von Elisabeth Noelle-Neumann. Alber-Broschur Kommunikation. Bd. 19. Karl Alber. Freiburg/München. 1992 S.103-121
- Schmidt, Manfred G. Demokratietheorien. Eine Einführung. 5.Auflage. VS. Wiesbaden. 2010
- Schützeichel, Rainer. Soziologische Kommunikationstheorien. UKV. Konstanz. 2004
- Sinova, Justino. La censura de prensa durante el franquismo. Debollsiilo. Barcelona. 2006

Terrón, Montero, Javier. La prensa en España durante el régimen de Franco: un intento en análisis político. Centro de Investigaciones Sociológicas. Madrid. 1981

Vereinte Nationen. Menschenrechte. Die Internationale Charta der Menschenrechte. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte und sein Zusatzprotokoll. o.O. 1988

Waldmann, Peter u.a. Die geheime Dynamik autoritärer Diktaturen. 4 Studien über sozialen Wandel in der Franco-Ära . Ernst Vögel. München. 1982

Wilke, Jürgen (Hg.). Öffentliche Meinung. Theorie, Methoden, Befunde. Beiträge zu Ehren von Elisabeth Noelle-Neumann. Alber-Broschur Kommunikation. Bd. 19. Karl Alber. Freiburg/München. 1992

Wilke, Jürgen. Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte: von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. Böhlau. Köln u.a. 2000

Willems, Ulrich (Hrsg.). Demokratie auf dem Prüfstand. Bürger, Staaten, Weltwirtschaft. Herausgegeben im Auftrag der Deutschen Nationalstiftung. Leske+Budrich. Opladen 2002

Wiswede, Günter. Soziologie konformen Verhaltens. Kohlhammer. Stuttgart u.a. 1976

Wunden, Wolfgang (Hrsg.). Freiheit und Medien. LIT Münster. 2005

Zetterberg, Hans L. Medien, Ideologie und die Schweigespirale. In : Wilke, Jürgen (Hg.). Öffentliche Meinung. Theorie, Methoden, Befunde. Beiträge zu Ehren von Elisabeth Noelle-Neumann. Alber-Broschur Kommunikation. Bd. 19. Karl Alber. Freiburg/München. 1992 S. 51-75

Gesetzestexte:

Spanisches Grundgesetz: Albácar López, J.L. Leyes de España. Derechos Fundamentales. Jurisprudencia y Legislación. Magistrado del Tribunal Supremo. Serie Azul Leyes Civiles. Trivium. Madrid. 1993

Ley Fraga: El Nuevo Derecho de Prensa e Imprenta MIT 1966. Ministerio de Secretaria General Tecnica. Informacion y Turismo. Oficina de Textos Legales. o.J.

Zeitschriften:

Reihe Politikwissenschaft. Political Science Series. Ein Maß für Demokratie. Europäische Demokratien im Vergleich. Abromeit, Heidrun. Institut für Höhere Studien (IHS), Wien. Wien. Mai 2001

Zeitungen

N.n. Cuatro comunistas, detenidos. ABC. 21.1.1969 S.13

N.n. Victima, si, pero de quien? ABC. 22.1.1969. Edicion de la mañana. S.16

N.N. Votación en la Facultad de Medicina. Madrid. Diario de la Noche. 20.1.1970 S.14

Nota de la Dirección General de Seguridad. Sobre la muerte del estudiante Enrique Ruano. Madrid. Diario de la Noche. 21.1.1969. S.5

Madrid. Diario de la Noche. 19.1.1970

Internetquellen

Marfull, Miguel Angel. La muerte que levantó a los estudiantes contra la dictadura. 40 años del fallecimiento de Enrique Ruano. Público.es. <http://www.publico.es/espana/192071/la-muerte-que-levanto-a-los-estudiantes-contra-la-dictadura> Veröffentlicht: 18.01.2009 Zugriff: 19.02.2013 16:56

Robles, Antonio. Ley Fraga del 66 y la omertá catalana. Izquierda Liberal. <http://www.libertaddigital.com/opinion/antonio-robles/ley-fraga-del-66-y-la-omerta-catalana-32969/> Veröffentlicht: 24.08.2006 Zugriff: 26.11.2010 17:30

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Medienfunktionen nach Strohmeier.....	28
Abb. 2	Strafausmaß nach der Ley Fraga.....	90

Interviewte Journalisten

Sämtliche Fotos von Verfasserin.

Aguilar, Miguel Angel

**Persönliches Interview geführt von Verfasserin
am 10. und 16.12.2010
Länge: 90 Minuten**



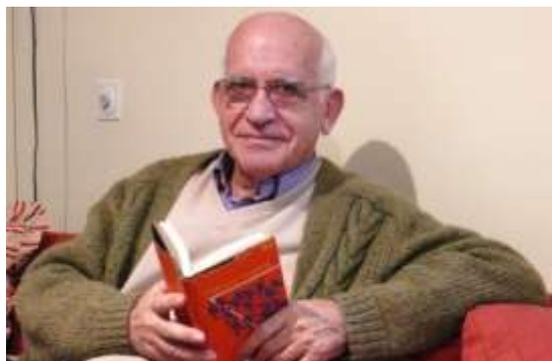
Anson, Luis Maria

**Persönliches Interview
geführt von Verfasserin am 09.12.2010
Länge: 43 Minuten**



Berlanga, Andres

**Persönliches Interview
geführt von Verfasserin am 30.11.2010
Länge: 160 Minuten**



De la Serna, Jesus

**Persönliches Interview
geführt von Verfasserin am 10.12.2010
Länge: 78 Minuten**



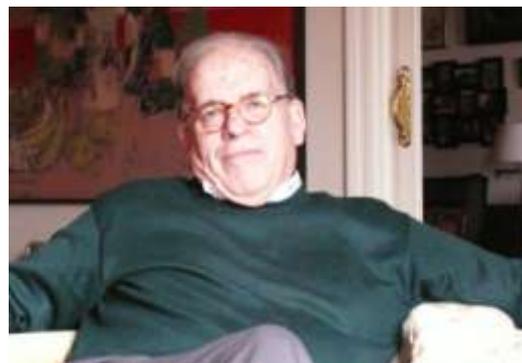
De la Viuda, Luis Angel

**Persönliches Interview
geführt von Verfasserin am 24.11.2010
Länge: 31 Minuten**

leider ohne Foto

Gozalo, Miguel Angel

**Persönliches Interview
geführt von Verfasserin am 09.12.2010
Länge: 61 Minuten**



Meneses, Enrique

**Persönliches Interview
geführt von Verfasserin am 15.11.2010
Länge: 77 Minuten**



Perrez Camarrero, Lolita

leider ohne Foto

Persönliches Interview
geführt von Verfasserin am 16.12.2010
Länge: 39 Minuten

Perez Cebrian, José-Luis

Persönliches Interview
geführt von Verfasserin am 03.12.2010
Länge : 102 Minuten



Pi, Ramon

Persönliches Interview
geführt von Verfasserin am 15.11.2010
Länge: 74 Minuten



Pombo, Alejandro Fernandez

leider ohne Foto

Persönliches Interview
geführt von Verfasserin am 25.11.2010
Länge: 97 Minuten

San Martin, Eduardo

**Persönliches Interview
geführt von Verfasserin am 17.11.2010
Länge: 41 Minuten**



Santa Eulalia, Mari G.

**Persönliches Interview
geführt von Verfasserin am 29.11.2010
Länge: 45 Minuten**



Urbaneja, Fernando González

**Persönliches Interview
geführt von Verfasserin am 29.11.2010
Länge: 45 Minuten**



Lebenslauf

Name: Nicole Jiménez

Geburtsdatum: 08.05.1984

Geburtsort: Gössendorf bei Graz

Kontakt: ni.jimenez@yahoo.com

Ausbildung:

seit März 2011 Bachelorstudium der Politikwissenschaften in Wien

seit April 2007 Masterstudium Publizistik in Wien

Okt. 2003 – April 2007 Bachelorstudium Publizistik in Wien

Praktika und Berufserfahrung:

seit 11/2013 s-Akademie, Zentrum für Aus- und Weiterbildung, Wien

Juli 2013 – Okt. 2013 Projektmitarbeit bei Verkehrsclub Österreich VCÖ, Wien

Aug.2012 – Okt.2012 Praktikum bei Verkehrsclub Österreich VCÖ, Wien

Okt.2009 – Dez.2009 Praktikum bei Türkischer Menschenrechtsverein TIHV, Ankara, Türkei

Stipendien:

Okt.2010 – Dez.2010 KWA-Stipendium der Uni Wien, Forschungsaufenthalt in Madrid, Spanien

Aug.2007 – Juli 2008 Erasmusstipendium, Auslandsstudium in Istanbul, Türkei

Konferenzteilnahme: Istanbul Media Days

“Communicating Democracy and Democratizing Communication”

16. – 20.Mai 2011, Bilgi Universität, Istanbul.

Abstract

Kurzbeschreibung

Die Arbeit beschäftigt sich mit spanischen Printjournalisten in den 1960er Jahren unter der Herrschaft von Francisco Franco. Erforscht werden dabei die Auswirkungen des neuen Pressegesetzes im Jahr 1966, genannt Ley Fraga. Dazu werden die Strukturen des Pressesystems, die Kontrollinstanzen, das politische Umfeld, die Zensur und die Möglichkeit der Meinungsäußerungsfreiheit untersucht.

Ziele der Arbeit waren es herauszufinden, inwieweit in dem autoritären System Meinungsäußerungsfreiheit möglich war und wie sich das neue Pressegesetz auf die Zensur auswirkte.

Basierend auf Literatur- und Dokumentenrecherche werden des Weiteren zur Generierung von neuem Primärwissen qualitative Interviews mit Experten geführt. Auswahlkriterium dafür war eine journalistische Tätigkeit in den 1960ern, insbesondere nach 1966.

Die theoretische Einführung beschäftigt sich mit der Theorie des Kommunikativen Handels, der Systemtheorie und der Schweigespirale. Weiters werden verschiedene Staatsmodelle untersucht und das Verhältnis von Medien und Politik.

Der zweite Teil der Arbeit erforscht die medialen und gesellschaftlichen Zustände Spaniens und geht auf das neue Pressegesetz näher ein. Anhand von Fallbeispielen wird der Umgang der Presse mit Oppositionsgruppen dargelegt. Im Anschluss daran vertiefen Meinungsbilder der befragten Journalisten den Blick auf die Mediensituation.

Schlagwörter:

Autoritäre Systeme, Spanien, Journalismus, Zensur, Meinungsfreiheit

Abstract

The paper deals with Spanish journalists in the newspaper sector of the 1960s under the regime of Francisco Franco. The research focuses on the consequences of the new Media Law of 1966; *Ley Fraga*. Subjects covered in this research paper are the structure of the Media system, control levels, political environment, censorship and the possibilities of freedom of speech.

The goal of the research was to find out to which extend freedom of speech was possible in this authoritarian system and how the new Media Law affected the censorship.

Based on literature- and documentary research, new knowledge was generated by conducting qualitative interviews with experts. Sampling criteria was a journalistic occupation during the 1960s, especially after 1966.

The theoretical introduction deals with the Theory of Communicational Behavior, the System Theory and the Spiral of Silence. Different state theories and the relationship of Media and Politics are presented furthermore.

The second part of the paper deals with the status of Media and Society in Spain and gives a deeper insight in the new Media Law. On the basis of some case studies the handling of oppositional groups by the Media is presented. For a better understanding of the Media situation, opinions of the interviewed journalists are given.

Key words:

Authoritarian political systems, Spain, journalism, censorship, freedom of speech